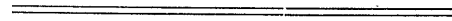


I 1 / 105

Die Verelendung des Mittelstandes



□ HEFT 106 □
der Beiträge zur Statistik
□ Bayerns □



□ Herausgegeben vom □
Bayer. Statistischen Landesamt



München 1925
J. Lindauersche Universitäts-Buchhandlung (Schöpping)
Druck von J. Gotteswinter G. m. b. H., München

Vorwort.

Vorliegende Arbeit zeigt zunächst, wie sich der — selbständige und unselbständige — Mittelstand in Deutschland vor dem Kriege aufbaute. Im weiteren wird der Mittelstand in Beschränkung auf Beamte, Angestellte und freie Berufe näher untersucht. Es wird die wirtschaftliche Lage derselben für die Jahre 1920 bis 1924 an der Hand zahlenmäßiger Nachweise dargetan. Hierbei kommt vornehmlich bayerisches Material zur Verwertung, doch sind soweit möglich auch Reichszahlen zum Vergleich herangezogen. Das Mißliche der Lage dieses Mittelstandes äußert sich in einer empfindlichen Minderung seines Einkommens, Vermögens und Konsums. Was diese mittelständische Verelendung für Staat und Gesellschaft zu bedeuten hat sowie welche Versuche Staats- und Selbsthilfe unternommen haben, um diese Schäden zu mildern und zu beseitigen, behandeln die Schlußabschnitte der Darstellung.

Die Arbeit, die den Stand der Frage bis Juni 1924 wiedergibt, ist auf meine Anregung von Dr. Hans Heiler verfaßt.

München, Juli 1925.

Bayerisches Statistisches Landesamt

Dr. Zahn

Präsident.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Einleitung: Begriff des Mittelstandes	1
I. Abschnitt: Der deutsche Mittelstand vor dem Krieg	3
1. Beruflicher Aufbau des deutschen Volkes	3
2. Einkommens- und Vermögensaufbau	7
3. Bildungsaufbau	10
II. Abschnitt: Die Verelendung des Mittelstandes	13
A. Einkommensminderung	14
1. Methodisches	14
2. Das Einkommen der öffentlichen Beamten	18
3. Einkommensgestaltung der Privatbeamten und Angestellten	24
a) Privatbeamte	24
α) Akademiker in der chemischen Industrie	25
β) Bankbeamte	26
b) Sonstige Angestellte	27
4. Das Einkommen der freien Berufe	31
a) Allgemeines	31
b) Ärzte	32
c) Anwälte	38
d) Schriftsteller und Redakteure	42
e) Bildende Künstler	44
5. Das Einkommen aus Renten	46
B. Vermögensverlust	46
C. Konsumminderung	49
III. Abschnitt: Mittelstandspolitik	51
A. Selbsthilfe	51
1. Berufsverbände	51
2. Tarifverträge	52
B. Staatshilfe	53
1. Kleinrentnerfürsorge	53
2. Aufwertungsrecht	55
IV. Abschnitt: Ursachen und Bedeutung der Verelendung des Mittelstandes	56
A. Ursachen der Einkommensverelendung	57
B. Bedeutung der Verelendung des Mittelstandes für Staat und Gesellschaft	59
Schluß	61

Tabellenwerk.

Einleitung.

Begriff des Mittelstandes.

Der Begriff „Mittelstand“ ist keineswegs eindeutig, weder im praktischen Leben noch in der Wissenschaft. So mißlang im Frühjahr 1923 in München ein Versuch, eine Hilfsbewegung für den verelendeten Mittelstand zu schaffen. Da war der Handwerker erstaunt, auch den Arzt oder gar den Künstler als Mittelständler zu finden, die Interessen der verschiedenen Berufe waren für eine gemeinsame Arbeit zu entgegengesetzt. Als Teilgründung entstand dann der Notbund geistiger Arbeiter. Und als am 17. September 1923 die von 13 Staaten beschickte Vorkonferenz eines internationalen Mittelstandsbundes in Bern zusammentrat, drohte sich dieser Vorgang im großen zu wiederholen. Man verzichtete deshalb nach kurzen Vorbesprechungen auf eine Definition des Mittelstandsbegriffs und übertrug es den einzelnen Staaten zu bestimmen, welche Mittelstandsgruppen zur Vertretung an der Hauptkonferenz zugelassen werden sollten¹⁾. Herrscht aber unter erfahrenen Wirtschaftlern schon eine solche Unstimmigkeit über diesen Mittelstandsbegriff, so erst recht bei den vielen, die ihn als politisches Schlagwort verwenden.

Wissenschaftliche Definitionen, die bei Wernicke²⁾ gesammelt sind, finden sich zumeist in Einzeluntersuchungen. Vom Beruf und der Stellung im Beruf geht Biermer³⁾ aus, der im alten Sinn unter Mittelstandspolitik nur die Bewegung des Kleingewerbes und Kleinhandels versteht, wenn er auch noch einen neuen Mittelstand der Privatbeamten anerkennt. Suchsland⁴⁾ faßt unter Mittelstand alle wirtschaftlichen Existenzen zusammen, die Einnahmen mittleren Umfangs haben (900—9500 M) und in der dauernden Benutzung ihrer Erwerbsquellen vom Willen einzelner Dritter unabhängig sind. Hier sind nicht mehr der Beruf, sondern die Berufsstellung — Selbständigkeit — und das Einkommen maßgebend. Ähnlich bei Wernicke und Böttger⁵⁾, die aber nicht Selbständigkeit, nur eine qualifizierte Tätigkeit im Beruf verlangen. Gothein endlich lehnte den Mittelstandsbegriff ganz ab und machte sich darüber lustig⁶⁾: „Was man nicht definieren kann, sieht man als Mittelstand an“.

Untersucht man, was unter Mittelstand zu verstehen ist, so hat man von den drei Bestimmungsmerkmalen auszugehen, die für jede soziale Klassifizierung maßgebend sind: den beiden objektiven: Besitz und Beruf — sie bilden nach Bücher die Vernunft-
ehe, der das Kind „sozialer Rang“ entstammt — und dem subjektiven: einem Gemeinschaftsgefühl, das auf ähnlicher Lebensführung und Lebensanschauung beruht⁷⁾.

Zunächst folgt aus dem Wort „Mittelstand“ selbst eine negative Abgrenzung, zu ihm gehört alles, „was zwischen Großkapital und Proletariat in der Mitte liegt⁸⁾“. Da sich weder nach oben noch nach unten feste Grenzen ziehen lassen, fällt eine positive Bestimmung der zum Mittelstand Gehörigen schwer. Der Beruf selbst ist gleichgültig, eine Beschränkung auf Handwerk und Kleinhandel und allenfalls das Anhängsel Privatbeamtenschaft ist abzulehnen, entscheidend ist die soziale Stellung im Beruf. Sie muß entweder Selbständigkeit

¹⁾ „Soziale Praxis“ 1924, Nr. 8.

²⁾ Wernicke, „Kapitalismus und Mittelstand“, 2. Aufl. 1922.

³⁾ Biermer, „Mittelstandsbewegung“ in Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 3. Aufl.

⁴⁾ Deutsche Handelswacht, Stettin 1905, Nr. 175, zitiert nach Wernicke.

⁵⁾ Böttger, „Vom alten und vom neuen Mittelstand“.

⁶⁾ Gothein, „Mittelstand und Fleischnot“, zitiert nach Wernicke.

⁷⁾ v. Zwiedineck, „Sozialpolitik“, 1911 S. 9 ff.

⁸⁾ Stieda, „Die Mittelstandsbewegung“, Conrad's Jahrbücher Bd. 29, S. 7, 1905.

oder „Leistung einer nicht nur rein körperlichen oder mechanischen, sondern mehr oder weniger geistigen Arbeit oder Leitung mechanischer Arbeit“ sein¹⁾. Als Besitz ist ein „mittleres Kapital“ kennzeichnend, aber heute nicht mehr unbedingt erforderlich, es genügt ein mittleres Einkommen entweder aus Kapital oder Arbeit oder aus beiden. Bildungsmerkmale sind nicht besonders zu berücksichtigen, einmal, weil sie zumeist mit dem Beruf schon gegeben also nur sekundär klassenbildend sind, dann weil Bildung und Erziehung nicht nach Klassen geschieden sind, es gibt gebildete Proletarier und ungebildete Reiche²⁾.

Zu den objektiven Bedingungen der Zugehörigkeit zu einer Klasse muß ein durch sie ausgelöstes Gemeinsamkeitsgefühl kommen, erst dann kann man von einer ständischen oder klassenmäßigen Gliederung sprechen. Gothein leugnet ein solches Gefühl der Zusammengehörigkeit, das Standesinteresse des Majors, Regierungsrats, Amtsrichters sei grundverschieden von dem des Unteroffiziers, Handwerkers und Kleinbauern. Gemeinschaftsgefühle sind stets von wechselnder Kraft, auch innerhalb der oben genannten Gruppen werden sie zwischen einem Beamten hoher und niederer Gehaltsklasse, zwischen einem Offizier im Garde du Corps und dem einer pommerschen Trainabteilung, einem Söldner und einem reichen Bauern nicht allzu stark sein. Da man es beim Mittelstand nicht mit einem Stand oder einer Klasse im reinen Sinn der Soziologie zu tun hat³⁾, so ist es nicht verwunderlich, daß dies Gemeinsamkeitsgefühl einer so großen Gruppe nur schwach entwickelt ist, daß es vorhanden ist, zeigt das stete gefühlsmäßige oder organisierte gemeinschaftliche Frontmachen gegen Proletariat und Kapital.

Die Mittelstandsmerkmale gibt zusammenfassend eine etwas schwerfällige Definition Wernickes⁴⁾ wieder. Zu ihm zählen „die Volksangehörigen, die durch ihre Leistungen, ihre Bildung, ihren Besitz oder ihre gesellschaftliche und soziale Stellung, durch den ganzen bürgerlichen Zuschnitt ihrer Lebensführung über die großen Massen der arbeitenden Klassen hinausragen, ohne aber durch ein großes Einkommen oder einen großen Besitz zu den kapital- oder besitzreichen Klassen zu gehören“. Daß dabei die Grenzen, besonders zahlenmäßig bestimmte, nirgends scharf sind ist selbstverständlich, Gothein rennt offene Türen ein, wenn er spöttelt, wer mehr wie 9500 *M* Jahreseinkommen habe, werde schimpflich aus dem Mittelstand ausgestoßen, um vielleicht im Jahr darauf mit 9490 *M* in Ehren wieder aufgenommen zu werden.

Den Mittelstand teilt man heute allgemein in einen alten und neuen Mittelstand ein; zum einen gehören Handwerk, Kleinhandel und Bauerntum, zum andern rechnet Biermer die Angestellten und Privatbeamten, Schmoller, Böttger, Wernicke und die Neuauflage des Handbuchs der Politik mit Recht auch die Staatsbeamten und freien Berufe. Die Rentner sind bald hier bald dort einzureihen. Wird zwischen altem und neuem Mittelstand unterschieden, so sind zugleich die inneren Gegensätze im Mittelstand aufgezeigt. Der Nährboden weiter Teile des neuen Mittelstands ist der kapitalistische Großbetrieb, er ist zugleich der stärkste Gegner des alten Mittelstands. Konsumverein und Warenhaus werden vom einen unterstützt, vom andern bekämpft, hier wird eine kräftige Sozialpolitik gefordert, dort wegen der besonderen Belastung des Kleinbetriebs abgelehnt. Im Krieg und in der Inflation war der neue Mittelstand zunächst als Konsumentenschicht, der alte als Produzentenschicht orientiert, die eine Seite verlangte niedere Preise und ein scharfes Wucherstrafrecht, die andere den Wiederbeschaffungspreis und das Aufhören jeder staatlichen Preispolitik soweit sie nicht gegen die Kartelle gerichtet war. Diese starken Interessengegensätze ließen es auch nie zu einer einheitlichen Mittelstandspolitik kommen; vor und nach dem Krieg gegründete Mittelstandsparteien⁵⁾ — die Deutsche Mittelstandsvereinigung

¹⁾ Wernicke, a. a. O., S. 94.

²⁾ v. Zwiédineck, a. a. O., S. 11.

³⁾ A. Günther, „Sozialpolitik“, I. Teil, S. 318 ff.

⁴⁾ Wernicke, a. a. O., S. 95.

⁵⁾ Wernicke, a. a. O., S. 157 ff.

1904, die sich 1908 spaltete, Bayerische Mittelstandspartei 1905, Sächsische Mittelstandsvereinigung, Christliche Mittelstandspartei 1920 Köln, Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstands 1920 Charlottenburg, Bayerische Mittelstandspartei 1920, verschiedene Neugründungen für die Reichstagswahl 1924 — blieben deshalb alle ohne nennenswerten Erfolg. Daß trotzdem viel Gemeinsames nationaler, sozialer und politischer Art gerade auch im Begriff des Bürgertums lebendig ist darf aber nicht übersehen werden.

I. Abschnitt.

Der deutsche Mittelstand vor dem Krieg.

„Alle prinzipielle Erörterung der Umgrenzung des Begriffs Mittelstand bietet für die konkrete, statistisch-historische Erörterung eher eine Erschwerung als eine Erleichterung. Wir müssen für jedes Volk, jede Zeit, jeden Zustand mit greifbaren Zahlen und Nachrichten operieren, die uns gegeben sind, ob sie nun dem Schema ganz entsprechen, das wir prinzipiell aufstellen oder nicht“¹⁾. Diese Worte Schmollers bedeuten einmal, daß die oben gegebene Definition des Begriffs Mittelstand nur für unsere Zeit gilt, dann, daß sie notwendig zu einer Mittelstandsstatistik erweitert werden muß. Nur so kann festgestellt werden, wer im Einzelfall zur Mittelklasse zu rechnen, ist und welche Bedeutung dem gesamten Mittelstand und seinen verschiedenen Gruppen zukommt.

Die Mittelstandsstatistik ist zugleich die Grundlage einer Statistik der sozialen Klassen, ihre Literatur gibt Žizek²⁾, als wichtigste Erhebungsmerkmale bezeichnet er das Einkommen und die soziale Stellung im Beruf; ihre statistische Verbindung ist schwierig. Sie wurde im Anschluß an die Berufsstatistik versucht und zeigt die Zusammensetzung des Mittelstandes. Die wichtigsten Lösungen dieser Art sollen wiedergegeben werden. Um einen Vergleich und eine Nachprüfung zu ermöglichen, sollen dann einzelne sekundäre Merkmale allein herangezogen werden und der Einkommens-, Vermögens- und Bildungsaufbau des deutschen Volkes mit Hilfe der Steuer- und Schulstatistik anschaulich gemacht werden.

1. Beruflicher Aufbau des deutschen Volkes.

Zuerst Schmoller, dann die Reichsstatistik, Böttger und Wernicke haben es versucht, an der Hand der Berufs- und Betriebszählungen die Größe und Bedeutung des Mittelstands zu berechnen. Die Methode ist stets die gleiche, von der Berufs- und Betriebsstatistik wird ausgegangen und gewisse objektive Betriebsgrößen zu den Mittelklassen gezählt, ebenso Bruchteile der freien Berufe, Beamten-, Angestellten- und Arbeiterschaft.

Schmoller gibt Schätzungen, die durch Berechnungen unterstützt werden, die Einkommensteuerstatistik hat er nur zum Vergleich herangezogen; er unterscheidet eine aristokratische Gruppe mit über 8000—9000 \mathcal{M} Einkommen, einen oberen Mittelstand mit 2700—8000 \mathcal{M} , einen unteren mit 1800—2700 \mathcal{M} Einkommen. Betriebsgrößen des oberen Mittelstands sind 5—50 ha, 2—10 Beschäftigte; alle übrigen Handwerker, Kleinbauern und Kleinhändler gehören zum untern Mittelstand. Vom höheren Verwaltungspersonal und den liberalen Berufen zählen $\frac{3}{4}$ zum oberen Mittelstand. Das Ergebnis ist folgendes: Es gibt

„0,25 Millionen Familien, die wir als aristokratische oder vermögende Gruppe bezeichnen, größere Grundbesitzer und Unternehmer, höhere Beamte, Ärzte, Künstler, Rentiers;

2,75 Millionen Familien, die wir als die Gruppe des oberen Mittelstandes bezeichnen, mittlere Grundbesitzer und Unternehmer, die meisten höheren Beamten, viele Glieder der liberalen Berufe;

¹⁾ Schmoller, „Was verstehen wir unter dem Mittelstande?“, Göttingen 1897, S. 31.

²⁾ „Grundriß der Statistik“, Kapitel Mittelstandsstatistik, 1923 S. 521.

3,75 Millionen Familien, die wir als Gruppe des unteren Mittelstandes bezeichnen, die Kleinbauern, Handwerker, Kleinhändler, die Subalternbeamten, Werkmeister, besser bezahlte Arbeiter;

5,25 Millionen Familien, die wir als die unteren Klassen bezeichnen, hauptsächlich Lohnarbeiter, aber auch viele untere Beamte, ärmere Handwerker und Kleinbauern¹⁾.

Es treffen demnach

auf die aristokratische Schicht	2,08 %	} 54,17 %
„ den oberen Mittelstand	22,92 %	
„ den unteren Mittelstand	31,25 %	
„ die untere Klasse	43,75 %	

Adolf Wagner²⁾ bezweifelte Schmollers Zahlen und griff sie hauptsächlich deshalb an, weil die Einkommensteuerstatistik in ihnen nicht genügend verwertet sei — nach ihr stellen sich in Preußen und Sachsen für die gleiche Zeit die unteren Klassen auf 70 % der Bevölkerung. Diese Zahl sei ebenso falsch wie die Schmollers, die Wahrheit liege in der Mitte. Dieser Einwand wird zu behandeln sein, wenn die Darstellung des Einkommensaufbaus erfolgt.

Böttger, der zuerst nur 4,9 Millionen gleich 40,9 Prozent Haushaltungen mit Mittelstandscharakter annahm, schätzte später³⁾ den alten Mittelstand auf 2, den neuen auf 4 Millionen Haushaltungen und kam so Schmoller wieder nahe.

Die Berufszählung von 1907 hat Wernicke zu neueren, genaueren Berechnungen benützt. Er zählt zum alten Mittelstand Betriebsgrößen von 5—100 ha und die Hälfte derer von 2—5 ha bzw. 2—50 Beschäftigten, zum neuen alle Angestellten, je $\frac{1}{3}$ der mithelfenden Familienangehörigen und gelernten Arbeiter (c 1 und c 2 Personen ohne c fr.), die a und b Gruppen der E Klasse und die Rentner und Pensionäre der F₁ Klasse. Dann addiert er noch $\frac{1}{6}$ der vorher zu den unteren Klassen Gerechneten zum Mittelstand, weil sich viele seiner Angehörigen in der c Klasse befänden. Für die Erwerbstätigen ergibt sich so⁴⁾:

Alter Mittelstand.		1882	1895	1907
Unternehmer				
Landwirtschaft		1 698 115	1 780 571	1 827 730
Industrie		830 393	891 684	1 032 592
Handel und Verkehr		272 944	500 184	847 127
	insgesamt	2 801 452	3 172 439	3 707 449
Neuer Mittelstand.				
Angestellte b Klasse		307 268	621 825	1 290 728
Gesellen, Gehilfen, Mithelfende c 1, c 2 je $\frac{1}{3}$		2 207 597	2 661 683	3 434 133
noch $\frac{1}{3}$ von c 1 und c 2 ab		735 865	887 226	1 144 711
	zusammen	1 779 000	2 395 272	3 580 150
E Beamte und Offiziere		489 880	556 139	748 052
E Freie Berufe		100 000	200 000	300 000
F ₁ Rentner und Pensionisten		810 458	1 288 484	2 278 022
	insgesamt	3 179 338	4 432 895	6 906 224

Während Wernicke in der Tabelle des neuen Mittelstandes nur $\frac{2}{9}$ der c 1 und c 2 Personen aufnimmt (von $\frac{1}{3}$ wieder den 3. Teil abzieht), zählt er bei der Gesamtaufstellung plötzlich ein ganzes $\frac{1}{3}$ dieser Personen, wechselt also mitten in der Rechnung die Methode und kommt zu folgendem Gesamtergebnis:

	1882	1895	1907
Mittelstand	6 756 455	8 700 570	11 918 384
Proletariat	11 705 541	13 637 125	17 666 144

Da aber in der c Klasse viele Angehörige und gehobene Arbeiter stehen, wird $\frac{1}{6}$ dem Mittelstand zugerechnet, also ergibt sich

Mittelstand	8 707 378	10 973 424	14 862 741
	52,9 %	49,4 %	50,1 %
Proletariat	9 754 618	11 364 271	14 721 787
	47,1 %	50,6 %	49,9 %

¹⁾ Schmoller, a. a. O., S. 31.

²⁾ Schmoller, a. a. O., S. 173.

³⁾ „Grenzboten“, Heft 43, 1905 zitiert bei Wernicke.

⁴⁾ Wernicke, a. a. O., S. 195.

Im Gegensatz zu Schmoller und Böttger zählt Wernicke Erwerbstätige, nicht Haushaltungen. Er sucht daher die Summe der Berufszugehörigen zu finden und multipliziert zu dem Zweck die Mittelstandszahl mit 2,2, die der unteren Klasse, in der es mehr Unverheiratete gibt, mit 2, es gehören dann 1907 zum

$$\begin{array}{rcl} \text{Mittelstand } 32,71 \text{ Millionen} & = & 52,7 \% \\ \text{Proletariat } 29,44 \text{ „} & = & 47,3 \% \\ \hline & 62,18 \text{ Millionen.} & \end{array}$$

Die ortsanwesende Bevölkerung am 1. Dezember 1910 betrug 64,92 Millionen.

Die Ermittlung der Berufszugehörigen ist eine rohe Schätzung, ebenso die Zahl der Mittelstandsangehörigen der E Klasse. Weiter hat Wernicke wohl Unrecht, wenn er so viele mithelfende Familienangehörige dem neuen Mittelstand zuzählt: Der Bauernsohn, die Kaufmannstochter im elterlichen Betrieb sind in den meisten Fällen als Berufszugehörige des alten Mittelstandes, nicht als abhängige Angestellte anzusehen. Endlich ist die Einrechnung von $\frac{1}{3}$ und $\frac{1}{6}$ der c Angehörigen zu hoch. Auch fallen manche Unternehmer mit 20–50 Arbeitern, ein Teil der liberalen Berufe und viele Invaliden und Altersrentner der F₁ Klasse nicht in den Mittelstand. Umgekehrt sind angestellte Betriebsleiter (seit 1907 a 3 Personen) mit mehr als 50 Beschäftigten oder 100 ha gar nicht einbezogen.

Die besten und sichersten Ergebnisse für den alten Mittelstand liefert die amtliche Bearbeitung der Berufszählung von 1895¹⁾. Sie rechnet zur Mittelklasse Betriebe von 2–100 ha bzw. 2–20 Beschäftigten; das in den Haushaltslisten enthaltene Material wurde mit den Angaben der Landwirtschaftskarten und Gewerbebogen kombiniert. Dabei ist die Unterscheidung der Selbständigen nach der Größe des Betriebs nicht mit der in der Reichsstatistik stattfindenden Zerlegung der Betriebe nach Größenklassen identisch. Einerseits sind nicht alle Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe auch Landwirte, andererseits ist die Zahl der Gewerbebetriebe nicht gleich der Zahl der selbständigen Gewerbetreibenden. Ebenso wie die Angehörigen ohne Hauptberuf wurden die im Betrieb des Familienhauptes Mittätigen mitgezählt und so zum ersten Male versucht, die berufliche und soziale Gliederung nicht nur nach Individuen, sondern nach ganzen Familien zu erfassen²⁾. Leider erfolgte 1907 nicht eine gleiche Zusammenfassung, die Zahlen sind also nur mit denen Wernickes von 1895 und der Schmoller'schen Aufstellung vergleichbar.

Selbständige³⁾.

	Land-, Forstwirtschaft usw.		Industrie		Handel und Verkehr	
		%		%		%
Vermögende Klasse	31 122	1,2	42 241	2,4	6 524	0,8
Mittelklasse	1 983 242	77,4	685 190	38,9	362 235	44,0
Unbemittelte Klasse	548 595	21,4	1 035 580	58,7	453 805	55,2
	2 562 959	100	1 763 011	100	822 564	100
Vermögende Klasse			79 887	1,5 %		
Mittelklasse			3 084 563	56,8 %		
Unbemittelte Klasse			2 270 013	41,7 %		
			5 434 463	100 %		

Selbständige und Familienangehörige.

	Land-, Forstwirtschaft usw.		Industrie		Handel und Verkehr	
		%		%		%
Vermögende Klasse	119 344	1,1	165 772	2,6	24 104	0,9
Mittelklasse	8 959 869	83,0	2 906 136	46,4	1 312 423	50,9
Unbemittelte Klasse	1 712 872	15,9	3 197 313	51,0	1 245 177	48,2
	10 792 085	60,6	6 269 221	31,4	2 581 704	59,3
Abhängige	6 994 690	39,4	13 663 886	68,6	1 771 327	40,7
Vermögende Klasse			309 220	1,6 %		
Mittelklasse			13 178 428	67,1 %		
Unbemittelte Klasse			6 155 362	31,3 %		
			19 643 010	46,7 %		
Abhängige			22 429 903	53,3 %		

¹⁾ Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 111.

²⁾ Zahn, „Die berufliche und soziale Gliederung des deutschen Volkes“ in „Die Statistik in Deutschland nach ihrem heutigen Stand“, S. 24.

³⁾ Statistik des Deutschen Reichs Bd. 111, 10. Abschn. S. 189 ff.

Die so sozial gegliederte Bevölkerung beträgt über $\frac{4}{5}$ (81,3 %) der Reichsbevölkerung, von den Fehlenden sind Dienstboten und Lohnarbeiter ganz zur abhängigen Schicht zu zählen, bei den übrigen kann die Verteilung auf Selbständige und Abhängige nur geschätzt werden. Dabei wurde von F nur F₁ den Selbständigen zugerechnet, ebenso die a Personen der E Gruppe, von Post, Eisenbahn, Telegraph und sonstigem öffentlichen Dienst. Alle diese Selbständigen wurden zu $\frac{4}{5}$ auf den Mittelstand, zu je $\frac{1}{10}$ auf die vermögende und unbemittelte Klasse verteilt:

	Selbständige	Abhängige	Zusammen
A 4	14 657	325 178	339 835
C 11	23 353	346 936	370 289
C 12	22 857	936 692	959 549
D		885 537	885 537
E	1 087 385	1 556 507	2 643 892
F	2 221 964	936 989	3 158 953
G		1 339 316	1 339 316
	3 370 216	6 327 155	9 697 371

Selbständige und Familienangehörige A—E.

Vermögende Klasse	646 242	2,8 %	1,2 %
Mittelklasse	15 874 600	69,0 %	30,7 %
Unbemittelte Klasse	6 492 384	28,2 %	12,5 %
	23 013 226	100 %	44,4 %
Abhängige A—E	28 757 058	100 %	55,6 %

So konnten die Selbständigen nach dem Besitz geschieden werden, $\frac{2}{3}$ von ihnen oder $\frac{1}{3}$ der gesamten Bevölkerung gehören dabei dem Mittelstand an. Wäre eine ähnliche Gliederung auch bei den Abhängigen möglich, so würde nicht nur die unbemittelte, sondern auch die Mittelklasse zunehmen. Die Zusammenstellung aller Selbständigen von A—C deckt sich mit dem alten Mittelstand. Die in A 4, C 11, C 12, E, F Gerechneten gehören zum neuen Mittelstand, bei dem aber noch alle b Personen (Angestellte und mittlere Beamte) wie die qualifizierten Arbeiter fehlen. Werden diese auf 3—4 Millionen Erwerbstätige (bei Wernicke 6—7 Millionen) geschätzt, so ergibt sich eine Quote der Berufszugehörigen von ca. 45 % für den gesamten, ca. 25 % für den alten und 20 % für den neuen Mittelstand. Die Reichsstatistik bestätigt also die Anschauungen Schmollers und Wernickes, daß etwa die Hälfte des deutschen Volkes vor dem Krieg zum Mittelstand gehörte. Abweichend von Wernicke scheint der alte und neue Mittelstand etwa gleich stark, einmal weil die Verteilung der mithelfenden wie sonstigen Angehörigen richtig erfolgt ist, dann weil zwischen 1895 und 1907 der neue Mittelstand viel stärker zugenommen hat. Bei keiner der Ermittlungen konnten die Größe des Anlage- und Betriebskapitals wie der Umfang des Roh- und Reinertrages berücksichtigt werden, sollten nicht die Phantasiezahlen des amerikanischen Zensus erstrebt werden¹⁾. Daher wurde das subjektive Einkommen immer nur indirekt berücksichtigt, man nimmt an, daß bestimmte objektive Betriebsgrößen eben ein mittleres Einkommen abwerfen. Daß dies bei 5—100 ha gutem oder schlechtem, verschuldetem und lastenfreiem Boden verschieden sein wird, und daß die Zahl der Beschäftigten nicht allein für die Bedeutung der Betriebsgröße maßgebend ist — ein Hamburger Kommissionär kann mit 2 Angestellten größere Umsätze haben als ein Kaufhaus mit 30 bis 50 —, bleibt hier unberücksichtigt. Die starke Zunahme der mittätigen Familienangehörigen 1907 und damit des neuen Mittelstandes geht auf eine bessere Erfassung dieser Gruppe zurück.

Heute sind die Kapitalrentner größtenteils weggefallen und haben die Abhängigen zugenommen; wieweit sich dadurch die Zusammensetzung des Mittelstandes geändert hat, kann erst die neue, längst erwartete Berufsstatistik zeigen. Für die Bewegung in der Vergangenheit sei nur Wernickes optimistische Berechnung angegeben, daß der Mittelstand von 1892—1895 um 28,8, von 1895—1907 um 36,9 % zugenommen habe, während sich die Gesamtbevölkerung um 14,4 bzw. 19,2 % vermehrt hat.

¹⁾ Zahn, Artikel „Haushaltung“ in Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl.

Zum Schluß seien die Hauptgruppen des neuen Mittelstands nach der Berufsstatistik von 1907 näher gegliedert¹⁾:

I. Höhere Beamte und freie Berufe.

Höhere öffentliche Beamte	
in Post, Eisenbahn, Bauwesen u. Forsten	
A—C	32 221
im Hof-, Reichs-, Staats- u. Kommunal-	
dienst E 2	42 240
Offiziere u. höh. Beamte in Heer u. Marine	33 067
Geistlichkeit und höhere Kirchenbeamte	43 524
Professoren und Lehrpersonen	277 153
Rechtsanwälte, Notare, Patentanwälte	12 798
Ärzte, Zahn- und Tierärzte	45 784
Schriftsteller, Redakteure	8 753
Bildhauer, Maler B 162 a 1.	8 502
Musiker, Musiklehrer, Sänger, Schau-	
spieler, Gesangslehrer	67 834
Vortragskünstler, Ballettänzer, Choristen	8 130
Theater-, Musik-, Schauspielunternehmer	5 451
Nichtärztliche Heilkunde	32 766
Stenographen, Privatsekretäre, Rech-	
nungsführer	10 576
	628 799

	männl.	weibl.	zusammen
E 2 bis E 8 allein	413 419	145 428	558 847

II. Angestelltenschaft.

Land- und Forstwirtschaft	83 458
Industrie	640 937
Handel und Verkehr	338 987
Mittlere Beamte, Verwaltungspersonal	
b E 2—8	507 172
	1 570 554
Handlungsgehilfen, Verkäufer	
XX—XXII c 2	481 469
	2 052 023

III. Lohnhilfskräfte.

Davon öffentliche Beamte A—C	514 798
In Hof-, Staats-, Gemeindedienst	77 620
In Kirche, Bildungs- und Unterrichts-	
anstalten	29 492
	621 910

Die Familiengliederung und örtliche Verteilung der höheren Beamten und freien Berufe (E 2—8) ist ebenfalls aus der Berufszählung von 1907 für die a Personen ersichtlich.

Es waren

	unter 100 Erwerbstätigen überhaupt			unter 100 E a Personen		
	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen
ledig	42,2	53,8	45,8	38,8	74,7	48,1
verheiratet	55,0	34,1	48,5	58,5	17,1	47,1
geschieden und verwitwet	2,8	12,1	5,7	2,7	8,2	4,8

Es lebten

	von 100 männlichen Erwerbs-		von 100 E 2 a bis E 8 a	
	tätigen überhaupt		Personen (männlich)	
auf dem Land (bis 2000 Einwohner)	40,7	26,8		
in Klein- und Mittelstädten	39,1	43,0		
in Großstädten (über 100 000 Einw.)	20,2	29,8		

Die Zahlen sind nur von recht beschränktem Wert, einmal fehlt die nähere Gliederung nach dem Beruf, dann eine solche nach dem Alter. Die Zählgesamtheit ist durchaus nicht homogen, etwa die Hälfte stellen die Lehrpersonen, ca $\frac{1}{10}$ die Musiker verschiedenster Grade. Es zeigt sich, daß 1907 bereits $\frac{3}{4}$ der höheren Beamten und freien Berufe in der Stadt, $\frac{3}{10}$ in der Großstadt ihren Wohnsitz hatten. Ohne die über das Land verteilten Lehrpersonen wäre die Verstädterung noch größer. Unter den geistigen Berufen scheinen mehr verheiratete Männer und bedeutend weniger verheiratete Frauen tätig zu sein als im allgemeinen, im einen Fall wird die Ursache in einer veränderten Alterszusammensetzung, im andern in einem erhöhten Manneseinkommen zu suchen sein.

2. Einkommens- und Vermögensaufbau.

Adolf Wagner hat Schmoller vorgeworfen, er habe bei seiner Darstellung des Mittelstandes die Einkommensteuerstatistik zuwenig beachtet. Dieser Einwand trifft im gleichen Maße Böttger, Wernicke und die Reichsstatistik. Daher ist zu fragen, wieweit eine Erhebung, die allein auf dem subjektiven Einkommen und Vermögen aufbaut, die vorher gewonnenen Ergebnisse berichtigen kann.

Wird die Gesamtzahl der veranlagten physischen Zensiten in Preußen den Steuerfreien gegenübergestellt, so ergibt sich:

	1895			1910			1918		
	Zensiten in Mill.	%		Zensiten in Mill.	%		Zensiten in Mill.	%	
Zensiten	2,79	24,6		6,84	45,5		8,13	50,6	
Steuerfreie	8,46	75,4		8,20	54,5		7,96	49,4	

¹⁾ Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 211, S. 277.

Es entfielen von dem von den physischen Personen veranlagten Einkommen in Preußen¹⁾:

Einkommens- gruppe	1895			1910			1918		
	Zensiten		Milliarden M	Zensiten		Milliarden M	Zensiten		Milliarden M
	in 1000	%		in 1000	%		in 1000	%	
900— 3 000 M	2279,0	87,5	3,1	5537,7	88,7	7,7	6324,0	81,3	10,3
3 000— 9 500 M	268,1	10,3	1,3	591,3	9,5	2,3	1250,1	16,1	5,5
9 500— 30 500 M	45,7	1,8	0,7	90,0	1,4	1,1	150,5	1,9	2,4
30 500—100 000 M	8,7	0,3	0,4	18,5	0,3	0,9	40,1	0,5	2,1
über 100 000 M	1,6	0,1	0,4	3,9	0,1	0,9	12,7	0,2	3,3
Einwohner . . .	30 812 583			39 145 535			40 115 914		

Die besonderen Fehlerquellen der preußischen Statistik zeigt Kühnert²⁾. Das Einkommen der einzelnen Einkommensgruppen ist berechnet (Zensitenbesetzung der Stufe mal mittleres Einkommen der Stufe), Aufschlüsse über das Einkommen unter 900 M fehlen, nur das Vermögen über 3 000 M ist nach den Quellen geschieden. Am ehesten läßt sich die Einkommensteuerstatistik Sachsens mit der Preußens vergleichen.

Es bezogen in Sachsen unter 100 eingeschätzten physischen Personen³⁾

	1892	1900	1910		1892	1900	1910
bis 400 M	18,34	10,70	9,13	2 800— 4 800 M	2,47	2,33	3,80
400— 800 M	47,72	44,99	37,67	4 800—10 000 M	1,23	1,53	1,75
800—1 600 M	23,67	31,82	36,68	über 10 000 M	0,73	0,83	0,91
1 600—2 800 M	5,34	7,21	10,06				

Der preußische Prozentsatz für die Gruppe unter 900 M betrug:

1895	75,4 %	1900	70,6 %	1910	54,5 %
------	--------	------	--------	------	--------

Der Vergleich ist erschwert, da die preußische Stufe um 100 M weiterreicht; wird dies berücksichtigt, so ist eine Differenz wohl anzunehmen, sie ist aber nicht allzu groß und nimmt 1910 ab. Weitere zahlreiche Schätzungen, Berechnungen und Statistiken nach Giffen, Engel, Soetbeer, Schippel, Wolf hat Robert Meyer für verschiedene Länder zusammengestellt⁴⁾. Sie zeigen große Unterschiede, die in erster Linie aus den ungleichen Steuergesetzen folgen und sollen daher nicht weiter berücksichtigt werden. Aus dem gleichen Grund soll auf eine österreichische Steuerstatistik von 1895, die das Einkommen über 600 fl. = 1020 M nach dem Beruf und der Berufsstellung weitgehend gliederte, nur hingewiesen werden⁵⁾. Werden doch nur 7½ % der in der Berufsstatistik erfaßten Erwerbstätigen mit einem höheren Einkommen eingeschätzt. Sie wird daher wie eine ähnliche sächsische Statistik nur bei einzelnen qualifizierte Mittelstandsberufen verwendet werden.

Alle Steuerstatistik des Einkommens wie des Vermögens weist drei Hauptmängel auf:

1. Das Steuereinkommen wird nur zum Teil erfaßt, Bekenntnis wie Einschätzung sind von Genauigkeit weit entfernt; Zuschläge von 10—20 % als erforderlich geschätzt.
2. Der Geldwert des in Geld ausgedrückten Einkommens ändert sich stets.
3. Es werden nur Einkommen erfaßt, die das Existenzminimum übersteigen, für die übrigen ist man auf Schätzungen nach der Lohnstatistik angewiesen, die stark auseinandergehen. Preußen hat bis 1907 450 M, dann 750 M als Durchschnitt der steuerfreien Einkommen angenommen.

Nun zu den Ergebnissen. Nach der preußischen Statistik blieben 1910 noch 8,2 Millionen Zensiten = 54,5 % unter einem Einkommen von 900 M, also mehr als vorher den unteren Klassen zugerechnet wurden. Bei 900 M kann aber keineswegs das Mittel-

¹⁾ Statistisches Jahrbuch für den Preußischen Staat 1920, S. 225.

²⁾ Kühnert, „Einkommen und Vermögensstatistik“ in „Die Statistik in Deutschland nach ihrem heutigen Stand“.

³⁾ Statistisches Jahrbuch für das Königreich Sachsen 1912, S. 190.

⁴⁾ Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 3. Aufl., 3. Bd. S. 664.

⁵⁾ Philippovich, „Das Einkommen nach dem Beruf und der Stellung im Beruf für Österreich“, Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung 1905.

standseinkommen beginnen, Schmoller rechnete als Grenze ein Familieneinkommen von 1800 \mathcal{M} . 1900 blieben in Sachsen aber 89 v. H. der Zensiten unter 1600 \mathcal{M} . Warum Berufs- und Einkommenstatistik sich so sehr widersprechen, erklärt sich nur zum Teil dadurch, daß in Preußen und Sachsen zwar nach Haushaltungen veranlagt wird, selbständige Familienmitglieder als Einzelsteuernde zählen. So kann eine Familie sehr wohl höhere Bezüge haben, auch ist der Prozentsatz der Einzelsteuernden in der untersten Gruppe beträchtlich größer wie in den übrigen Gruppen ¹⁾.

Für das Jahr 1895 ist der Widerspruch noch schärfer, nur ein Viertel der Bevölkerung bezog mehr wie 900 \mathcal{M} im Jahre. Bei der Bewegung aller Einkommensgruppen mit Ausnahme der höchsten und niedrigsten ist zu beachten, daß sie sowohl Zuwachs von unten bekommen und Abgaben nach oben geleistet haben. Bleibt man bei der untersten Stufe, so hat sie sich von 1895—1910 von 2,79 auf 6,84 Millionen, ihre Quote um mehr als $\frac{2}{3}$ vermehrt. Diese Zunahme kann sowohl auf einer Erhöhung des wirklichen Einkommens, als auf einer besseren steuerlichen Erfassung beruhen. Sicher ist beides der Fall gewesen. Helfferich freilich glaubt die ganze Bewegung auf eine Verbesserung des Einkommens, besonders auch der Arbeiterlöhne zurückführen zu dürfen. Dagegen sei kurz auf folgende Zahlen verwiesen.

Es bezogen 1913 im preußischen Staatsdienst:

Gelernte Arbeiter	das 1,73 fache
Ungelernte Arbeiter	das 1,60 fache
Untere Beamte	das 1,37 fache

des Einkommens von 1895 ²⁾.

Für die Klassenbildung ist das Realeinkommen maßgebend. Die Steuerstatistik kann nur eine Zunahme des Nominaleinkommens zeigen, die Veränderung des Geldwerts ist für diese Zeit schwer zu ermitteln. Eine von Zahn aufgestellte ³⁾ Kleinhandelsindexziffer zeigt eine Differenz von etwa $\frac{1}{5}$

1910	100		1890	79,9
------	-----	--	------	------

v. Tyszka berechnete in seinen Untersuchungen ⁴⁾ von 1890.—1900 eine Steigerung des Reallohns um 30 0/0, von 1900—1912 eine Senkung von 19,5 0/0.

Schließlich ist noch zu berücksichtigen, daß ein Einkommen von 900 oder 1800 \mathcal{M} in Stadt und Land, als fundiertes oder unfundiertes nicht gleich zu achten ist, besonders da die Geldrechnung bei der Landwirtschaft, soweit sie für den eigenen Bedarf produziert, nicht voll durchgeführt wird.

Bei den großen Mängeln der Einkommensteuerstatistik erscheinen die von der Berufsstatistik gegebenen objektiven Berechnungen wertvoller, wie die auf dem subjektiven Einkommen aufgebauten; letztere berechtigen wohl eine kleinere Korrektur der ersteren nach unten, keineswegs aber in dem Maße Adolf Wagners, der das Mittel aus beiden gezogen wissen will.

Zu den Tabellen sei noch bemerkt, daß die Statistik von 1918 schon Inflationszahlen gibt, aus diesem Grunde konnte auch die Reichseinkommensteuerstatistik von 1920 nicht verwendet werden.

Zur Ergänzung des Einkommenaufbaues soll kurz der Vermögensaufbau des deutschen Volkes mit Hilfe der Wehrbeitragsstatistik wiedergegeben werden ⁵⁾.

¹⁾ Schnapper—Arndt, „Sozialstatistik“ S. 293, Helfferich, „Deutschlands Volkswohlstand“ 1888—1913; 7. Aufl. S. 130.

²⁾ „Wirtschaft und Statistik“, 1922 S. 378.

³⁾ „Entwicklung der Preise in Bayern“ 1891—1910 Bulletin de l'Institut International de Statistique Bd. 19, III. Teil S. 126 ff.

⁴⁾ Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 145, II S. 287.

⁵⁾ Wehrbeitragsstatistik, 2. Ergänzungsheft zu den Vierteljahrsheften der Statistik des Deutschen Reichs 1919.

Wehrbeitragspflichtig waren nach dem Stand von 1912 (Natürliche Personen):

Vermögen von \mathcal{M}	Personen		Davon in Gemeinden	
	in 1000	%	bis 2000 Einwohner %	über 2000 Einwohner %
10 000— 100 000	918,3	75,3	32,7	67,3
100 000— 500 000	261,1	21,4	19,1	80,9
500 000—1 000 000	25,1	2,1	13,3	86,7
mehr als 1 000 000	15,5	1,2	18,3	81,7
	1 220,0	100	29,2	70,8

Die Tabelle zeigt wie stark der Besitz an die Stadt gebunden ist. Nach § 12 und § 36 des Wehrbeitragsgesetzes wurde das Vermögen unter 10 000 \mathcal{M} überhaupt nicht veranlagt, es blieb bis 50 000 \mathcal{M} bei einem Einkommen bis 2 000 \mathcal{M} , bis 30 000 \mathcal{M} bei einem Einkommen bis 4 000 \mathcal{M} steuerfrei. Das freigestellte Vermögen über 10 000 \mathcal{M} betrug: 29,8 Milliarden von 1,15 Millionen Personen.

Das Vermögen verteilte sich (beitragspflichtiges Vermögen) auf die Gruppen:

10 000— 100 000 \mathcal{M}	44,2	Milliarden Mark =	29,1 %
100 000— 500 000 \mathcal{M}	50,8	„ „	= 33,3 %
500 000—1 000 000 \mathcal{M}	17,2	„ „	= 11,3 %
über 1 000 000 \mathcal{M}	40,0	„ „	= 26,3 %

Es verteilte sich der Quelle nach:

Grundvermögen . . .	80,9	Milliarden Mark =	41,6 %
Betriebsvermögen . .	25,4	„ „	= 13,1 %
Kapitalvermögen . . .	88,1	„ „	= 45,3 %
Davon ab Schulden . .	42,0	„ „	

Es betrug das Reinvermögen also 152,4 Milliarden \mathcal{M} .

Die Statistik der preußischen Ergänzungssteuer gibt eine nähere Gliederung besonders der unteren Vermögensgruppen ¹⁾. Von den physischen Personen versteuerten im Jahre 1914:

Vermögen von	Zensiten in 1000	%	Vermögen von	Zensiten in 1000	%
6 000— 20 000 \mathcal{M}	936	48,2	200 000— 500 000 \mathcal{M}	53	2,8
20 000— 32 000 \mathcal{M}	336	17,3	500 000—1 000 000 \mathcal{M}	15	0,8
32 000— 52 000 \mathcal{M}	272	14,0	1 000 000—2 000 000 \mathcal{M}	6	0,3
52 000— 100 000 \mathcal{M}	214	11,1	2 000 000 und mehr \mathcal{M}	4	0,2
100 000— 200 000 \mathcal{M}	103	5,3			

Helfferrich glaubt bei der Vermögensteuerstatistik 20 % zu den Veranlagungen hinzuschlagen zu müssen. Die falsche Veranlagung kann hier wie bei der Einkommensteuer nicht nur die absoluten, sondern auch die Verhältniszahlen ändern. Philippovich meint, dies sei nicht im größeren Maße der Fall. Für die Zensiten mit weniger als 6000 \mathcal{M} rechnet Helfferrich ein Durchschnittsvermögen von 2500 \mathcal{M} ²⁾.

Eine Ausscheidung des Einkommens und Vermögens auf den alten und neuen Mittelstand kommt selbstverständlich nicht in Betracht.

Die Einkommenstatistik hat für die Zensiten wie für die Einkommenssummen, die auf die ganzen Zensitenstufen treffen, einen pyramidenartigen Aufbau gezeigt, anders die Vermögensstatistik. 26,3 % des beitragspflichtigen Vermögens (also über $\frac{1}{5}$ des Gesamtvermögens) sind in der Hand von 15 000 Millionären, 70,3 % gehören 302 000 Personen mit mehr als 100 000 \mathcal{M} Besitz. Während auch hier die Zensiten mit jeder höheren Stufe abnehmen, baut sich das Vermögen selbst wie eine nach oben stark ausgebuchtete Flasche auf. Gilt ein Kapital von 10 000—100 000 \mathcal{M} als Mittelstandsvermögen, so besitzt die Mittelklasse 29,1 % des veranlagten oder ca. 45 % des gesamten Vermögens.

3. Bildungsaufbau.

Ist das Einkommen eines der beiden Hauptmerkmale jeder Klassenbildung, so ist die Bildung nur ein untergeordnetes, meist durch den Beruf bedingtes Kennzeichen. Unter Bildungsaufbau kann hier nur der Vorbildungsaufbau verstanden werden, nur die Vor-

¹⁾ Statistik der preußischen Einkommensteuerveranlagung für das Steuerjahr 1914 und der Ergänzungssteuerveranlagung für 1914/16.

²⁾ Helfferrich, a. a. O., S. 105 f.

bildung, nicht die durch sie erstrebte und ja nicht immer erreichte Bildung kann statistisch erfaßt werden. Eine Statistik aller Erwerbstätigen, die eine Hoch- oder Mittelschule absolviert haben, fehlt auch hier, nur die Zahlen derer, die solche Schulen besuchen, sind bekannt. Sie werden meist zu der Gesamtbevölkerung in Beziehung gesetzt, diese Beziehungszahlen zeigen an, in welchem Verhältnis zur Gesamtbevölkerung die Schulbesucher zugenommen haben, nicht aber in welcher Relation sie zu ihr stehen. Werden doch Vertreter bestimmter Altersklassen mit der Gesamtheit verglichen. Es sollen daher die Studierenden zur Gesamtheit ihrer Altersgenossen in Beziehung gesetzt werden.

Von den bayerischen Hochschulstudenten waren 1913 97% im Alter von 19–25 Jahren¹⁾. Werden die deutschen Hochschulstudenten — für Bayern ist der Vergleich nicht möglich, da bedeutend mehr Nichtbayern in Bayern, als Bayern im übrigen Reich studieren — zu den Angehörigen der Altersgruppe 20–25 Jahre in Beziehung gesetzt, so ergibt sich:

Zahl der männlichen Immatrikulierten, Sommer 1911²⁾.

An den Universitäten	54 551	An den landwirtschaftlichen Hochschulen	1 205
„ „ technischen Hochschulen	10 644	„ „ Handelshochschulen	1 889
„ „ Bergakademien	530	„ „ Hochschulen für bildende Kunst	2 173
„ „ Forstakademien	273	„ „ Hochschulen für Musik	1 585
„ „ tierärztlichen Hochschulen	1 029		73 879

Männer in der Altersgruppe von 20–25 Jahren 2 805 563.

Es trafen demnach auf 100 Männer dieser Gruppe 2,53 Studenten. Die Gesamtzahl der männlichen Studierenden im Sommer 1923 betrug 118 684, auf 10 000 Einwohner 1923: 19,0, 1911: 12,8.

Der Vergleich mit den Altersgruppen 20–25 Jahre ist nicht genau, aber genügend anschaulich. Noch roher muß vorgegangen werden, wenn die gleiche Methode auf die Mittelschüler angewendet wird. Hier gehören nur ca. $\frac{2}{3}$ der Mittelschüler aus 9 Jahrgängen der Altersgruppe 10–20 Jahre an. Nach der Reichsschülerhebung von 1911³⁾ gab es:

	Anstalten	Schüler (männl.)
Vollanstalten: Gymnasien	524	159 719
Realgymnasien	223	69 985
Oberrealschulen	167	75 368
	914	305 072
Nichtvollanstalten: Prorealgymnasien	63	7 030
Progymnasien	81	9 485
Realschulen	411	88 331
Sonstige Nichtvollanstalten	218	12 184
	773	117 030
Alle Anstalten zusammen	1 687	422 102
Männliche Bevölkerung im Alter von 10–20 Jahren		6 619 336
auf 100 davon treffen Mittelschüler		6,34
Für Bayern sind die Zahlen für 1910 ⁴⁾		
Männliche im Alter von 10–20 Jahren		686 580
Mittelschüler		42 068
auf 100 der Männlichen treffen Mittelschüler		6,12
Schülerinnen an Mädchenmittelschulen 1911		
Mittelschulen		5 560
Mädchengymnasien		22 137
Höhere Mädchenschulen		212 324
		240 021

Da über 90% der Mädchen 6klassigen Anstalten angehören, soll diese Zahl auf die Altersgruppe 10–16 Jahre berechnet werden. In diesem Alter standen 1910⁵⁾: 4097 847. Auf 100 Mädchen der Altersgruppe trafen 5,85 Mittelschülerinnen. Die Weiterentwicklung

¹⁾ „Das bayerische Hochschulwesen in den Jahren 1913/14 und 1921/22“, Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamts 1923, S. 108.

²⁾ Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1912, S. 307 f.

³⁾ Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1913, S. 308.

⁴⁾ Zeitschrift des Bayer. Statistischen Landesamts 1911, S. 245.

⁵⁾ Statistik des Deutschen Reichs, N. F. 240, S. 80.

zeigt das vorläufige Ergebnis der schulstatistischen Erhebung zu Anfang 1922. Es befragt die Schülerzahl der höheren Lehranstalten¹⁾:

Männliche 451 989, auf 10 000 Einwohner 72,9 (1911: 64,6)
Weibliche 299 190, auf 10 000 Einwohner 48,2 (1911: 36,8)

Die Berechnungen für die Mittelschüler sind, wie schon gesagt, äußerst roh und können nur zu Schätzungen benützt werden. Für die Knaben dürfte $\frac{1}{10}$ dazu, für die Mädchen $\frac{1}{10}$ abgeschlagen werden, so daß 1911 von 100 Männlichen im Alter von 10—20 Jahren ca. 7, von 100 Weiblichen von 10—16 Jahren ca. 5 eine Mittelschule besuchten. Heute haben sich die Quoten erhöht.

Annähernd gleiches Absterben vorausgesetzt, werden die untersuchten Gruppen, die heute 23—33 bzw. 23—29 bzw. 32—36 Jahre alt sind, einen solchen Anteil an mittel- und hochschulmäßig Gebildeten enthalten. Für die Gesamtheit der erwerbstätigen Bevölkerung dürften diese Zahlen niedriger sein, da die Besucher von Mittel- und Hochschulen rascher wie sie zugenommen haben. Die auf höheren Schulen Vorgebildeten stellen also nur einen kleineren Teil (ca. $\frac{1}{3}$ bis $\frac{1}{4}$) des neuen Mittelstandes dar.

Aus welchen sozialen Kreisen kommt nun jene führende Schicht des Mittelstandes her? Antwort gibt wieder die Unterrichtsstatistik, die nach dem Beruf des Vaters fragt.

Berufliche Herkunft der bayerischen Hochschulstudierenden (nach dem Beruf des Vaters) in dem Winterhalbjahr 1913/14 und Sommerhalbjahr 1921/22²⁾.

Berufliche Herkunft	Universitäten		Technische Hochschulen		Lyzeen		Akademie der bild. Künste		Akademie der Tonkunst		Handels-hochschulen	
	1913/14 ‰	1921/22 ‰	1913/14 ‰	1921/22 ‰	1913/14 ‰	1921/22 ‰	1913/14 ‰	1921/22 ‰	1913/14 ‰	1921/22 ‰	1913/14 ‰	1921/22 ‰
Reichs-, Staats-, Gemeindedienst, Kultuswesen	33,5	33,5	30,0	30,3	21,1	24,1	22,8	19,5	23,5	28,7	15,8	22,2
Freie Berufe, Presse, Konzert- und Theaterunternehmen	10,5	12,8	6,2	7,3	1,6	2,0	14,6	20,0	21,5	18,6	8,2	4,2
Land- u. Forstwirtschaft	10,0	6,8	7,0	7,0	38,2	37,8	7,3	5,1	3,8	1,7	6,3	3,7
Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr	34,7	36,3	46,4	43,6	29,0	27,7	47,4	44,7	39,6	40,9	55,7	64,1
Häusl. und persönlicher Dienst, Lohnarbeit	0,1	0,1	0,2	0,1	0,9	1,1	—	0,5	—	—	0,7	—
Rentner, Privatier	6,0	3,2	5,3	3,0	3,6	2,3	4,0	3,8	4,7	2,5	9,5	1,5
Pensionisten u. Rentempfänger	4,5	5,1	5,6	6,1	3,5	3,4	3,0	6,0	7,4	4,6	3,8	3,8
Ohne Berufsangabe	0,7	2,1	0,3	1,8	1,2	1,5	0,9	0,3	—	3,0	—	0,5
Studenten insgesamt	9 430	13 437	1 735	3 985	753	611	329	369	149	526	158	758

Eine soziale Gliederung dieser bayerischen Statistik gibt eine Teilung in drei Gruppen. Es stammen 1913 aus akademisch gebildeten Kreisen 23,7‰, von finanzkräftigen Personen in Industrie und Handel 30,4‰, aus bäuerlichem und bürgerlichem Mittelstand ohne höhere Schulbildung 45,9‰ der Studenten. 1921 dürften die Zahlen wenig verändert sein.

Von den Studierenden der preußischen Universitäten kamen 1911³⁾:

Aus mittleren und unteren Schichten 14 970 = 61,8‰
davon aus mittleren 11 020 = 45,5‰
Aus höheren Schichten 8 032 = 32,2‰
davon mit akademischer Vorbildung des Vaters 5 346 = 22,1‰

Es stammten also nur $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{5}$ der Hochschüler aus Akademikerkreisen, rechnet man $\frac{2}{3}$ der akademisch gebildeten Väter ebenfalls dem Mittelstand zu, so stellt der Mittelstand nach der preußischen Statistik 60,1‰, nach der bayerischen zusammen mit den unteren Schichten 61,7‰. Preußen zählt 16,3‰ aus den unteren Schichten und 12,4‰

¹⁾ Statistisches Jahrbuch des Deutschen Reichs 1923, S. 330.

²⁾ Zeitschrift des Bayer. Statistischen Landesamts 1923, Heft 1/2, S. 114 ff.

³⁾ Preußische Statistik, Heft 236, S. 136.

aus Großindustrie und Großhandel; Bayern 30,4 % aus finanzkräftigen Gruppen. Auf jeden Fall ist der Mittelstand an den Hochschulen stärker vertreten wie im Erwerbsleben. Die Akademikersöhne stellen einen ständig abnehmenden Teil der Studenten.

Aus welchen beruflichen und sozialen Gruppen die Mittelschüler herkommen zeigt eine neue bayerische Erhebung nach dem Stand vom 1. April 1922¹⁾.

Von 100 Schülern gehörten Vätern an:

	Gymnasien	Realschulen	Höhere Mäd- chenschulen	Alle Schulen
Reichs-, Staats-, Gemeinde-, Kultus-, Militärdienst	42,5	28,1	32,6	34,2
Freie Berufe	9,3	3,2	6,9	5,9
Land-, Forstwirtschaft	10,0	4,3	3,2	5,8
Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr	35,0	61,8	54,3	51,4
Häusliche und persönliche Dienste	0,3	0,4	0,3	0,4
Rentner	0,8	1,7	1,1	0,9
Pensionäre	2,0	0,8	1,4	1,3
Schülerzahl	16 232	18 989	23 669	86 234

Soziale Gliederung der Hauptgruppen:

Der Vater war	bei Schülern	% der Schüler	Der Vater war	bei Schülern	% der Schüler
im Reichs-, Staats-, Ge- meindedienst usw.			in der Land- und Forst- wirtschaft		
Akademiker	3 173	3,7	Selbständig	4 324	5,0
Nichtakademiker	18 741	21,7	Angestellter, Arbeiter	646	0,8
im Lehrdienst			in Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr		
Akademiker	1 611	1,9	Fabrikant, Großunternehmer	4 433	5,1
Nichtakademiker	4 237	4,9	Sonstiger Selbständiger	21 724	25,2
bei den freien Berufen			Angestellter	13 591	15,8
Arzt	14 166	1,7	Arbeiter	4 586	5,3
Künstler	707	0,8			
Anwalt, Notar	657	0,8			

Es war also bei 8,9 % der Schüler der Vater Akademiker, werden $\frac{2}{3}$ der Akademiker zum Mittelstand gerechnet, so stammten 8,0 % der Angehörigen der höheren Lehranstalten aus der besitzenden, 79,0 % aus der Mittelklasse — 30,2 % aus dem alten, 48,8 % aus dem neuen Mittelstand — und 5,7 % aus der Arbeiterschaft; für 7,3 % ist eine soziale Gliederung nicht erfolgt.

Wenn $\frac{3}{5}$ der Hochschüler und $\frac{4}{5}$ der Mittelschüler aus dem Mittelstand kommen, so ist dies ein äußerst günstiges Bild, ein gesunder Aufstieg innerhalb des Mittelstandes wie zur vermögenden Schicht vollzieht sich, ebenso wie er von der unteren zur Mittelklasse zu vermuten ist. Wo es aber dem Begabten wenigstens zum Teil möglich ist, höher zu kommen, da hat die soziale Frage ihre größte Schärfe verloren.

II. Abschnitt.

Die Verelendung des Mittelstandes.

Wurde im I. Abschnitt versucht zu zeigen, wie sich der deutsche Mittelstand vor dem Krieg zusammensetzte und welche Bedeutung den einzelnen Gruppen des neuen Mittelstandes zukam, so soll sich der II. Abschnitt mit der Verelendung dieses neuen Mittelstandes in der Nachkriegszeit befassen. Ist doch das Wort von der Verelendung des Mittelstandes, ebenso wie das vom Mittelstand selbst, ein politisches Schlagwort geworden; wie weit es gilt kann nur durch eine Summe von Tatsachen bewiesen werden.

Zuerst ein paar Sätze über die Entwicklung des alten Mittelstandes, die hier nicht weiter untersucht wird. Sie hat sich beim Bauernstand, Handwerk und Kleinhandel örtlich, nach Betriebsgrößen und Betriebszweigen so verschieden gestaltet, daß großangelegte

¹⁾ Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamts 1924, S. 67.

Enqueten hierzu nötig wären. Im allgemeinen spricht die Erfahrung dafür, daß das Realeinkommen dieser Kreise nicht oder nicht stark zurückgegangen ist. Der Vermögensverlust bemißt sich zumeist nach dem Verhältnis, in dem das Grundvermögen und Anlagekapital zu dem meist geschwundenen Betriebskapital standen. Umgekehrt findet man oft eine starke Entschuldung oder Verbesserung der Anlagen. So hat Keßler¹⁾ recht, wenn er meint: „Wer etwas zu verkaufen hatte, kam nicht allzu stark unter die Räder“.

Wieweit die gegenwärtige Agrar-, Absatz- und Steuerkrise den günstiger gestellten alten Mittelstand dauernd beeinflussen werden, wieweit die Komplementarität aller Wirtschaftsbeziehungen in der verarmten Volkswirtschaft für ihn gelten wird, ist noch nicht abzusehen.

Weitere starke Einschränkungen sind für die Untersuchung des neuen Mittelstands zu machen. Dem Umfang nach werden in erster Linie die geistigen Berufe behandelt, für die Angestellten können nur einige typische Gruppen herausgegriffen werden. Dann sind die Ergebnisse sehr oft ungenau, wenn von Teilerscheinungen auf die Gesamtlage einer Gruppe geschlossen werden muß.

Wie groß die Verelendung ist soll hauptsächlich an der Entwicklung des Einkommens, daneben an dem Verlust des Vermögens und der Minderung des Konsums gezeigt werden. Dabei wurde stets nach sicheren statistischen Belegen gesucht, es mag auffallen, daß Zeitungen und Zeitschriften der Berufsverbände wenig benützt sind. Meist sind ihre Spalten mit beweglichen Klagen und gehässigen Anklagen gegen die übrigen Volksschichten, den Staat und besonders die anders organisierten Berufsgenossen gefüllt. Daneben wird in schwungvollen Artikeln gezeigt, wie wichtig der eigene Beruf für die gesamte Gesellschaft ist, dann werden volkswirtschaftliche Tagesfragen — Teuerung, Index- und Goldrechnung — weniger volkswirtschaftlich besprochen. Wirklich verwertbares Tatsachenmaterial war hier nur wenig zu finden.

Die Ursachen der Verelendung, der Versailler Vertrag und die durch ihn hervorgerufene Geldentwertung sind hier nicht zu behandeln, warum sie so sehr die geistigen Schichten trafen wird noch im IV. Abschnitt zu fragen sein.

A. Einkommensminderung.

1. Methodisches.

Will man feststellen, wieweit sich das Einkommen der verschiedenen Mittelstandsschichten vermindert hat, so muß man das Vor- und Nachkriegseinkommen vergleichen. Das klingt sehr einfach, aber zu einem Vergleich braucht man vergleichbare Größen und hier entstehen Schwierigkeiten. Die Geldwertschwankungen müssen ausgeglichen und den wechselnden Nominaleinkommen muß das wahre Realeinkommen gegenübergestellt werden. Bei seiner Berechnung kann die innere Kaufkraft des Geldes aus einer Summe von Kleinhandelspreisen ermittelt und durch Indexziffern dargestellt werden. An diesen Preisindexzahlen soll dann das Einkommen gemessen werden.

Es fragt sich also:

1. Zeigen die Indexziffern richtig an, wie sich das Preisniveau verändert hat?
2. Wie kann das Einkommen am besten in Beziehung zu diesen Indexzahlen gesetzt werden und welche Fehler ergeben sich aus beiden Methoden?

Die Kleinhandelsindexziffern sind noch nicht alt. Hatte man doch vor dem Krieg noch keine einheitliche Statistik der Kleinhandelspreise in Deutschland. In den Ländern

¹⁾ Keßler, „Die Not des Mittelstandes und der deutschen Gesellschaft“, Verhandlungen des 29. und 30. evangelisch-sozialen Kongresses in Iserlohn am 23. und 25. Mai 1923; vgl. auch die Goldmarkpreise für Getreide 1921/23 im Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich 1923, S. 291.

war sie zum Teil gut ausgebildet, besonders in Bayern, wo sie schon 1871 durch G. v. Mayr eingerichtet wurde¹⁾. Heute gibt es 4 Arten von Lebenshaltungsindexziffern²⁾.

1. Als Grundlage ist ein physiologischer Ernährungsbedarf des Menschen angenommen und in Kalorien und Eiweißmengen ausgedrückt (Kuczynski).

2. Es wird von einer praktisch erprobten Tagesration ausgegangen, z. B. eines Marine-soldaten (Calwer).

3. Man schätzt den Normalbedarf einer normalen Arbeiterfamilie an den erforderlichen Lebensmitteln (Reichsindex).

4. Eine konkrete Haushaltungsrechnung wird verwendet.

Sind so die Bedarfsmengen oder -teile gefunden, so multipliziert man sie mit den jeweiligen Preisen und findet so die Lebenshaltungskosten in \mathcal{M} , diese absoluten Zahlen werden dann auf einen = 100 gesetzten Ausgangspunkt bezogen. Die Reichsindexziffer gehört zur 3. Gruppe. Die Arbeiterfamilie besteht aus 5 Köpfen, Mann, Frau und 3 Kindern im Alter von 12, 7 und $\frac{1}{2}$ Jahren, die Kleinhandelspreise werden jeweils in 71 Gemeinden von über 10000 Einwohnern erhoben. Die Wertigkeitszahlen sind von einer Lebenshaltung in der Nachkriegszeit hergenommen, Kartoffeln, Brot und Gemüse spielen die Hauptrolle (für 4 wöchentlichen Bedarf 47 kg Brot, 70 kg Kartoffeln und nur 5 kg Fleisch und Speck, 10 Eier).

Alle Indexziffern der Lebenskosten wurden scharf angegriffen. Sie spiegeln nur eine konstruierte Lebenshaltung unterer Schichten wider, der wirkliche Verbrauch ist für jede Familie und Einzelperson nach Einkommen, Alter, Körperverfassung, Neigung, Bildung und Erziehung ganz verschieden. Wechselt aber die Kaufkraft des Geldes, so ändern sich die Preise verschiedener Güter in verschiedenem Maße³⁾.

Die Reichsindexziffer geht von einem verschlechterten Nachkriegskonsum aus. Sind ihre einfachen Lebensmittel weniger gestiegen wie die besseren, die vor dem Krieg verwendet wurden, so kommt die Steigerung nicht genügend zum Ausdruck; wird dagegen von einer längst vergangenen Vorkriegslebenshaltung ausgegangen, so ist die Grundlage nicht real.

Als drittes Bedenken wird geltend gemacht, daß Anschaffungen, Fahrtkosten, Steuern und ideelle Bedürfnisse usw. außer acht bleiben. Besondere Fehler für die Reichsindexziffer entstehen bei der Vergleichbarkeit, einmal sind die Wertigkeitszahlen im März 1922 unbedeutend geändert worden⁴⁾. Dann waren 1920 und 1921 noch keine Bekleidungskosten im Gesamtindex enthalten.

Elsas hat erklärt, die Reichsindexziffer sei nicht geeignet, die Veränderung des Preisniveaus zu messen, vor allem nicht für alle Schichten der Bevölkerung. Daß die zugrunde liegenden absoluten (Teuerungs-) Zahlen (z. B. 102 \mathcal{M}) nur für die Normalfamilie und vielleicht einige ähnliche Arbeiterfamilien gelten, daß sie vor allem kein Existenzminimum darstellen, ist selbstverständlich. Trotzdem können die Verhältniszahlen auch für höhere Gesellschaftsschichten richtig sein, kann die Lebenshaltung sich für sie in gleichem Maß verteuert haben. Ein erster Maßanzug und ein Arbeiteranzug, 1 Pfd. Butter und 1 Pfd. Margarine können in annähernd gleichem Verhältnis im Preis gestiegen sein. Gerade wenn die Preise so phantastisch höher rennen, ist eine Differenz von 5—10 % nicht allzu wichtig. Theoretisch wäre anzunehmen, daß die teuren Produkte gleicher Art weniger im Preise steigen, wie die billigen, da bei gesunkenem Einkommen weiter Kreise die Nachfragerreihe für sie kleiner geworden ist. Für die Preisanarchie der Inflation kann dies aber nicht gelten.

¹⁾ Decker, „Statistik der Kleinhandelspreise“ in Zahn, „Die Statistik in Deutschland nach ihrem heutigen Stand“, II S. 534 ff.

²⁾ Morgenroth, Art. „Indexziffern“, Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., hier die Literatur über Indexziffern; die neuere Literatur gibt Nathan, Conrad's Jahrbücher 1923 I S. 573 ff.

³⁾ Elsas, „Die innere Kaufkraft der deutschen Mark“, Conrad's Jahrbücher 1921 II S. 504.

⁴⁾ V. H. 1922 I S. 59.

Wie stark die Teuerung nicht nur die Preise, sondern die Preisschichtung verändert hat, kann nur durch praktische Beispiele gemessen werden. Hierzu hat das Statistische Amt Hamburgs neben der Reichsteuerungszahl eine eingeschränkte und eine uneingeschränkte Teuerungszahl für den gesamten Lebensbedarf einer 5 köpfigen Familie berechnet. Bei der ersteren wurden die Reichswertigkeitszahlen, bei der letzteren ein Friedensbedarf auf Grund der Haushaltserhebung von 1907 angenommen. In beiden sind neben der Kleidung, Wäsche, Mobiliar, Kulturbedürfnisse wie Bücher, Zeitungen, Beiträge zu Vereinen, Fahrgeld usw. berücksichtigt¹⁾.

Zeit	Reichs-index	Einge-schränk-ter Ham-burger Index	Uneinge-schränk-ter Ham-burger Index	Reichs-index für das gesamte Reich 1914 = 100	Zeit	Reichs-index	Einge-schränk-ter Ham-burger Index	Uneinge-schränk-ter Ham-burger Index	Reichs-index für das gesamte Reich 1914 = 100
1. April 1920 = 100					1. April 1920 = 100				
1. April 1920	100	100	100	922	1. Dezember 1921	186	160	166	1 700
1. Januar 1921	117	108	114	1 080	1. Januar 1922	193	169	181	1 782
1. Februar 1921	109	103	107	1 001	1. Februar 1922	224	193	198	2 067
1. März 1921	104	106	106	963	1. März 1922	250	237	243	2 302
1. April 1921	102	104	104	939	1. April 1922	338	310	312	2 120
1. Mai 1921	98	101	102	908	1. Mai 1922	382	341	361	3 526
1. Juni 1921	99	101	103	910	1. Juni 1922	405	391	396	3 738
1. Juli 1921	106	104	108	975	1. Juli 1922	466	468	481	4 293
1. August 1921	124	111	114	1 142	1. August 1922	604	615	698	5 565
1. September 1921	125	111	115	1 156	Teuerungszahlen aller Indexziffern				
1. Oktober 1921	131	118	124	1 212	1. April 1920	904 M	1 833 M	2 066 M	
1. November 1921	158	160	163	1 458					

Der Vergleich zeigt, daß die Zahlen tatsächlich im allgemeinen parallel laufen. Da die Hamburger Ziffern auf den Ausgangspunkt vom 1. April 1920 gestellt sind, kann eine andere Preisschichtung, die vor diesem Zeitpunkt eingetreten ist, nicht zum Ausdruck kommen.

Ein Existenzminimum und Indexziffern für geistige Arbeiter suchten Guradze und Freudenberg²⁾ zu gewinnen. Klinische Erfahrungen besagen, daß bei geistiger Arbeit in erhöhtem Maße Phosphorsäure abgeschieden wird, die nur durch entsprechende Mengen Salzsäure neutralisiert werden kann. Um diese zu erzeugen müssen täglich mindestens 200 g Fleisch und eine sonstige eiweißhaltige Nahrung genossen werden. Infolgedessen werden andere Lebensmittelmengen, dann doppelte Wohnungs-, Beleuchtungs- und Kleidungskosten berechnet und auf die so ermittelte Teuerungszahl 60 % für Kulturbedürfnisse daraufgeschlagen (Kuczynski rechnete bei Arbeitern 30 %). Es ergaben sich folgende Indexziffern:

Zeit	Index für einen höheren Beamten	Reichsindex	Zeit	Index für einen höheren Beamten	Reichsindex
1914	1,00	1,00	Oktober 1922	206,97	230,66
April 1922	30,67	34,36	Januar 1923	1150	1120
Juli 1922	49,35	53,92	Februar 1923	2623	2643

Wenn weiter das für 1914 auf 298 M berechnete Existenzminimum zur Ermittlung von Realgehältern verwendet wird, so ist dies unhaltbar.

Schließlich stimmt die Reichsindexziffer, die Elsas so scharf kritisierte, in ihrer verbesserten Form mit seiner eigenen Ziffer überein³⁾.

Es war Juni 1921 die Steigerung der Lebenshaltungskosten

nach Elsas	11 fach
nach Reichsindexziffer ohne Bekleidung	9 fach
nach Reichsindexziffer mit Bekleidung	11,6 fach
Ernährungsindex Calwers	14 fach
Ernährungsindex des Statistischen Reichsamts	13,7 fach

Wenn demnach die Indexziffern für verschiedene Bevölkerungskreise einander so gleichen, so darf die Reichsindexziffer als „dem heute bestehenden praktischen und

¹⁾ Sköllin, „Der Wert der Gehälter und Löhne in Hamburg“, Statistische Mitteilungen für den Hamburgischen Staat Nr. 13 (unter Mitarbeit v. Tyszkas), dort die Teuerungszahlen.

²⁾ Guradze, Freudenberg, „Das Existenzminimum des geistigen Arbeiters“, Conrad's Jahrbücher 1923 I S. 327, II S. 354.

³⁾ Elsas, a. a. O., S. 510.

wissenschaftlichen Bedürfnis genügend“ bezeichnet werden. An den Haupttatsachen, „die durch die Generalindexziffern ohne Zweifel richtig, allerdings nur mit ihrem durchschnittlichen Näherungswerte angegeben werden, vermögen die scharfsinnigsten Kritiken an den Mängeln der Methoden wohl kaum viel zu ändern“¹⁾. Auf die Mietpreisfrage soll noch eingegangen werden.

Wie können nun Indexziffern und Einkommen zueinander in Beziehung gesetzt werden und welche Fehler entstehen, wenn so das Realeinkommen ermittelt wird?

Man nimmt an, daß der Realwert zum Nominalwert des Einkommens in dem gleichen Verhältnis steht wie die Friedensindexziffer (100) zu der jeweiligen Indexziffer (z. B. 7019); es wird dann der Realwert einer Mark erhalten, wenn 100 durch die Indexziffer geteilt wird ($100 : 7019 = 0,014 \mathcal{M}$). Multipliziert man endlich das Nominaleinkommen mit dem Realwert der Mark, so findet man das Realeinkommen.

Reallöhne dieser Art hat zuerst C. v. Tyszka in seinen Untersuchungen über die Löhne und Lebenshaltungskosten in Westeuropa²⁾ berechnet. Heute sind sie allgemein auch in der amtlichen Statistik zu finden.

Fehler entstehen, weil für 1920/21 alle Umrechnungen mit dem alten Index ohne Bekleidung vorgenommen wurden, diese Einkommenszahlen sind mit denen von 1922/24 nicht völlig vergleichbar. Erst als die Berechnungen abgeschlossen waren, brachte das Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich von 1923 die verbesserten Indexzahlen für 1920 und 1921. Da eine Wiederholung der ganzen Rechenarbeit nicht möglich war, wurden wenigstens neue Jahresdurchschnitte den alten gegenübergestellt.

Die auf einen Monat treffenden Gehälter sind mit der entsprechenden Monatsindexziffer umgerechnet, oft wurden sie aber erst verspätet festgesetzt und vielleicht in schlechterem Geld ausbezahlt. Für 1920–1922 sind diese Abweichungen nicht stark.

Für die 1. Hälfte 1923 werden die Ziffern unsicher, einmal weil der Zahlungstermin eine ziemliche Rolle spielt, dann weil bis Juli 1923 nur Monatsdurchschnitte als Indexziffern verwendet wurden, diese werden um so schematischer, je mehr die Wochenwerte voneinander abweichen. Für die 2. Hälfte 1923 sind die Zahlen unbrauchbar, soweit nicht der Zahlungstermin berücksichtigt werden konnte. Aber auch dann entsprechen sie nicht der angegebenen Kaufkraft. Die Stunde der Auszahlung wurde maßgebend und da Tagesbedürfnisse, wie Brot, Milch, Fahrten usw. nicht im voraus gedeckt werden konnten, mußte auch der umsichtigste Wirtschaftler einen Teil des Einkommens der Entwertung aussetzen. Stieg doch im Oktober der allmächtig gewordene Dollar an 3 Tagen auf das Doppelte, an 7 Tagen um mehr als die Hälfte des Vortagskurses. Eine verrückte Zeit kann nicht mehr mit vernünftigen Methoden gemessen werden.

Wieder wiegen diese Fehler nicht allzu schwer, das Realeinkommen kann trotzdem bis zum 2. Viertel 1923 und dann wieder für 1924 ziemlich gut berechnet werden, dabei ist anzunehmen, daß es eher etwas kleiner, sicher nicht größer als die angegebenen Beträge war.

Für die Zeit vor 1920, für die man nur den Calwer'schen Ernährungsindex hat, mußte auf eine Realeinkommensberechnung verzichtet werden.

Abschließend ist noch ein Einwand zu prüfen, den neuerdings Peter Quante gegen eine Statistik des Realeinkommens erhoben hat³⁾. Er weist zunächst darauf hin, daß der Mietpreis von der allgemeinen Preisentwicklung der Nachkriegszeit völlig abgewichen ist. Dann zieht er das Schwabe'sche Gesetz heran: Je wohlhabender eine Familie ist, um so mehr Geld, aber um so weniger Prozent der Gesamtausgaben verwendet sie für die Wohnung. Er schließt dann: Ist die Miete so auffallend nieder geblieben, so gibt eine

¹⁾ Morgenroth, a. a. O., S. 404.

²⁾ Schriften des Vereins für Sozialpolitik, 145. u. 146. Band.

³⁾ P. Quante, „Beiträge zur Statistik der Beamtengehälter“, Zeitschrift des Preußischen Statistischen Landesamts 1924, Heft I.

Reallohnberechnung für alle Gruppen, bei denen die Mietquote kleiner ist als in der Indexziffer, ein falsches Bild.

Quante wendet sich nur gegen eine Reallohnstatistik, die für alle Berufe mit der gleichen Indexziffer erfolgt, er trifft aber, ohne darauf einzugehen, auch die Reichsindexziffer selbst. Die ihr zugrunde liegende Teuerungszahl von 1914 beträgt 104,16 $\%$, die Wohnungsausgabe davon 24,46 $\%$ = 23,5 $\%$. Nach der Reichshaushaltstatistik von 1907 trafen bei der Durchschnittsarbeiterfamilie auf die Wohnung nur 17,5 $\%$ der Ausgaben ¹⁾. Diese Differenz ist leicht zu erklären, die Indexziffer berücksichtigt nur Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Wohnung und Bekleidung; auf diese Gegenstände entfielen aber nach der Erhebung von 1907 nur 73,4 $\%$, der Rest auf Sonstiges. Wird nun die Miete richtig mit 17 statt mit 23 $\%$ gerechnet, so treffen 83 statt 77 $\%$ des Bedarfs oder Einkommens auf Gegenstände, die die allgemeine Preissteigerung mitgemacht haben, die Indexziffer ist also zu nieder. Wie der Anteil der Miete, so ist auch der von Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung zu hoch, da sie aber annähernd ebenso wie die sonstigen fehlenden Bedürfnisse verteuert wurden, schadet dies weniger.

Die Indexziffern für den gesamten Lebensbedarf weisen diesen Fehler der Reichsstatistik nicht auf, er kann also nicht allzu groß sein. Die eingeschränkte und uneingeschränkte Teuerungszahl Hamburgs beruht auf einer Basis von 100 für den 1. April 1920, die Sonderbewegung der Miete war größtenteils schon vor diesem Zeitpunkt erfolgt. Später ist sie nicht zu erkennen. Guradze und Freudenberg haben ebenfalls bei den Bedarfsgruppen, die denen der Reichsindexziffer entsprechen, eine zu hohe Quote für die Wohnung gerechnet; werden 60 $\%$ dieser Gruppen für Sonstiges hinzugeschlagen, so steckt der zu hohe Wohnungsanteil nochmals in diesen 60 $\%$. Der Fehler verstärkt sich.

Der Einwand Quantes trifft also die gesamte Reallohnstatistik, darüber hinaus kann das Schwabe'sche Gesetz keine besonderen neuen Fehler verursachen. Ist es doch recht bestritten und soll erst von einem Grenzeinkommen mit über 4000–5000 $\%$ gelten ²⁾, durch die Haushaltserhebung wurde es nicht bestätigt ³⁾. Für den Mittelstand wird der Wohnanteil von 17 $\%$, den die Haushaltserhebung für die Arbeiter rechnete ebenfalls gelten dürfen. Er schwankt für die Mittelklasse nach dieser Untersuchung zwischen 18 und 21 $\%$, nach Günther ⁴⁾ zwischen 16,4 und 17,9 $\%$. Zu bedenken ist, daß die Wohnungsausgaben bei der Reichsteuerungszahl nur aus der Miete, in den Haushaltserhebungen aus Miete plus Instandhaltungskosten (letzte ca. $\frac{1}{5}$) bestehen. Das vorige Ergebnis muß also noch modifiziert werden:

Die Reichsindexziffern sind etwas zu niedrig, die Realeinkommensberechnungen infolgedessen etwas zu hoch, die Schwankungen dürften zwischen 5 und 10 $\%$ betragen.

2. Das Einkommen der öffentlichen Beamten.

Soll dargestellt werden, wie sich das Einkommen der öffentlichen Beamten in der Nachkriegszeit entwickelte, so muß zuerst kurz auf die Besonderheiten des Beamten Einkommens eingegangen werden.

Das öffentliche Dienstverhältnis steht unter öffentlichem Recht. Der Beamte muß in ein besonderes Treuverhältnis zum Staat treten und ihm seine ganze Arbeitskraft widmen; er erhält dafür nach der Lehre des älteren Staatsrechts ein Gehalt. Dieses ist nach ihr keine Vergütung für die geleisteten Dienste, sondern für den Verzicht auf einen anderweitigen Erwerb ⁵⁾.

¹⁾ „Wirtschaft und Statistik“, 1924 Nr. 3 S. 45.

²⁾ Artikel „Konsumtion“ im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, S. 126, V. Bd. 4. Auflage.

³⁾ Feig, „Statistik des Arbeitslohnes und der Lebenshaltung“ in Zahn, „Die Statistik in Deutschland nach ihrem heutigen Stand“, II S. 822.

⁴⁾ Günther, „Lebenshaltung des Mittelstands“, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 142 II S. 75.

⁵⁾ v. Heckel, „Besoldung u. Besoldungspolitik“ im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 3. Aufl.

In der Nationalökonomie dagegen wird die Besoldung als eine besondere Art ausbezahlten Arbeitslohns angesehen, ist sie doch ein Entgelt für persönliche Leistungen und Überlassung der Arbeitskraft. Anders als beim Lohn sind Höhe und Bedingungen des Einkommens der freien Preisbildung entzogen und durch staatliche Norm geregelt. Das Einkommen ist deshalb gleichmäßig und sicher auch bei Krankheit, Invalidität und Alter. Es steigt mit zunehmendem Alter, sein Verlust durch Entlassung ist im allgemeinen ausgeschlossen. Umgekehrt fehlt das Streikrecht.

Oft hält man die Besonderheiten der Besoldung für so bedeutend, daß man darauf verzichtet, sie den allgemeinen Lohn- und Preisgesetzen zu unterwerfen. „Das Wirtschaftliche hört auf eine treibende Kraft für die Tätigkeit des Arbeitenden zu bilden, andere Faktoren treten an seine Stelle, Pflicht und Ehrgefühl, Standesvorteile, öffentliche Auszeichnungen“¹⁾.

Gelten aber die allgemeinen ökonomischen Bestimmungsgründe für den Preis der Arbeit — wenn auch modifiziert²⁾ — so ist zu ihnen zu bemerken:

1. Die Leistung, die Vorbildung des Tätigen wie die Verwendbarkeit seiner Leistung für den Arbeitgeber soll dadurch berücksichtigt werden, daß ein System von Gehaltsklassen aufgestellt wird.

2. Es sind die Lebenshaltungskosten maßgebend, die der jeweiligen sozialen Rangstellung der betreffenden Beamtengruppe entsprechen, zu ihnen gehört eine Erziehung der Kinder zu einer gleichen sozialen Rangstellung.

3. Der Konjunktur beim Lohn kann die wirtschaftliche Lage des Staates gegenüber gestellt werden.

4. Das Opfer, das mit der Arbeit verbunden ist, wird besonders bei der höheren geistigen Tätigkeit niedriger eingeschätzt, da sie eine besondere gesellschaftliche Stellung gewährt.

Machtfragen beeinflussen die Einkommensbildung, einmal hat der Staat als Nachfrager eine monopolartige Stellung — die Anbieter können ihre Vorbildung anderweitig nur schwer verwerten —, andererseits kann ein politischer Einfluß auf die Besoldungsgesetzgebung ausgeübt werden. Je nachdem die höheren oder die kleinbürgerlichen Kreise regieren, werden höhere oder untere Beamte besser gestellt. Auf die Einkommensbildung der öffentlichen Beamten wird im IV. Abschnitt noch einmal zurückzukommen sein.

Wie sich die Reichsbeamtengehälter bis 1914 entwickelt haben zeigt die folgende Zusammenstellung. Sie gibt nur die Veränderung der Nominaleinkommen, für den Realwert sei auf die Indexzahlen Zahn's S. 9 hingewiesen.

Durchschnittlicher Jahresgehalt der Reichsbeamten³⁾ 1875—1924 in Mark.

Besoldungsgruppe	1875	1891	1900	1909	Juli 1924 Rentenmark	Besoldungsgruppe	1875	1891	1900	1909	Juli 1924 Rentenmark
II	900	1 010	1 085	1 680	1 884	VIII	3 540	3 540	3 890	4 400	4 128
III	1 240	1 440	1 440	1 880	2 040	IX	4 050	4 050	4 050	4 850	4 608
IV	1 350	1 490	1 490	1 980	2 262	X	4 350	5 250	5 700	6 400	5 724
V	1 800	1 840	2 040	2 550	2 544	XI	6 600	6 600	6 900	7 300	6 570
VI	1 989	2 440	2 790	3 350	2 970	XII	6 900	6 900	7 500	8 200	7 350
VII	2 865	3 140	3 140	3 800	3 666	XIII	9 900	9 900	10 450	11 680	9 390

Verhältniszahlen (1875 = 1).

Besoldungsgruppe	1875	1891	1900	1909	Juli 1924	Besoldungsgruppe	1875	1891	1900	1909	Juli 1924
II	1	1,1	1,2	1,9	2,1	VIII	1	1	1,1	1,2	1,2
III	1	1,2	1,2	1,5	1,7	IX	1	1	1	1,2	1,1
IV	1	1,1	1,1	1,5	1,7	X	1	1,2	1,3	1,5	1,3
V	1	1	1,1	1,4	1,4	XI	1	1	1,1	1,1	1,0
VI	1	1,2	1,4	1,7	1,5	XII	1	1	1,1	1,2	1,0
VII	1	1,1	1,1	1,3	1,3	XIII	1	1	1,1	1,2	1,0

¹⁾ Philippovich, „Grundriß der politischen Ökonomie“, 16. Aufl., I S. 212 und 375.

²⁾ Lotz, „Finanzwissenschaft“, 1917 S. 184 ff. und Brentano, „Die Beamtenorganisation und ihre wirtschaftlichen Ziele, Forderungen der Zeit“, Heft 1 S. 7 f., 1920. Vgl. Conrad, Grundriß I. Bd., 8. Aufl. S. 336.

³⁾ „Wirtschaft und Statistik“, 1922 S. 380.

Den Klassen II—XIII wurden gleiche Gruppen aus dem früheren Besoldungsgesetz von 1909 gegenübergestellt, da dies 70 Gehaltsstufen kannte, können Fehler bei der Auswahl unterlaufen sein. Die Zahlen von 1924 wurden neu hinzugefügt. Sie gelten für Verheiratete mit 2 Kindern der Ortsklasse A nach den Monatsgehältern vom Juli 1924. 1882, 1904 und 1913 erfolgten nur geringfügige Verbesserungen in einzelnen Gruppen.

Es sind demnach zwischen 1875 und 1913 die Gehälter der unteren Gruppen nominal um $\frac{1}{2}$ — $\frac{1}{3}$, der oberen Gruppen — von Klasse X, die 1875 besonders schlecht stand abgesehen — um $\frac{1}{4}$ gestiegen. Die höheren Klassen haben heute diesen Gewinn wieder ganz verloren. Daß die reale Verbesserung weit geringer war, manchmal sogar eine Verschlechterung eintrat, ist wahrscheinlich. Die Darstellung bezieht sich auf Reichsbeamte, die bis 1920 nur einen kleineren Teil der öffentlichen Beamten stellten.

Die „Produktionskosten“ der Beamtenarbeit suchte für die 70er Jahre Engel¹⁾ zu berechnen. Danach betrugen die Selbstkostenelemente für die Erhaltung und die Amortisation des Bildungskapitals des Beamten und seiner Frau pro Jahr:

für den höheren Beamten (Amortisationsbeginn im 30. Jahr, für die Frau im 20. Jahr)	4 814 \mathcal{M}
für den Subalternbeamten (Amortisationsbeginn im 25. Jahr, für die Frau im 20. Jahr)	2 319 \mathcal{M}
für den Unterbeamten (Amortisationsbeginn für Mann und Frau im 20. Jahr)	929 \mathcal{M}

Dagegen berechnete Engel die durchschnittlichen Jahresgehälter (ohne Wohnungsgeldzuschuß) im preußischen Staatsdienst

für den höheren Beamten auf	4 082 \mathcal{M}
für den Subalternbeamten auf	1 883 \mathcal{M}
für den Unterbeamten auf	1 020 \mathcal{M}

Das faktische Gehalt bleibt also 732 bzw. 435 \mathcal{M} hinter den Kosten zurück, es übersteigt sie nur beim Unterbeamten um 90 \mathcal{M} . Engel legt seine Berechnungsmethoden hier, wie in seiner Arbeit vom Wert des Menschen genau dar, auf sie kann nicht weiter eingegangen werden. Die Unterhaltskosten der Frau bezieht er ein, weil nach der Sitte die Frau des Beamten nicht selbst verdienen könne, ihre Erhaltens- und Erziehungskosten werden mit 50% der Kosten des Mannes berechnet.

Sind die Untersuchungen Engels für die 70iger Jahre annähernd richtig, so waren schon damals beim höheren und mittleren Beamten die Selbstkosten durch die Besoldung nicht voll gedeckt, es fehlten 15 bzw. 18 %. Die oben gegebene Entwicklung der Gehälter von 1875—1914 zeigt, daß sich dies Verhältnis noch wesentlich verschlechtert haben muß. Praktisch bedeuten Engels Zahlen, daß ein Beamter knapp 2 Kinder — einen Buben und ein Mädchen — ebenso erziehen konnte, wie er und seine Frau ausgebildet wurden. Wollte er mehr Kinder auf dem gleichen sozialen Niveau erhalten oder als mittlerer Beamter ihnen eine höhere Schulung geben, so konnte er dies nur durch harte Entbehrungen in den übrigen Lebensbeziehungen erkaufen. Der starke Aufstieg in den mittleren und zu den höheren Schichten, der bei der Schulstatistik zu ersehen war, ruht — wenigstens soweit es sich um Beamtenkreise handelt — auf einer Unsumme von kleinen und großen Opfern, die die gegenwärtige Generation der zukünftigen bringt. Durch Sparen wird, wenn man so sagen darf, nicht nur das sachliche, sondern auch das Menschenkapital der Volkswirtschaft vergrößert, d. h. ihre Arbeitskraft intensiviert.

Wie sich die Beamtengehälter von 1914—1919 entwickelten, kann nicht untersucht werden, da ein brauchbarer Maßstab für die Umrechnung fehlt. Gerade 1919 war aber das Jahr, in dem der Realgehalt der Beamten so tief herabgesunken ist²⁾. Damals konnte das Einkommen eines Maßschneiders oder Kassenboten gegenüber dem eines höheren Beamten fürstlich erscheinen, damals konnte der sozialdemokratische preußische Innenminister Heine keine Gewerkschaftssekretäre für seine Landratsposten finden, weil ihnen

¹⁾ Engel, „Der Preis der Arbeit im preußischen Staatsdienst“ 1875, Zeitschrift des Kgl. Preußischen Statistischen Büros, 1876 S. 417 ff.

²⁾ Schultze, „Not und Verschwendung“, Leipzig 1923 S. 272 ff.

diese Ämter zu schlecht bezahlt waren. In dieser Zeit bezogen außerordentliche Universitätsprofessoren 2600—4200 *M*, ordentliche 4200—6600 *M* ohne nennenswerte Teuerungszulagen¹⁾. Der Calwer'sche Ernährungsindex stand aber schon im Januar 1919 auf dem 2,55fachen von 1914.

1920 brachte eine leichte Besserung. Seit 1. April 1920 ist das Reichsbesoldungsgesetz vom 30. April 1920²⁾ für die Reichsbesoldung maßgebend, das das alte Besoldungsgesetz vom 19. Juli 1909 außer Kraft setzte. Für seine Regelung schuf sich das Reich eine Monopolstellung durch das Sperrgesetz vom 31. Dezember 1920³⁾ und seine Ausdehnung auf Pensionen, Wartegelder und Hinterbliebenenbezüge vom 21. Dezember 1920⁴⁾. Ländern und Gemeinden wurde es verboten ohne Genehmigung günstigere Gehaltsskalen aufzustellen oder Beamte gleicher Stellung besser einzustufen wie das Reich. Die Besoldungsgesetze wurden mehrfach und nicht nur in den Teilen, die die Höhe der Bezüge ordnen, geändert, so besonders auf den 11. Dezember 1920, auf 12. Juni 1921. Die Teuerungszuschläge wurden zuerst durch Nachträge zum Haushaltsgesetz, dann auf Grund Ermächtigung durch Verordnung festgesetzt. Die Goldgehälter sind auf Grund des allgemeinen Ermächtigungsgesetzes vom Dezember 1923 von der Regierung bestimmt worden.

Als typisch wurden für höhere, mittlere und untere Beamte die Gehaltsklassen XI, VIII und III angesehen und die Realgehälter für Verheiratete mit 2 Kindern im Alter von 7 und 14 Jahren in der Ortsklasse A ermittelt. Die Nominalgehälter sind stets, die Realgehälter für 1922 und 1923 ebenfalls von der Reichsstatistik selbst berechnet⁵⁾. Eine Zusammenfassung der Tabelle I im Tabellenwerk ergibt:

Durchschnittliche Monatsgehälter der Reichsbeamten in Ortsklasse A für Verheiratete mit 2 Kindern
(für 1920 und 1921 mit verbessertem Index).

Zeit der Geltung	In Realmark (über Lebenshaltungsindex)		
	Klasse XI	Klasse VIII	Klasse III
1913	608	367	165
1920 April—Dezember	205	158	116
1921	231	173	125
1922	217	159	114
1923	231	169	110
Durchschnitt 1920—1923 . . .	221	165	116
= % von 1913	36,8 %	44,9 %	70,8 %
I. Halbjahr 1924	338	226	120
Juli 1924	470	296	145
= % von 1913	77,8 %	80,6 %	87,8 %

Die Berechnungen für die 2. Hälfte 1923 sind jeweils mit der der Verbrauchswoche entsprechenden Indexziffer durchgeführt, die Sozialzulagen wurden erst nach dem Krieg eingeführt und sind für alle Gruppen gleich. Wie in der Reichsstatistik wurde eine Beamtenfamilie mit 2 Kindern als normal angesehen und deren Einkommen dem der Vorkriegszeit gegenübergestellt. Eine Aufstellung für ledige Beamte oder Verheiratete mit mehr oder weniger Kindern oder Kindern in anderem Alter, würde etwas andere Realmarkgehälter ergeben, da z. B. gegenwärtig Ledige in Gruppe III 27, in Gruppe VIII 13, in Gruppe XI 8 % weniger beziehen, wie unsere Normalfamilie (Juli 1924). Dieses Verhältnis dürfte die ganze Zeit annähernd gleich gewesen sein, der Junggeselle stellt sich also nicht mehr soviel besser wie vor dem Krieg.

Auch die Ortsklasseneinteilung wird keine größeren Fehler bringen, einmal weil gerade so viele höhere Beamte, wie oben erwähnt, in der Stadt oder Großstadt ihren Wohnsitz haben, dann weil die Teuerung an den kleinen Orten und auf dem flachen Lande tatsächlich nicht in ganz gleichem Maße gestiegen ist.

¹⁾ Hänisch, „Die Not der geistigen Arbeiter“, Leipzig 1920.

²⁾ RGBl. 1920 I S. 805.

³⁾ RGBl. 1920 II S. 2117.

⁴⁾ RGBl. 1921 S. 1368.

⁵⁾ Statistische Jahrbücher für das Deutsche Reich 1921/23, „Wirtschaft und Statistik“ 1921/24.

Die übrigen Gehaltsgruppen haben sich in gleicher Richtung entwickelt, d. h. je höher die Gehaltsgruppe war, ein desto geringerer Anteil ihrer Friedensauflagekraft stand ihr zur Verfügung. Diese Tatsache bestätigen Durchschnittsgehälter für höhere (X—XIII), mittlere (VI—IX) und niedere (II - V) Beamte, die Sköllin in Hamburg für 1920—1922 aufgestellt hat¹⁾. Da hier nicht alle Gruppen durchgerechnet werden konnten, wurde es vorgezogen gewisse konkrete Klassen für das ganze Jahr zu beobachten.

Ähnlich wie die Gehälter entwickelten sich auch die Pensionen und Hinterbliebenenbezüge, sie stellen nach der Theorie keine über das Gehalt hinaus gewährte Bezahlung, sondern ein zurückbehaltenes Gehalt nach Art einer staatlichen Selbstversicherung dar²⁾. Der Beamte bezieht nicht Gehalt plus Ruhegehalt, sondern während seiner Dienstzeit Gehalt minus Ruhegehaltsbeitrag.

Hier sollen noch die gegenwärtig geltenden Nominalgehälter den Friedensgehältern gegenübergestellt werden, bleibt die heutige Besoldungsordnung eine längere Zeit in Geltung, so kann das Realeinkommen an der Hand der jeweiligen Indexziffer leicht erschätzt oder errechnet werden.

	Monatsgehälter in Mark bzw. Rentenmark.												
	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X	XI	XII	XIII
Juli 1924	149	157	169	188	212	247	305	344	384	477	547	612	782
1913	—	140	165	165	213	292	317	367	404	533	608	683	973 ³⁾

Die Spannung zwischen Gruppe III, VIII und XI betrug ⁴⁾:

	III	Gruppe VIII	XI		III	Gruppe VIII	XI
1913	1	2,18	3,87	Dezember 1923	1	1,83	2,69
April 1920	1	1,48	2,10	April 1924	1	1,83	2,70
Oktober 1921	1	1,45	2,14	Juli 1924	1	2,03	3,23
April 1922	1	1,51	2,29				(XIII: 4,62)
Oktober 1922	1	1,47	1,97				

Der Besoldungsaufwand verteilte sich ⁵⁾

Haushaltsplan	I—V	auf die Gruppen VI—X a	X b—B 7
		Milliarden Mark	
1922	22,6 = 64,1 %	11,4 = 32,4 %	1,2 = 3,5 %
Juli 1923	780 = 60,2 %	469 = 36,1 %	47,7 = 3,7 %
		Goldmillionen pro Jahr	
Dezember 1923	893 = 60,4 %	527 = 35,6 %	59,0 = 4,0 %
		Goldmillionen pro Monat	
Juni 1924	83,6 = 56,9 %	56,9 = 38,7 %	6,5 = 4,4 %

Aus dem gesamten Material ist ersichtlich, daß 1920—1923 höhere Beamte $\frac{1}{3}$, mittlere weniger als die Hälfte, untere ca. $\frac{3}{4}$ ihres Friedenseinkommens bezogen. Weiter lassen auch die alten unverbesserten Einkommenszahlen gut erkennen, daß 1921 eine leichte Besserung eintrat, die 1922 und Anfang 1923 wieder ganz verloren ging. In der 2. Hälfte 1923 steigen plötzlich die Gehälter stark an und führen zu einem höheren Mittelwert für dieses Jahr. Auch die Gehaltsempfänger haben einen Geldentwertungszuschlag, wie er damals bei der Kalkulation der Warenpreise herrschte, durchgesetzt; doch ist er so gering und verschlechterte sich das Geld so schnell weiter, daß er nicht vor weiterer Verelendung schützt, der allgemeinen Erfahrung nach waren die realen Löhne und Gehälter in dieser Zeit am niedrigsten. Bei der Stabilisierung der Währung im Dezember wurden die unteren Gruppen nach den alten Sätzen, die höheren etwas besser bezahlt, es wurde also an die letzten Preise, die sich auf dem anarchischen Markt gebildet hatten, angeknüpft. Im Juni und Juli erreichten dann die höheren Beamten ca. $\frac{3}{4}$, die mittleren $\frac{4}{5}$ und die unteren $\frac{9}{10}$ der Bezüge von 1914.

¹⁾ Statistische Mitteilungen über den Hamburgischen Staat Nr. 13.

²⁾ Földes, „Finanzwissenschaft“, Jena 1920 S. 121, ebenso Adolf Wagner, Handbuch der politischen Ökonomie III. Aufl. 4. Bd., S. 344 ff und Lotz, a. a. O., S. 187.

³⁾ „Wirtschaft und Statistik“, 1924 Nr. 13, Friedensgehälter nach „Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich“, 1923 S. 311.

⁴⁾ „Wirtschaft und Statistik“, 1923 S. 415, 1924 S. 348.

⁵⁾ „Wirtschaft und Statistik“, 1923 S. 417, 610, 735; 1924 S. 414.

Entsprechend hat sich die Spannung zwischen den einzelnen Gruppen verändert; hatte vor dem Krieg der mittlere mehr als das Doppelte, der höhere das 4 fache des Einkommens eines unteren Beamten, so war während der Inflation dieser Unterschied nur mehr das $1\frac{1}{2}$ und 2 fache, heute beträgt er das 2 und 3 fache.

Die schärfste Kritik, die gegen die Besoldungspolitik von 1920/23 gerichtet werden kann, liegt in einer nüchternen Feststellung, wie sich der Besoldungsaufwand auf die einzelnen Gruppen verteilte. $\frac{3}{5}$ davon trafen 1922—1923 auf die unteren Beamten, 3,5—3,7 % auf alle höheren der Gruppen X—B 7; nach der bedeutenden Verbesserung vom Juli 1924 beanspruchten diese auch nur 4,4 % der Gesamtausgaben. Wäre der gesamte Aufwand um $1\frac{1}{2}$ —2 % erhöht worden, so wären alle höheren Beamten mit einem Entbehrungsfaktor von 50 % davongekommen, wie ihn die mittlere Beamtenschaft zu tragen hatte; eine Vermehrung der Personalausgaben von ca. 20—25 % wäre nötig gewesen um der gesamten Beamtenschaft 70 % des Realeinkommens, also den Anteil der unteren Gruppen zu sichern.

Reichten schon vor dem Krieg die Gehälter der höheren und mittleren Beamten für die Lebenshaltung und Amortisation des Ausbildungskapitals nicht aus, so war in der Inflation keine Rede mehr davon, da ja doch gerade die letzten über das Existenzminimum hinausgehenden Einkommensteile hierfür bestimmt sind. Wenn trotzdem die Studierenden aus diesen Kreisen nicht abgenommen haben, so mußte dafür eine Summe schwerer Opfer und Entbehrungen von den Alten und den Jungen gebracht werden. Nur ein gewisser Ausgleich erfolgte dadurch, daß der standesgemäße Aufwand und die kostspielige Geselligkeit besonders der höheren Gruppen eingeschränkt wurden; wie bedeutend diese vor dem Kriege waren, ist z. B. aus der Schilderung, die Reichskanzler Michaelis von seinem Beamtenleben gibt, zu ersehen.

Mit der Besoldungsneuordnung vom Juni 1924 haben Finanzminister Luther und das Reichskabinett nur eine selbstverständliche Einsicht in die volkswirtschaftlichen Grundgesetze gezeigt, wenn sie den Preis der geistigen Arbeit ihren Kosten etwas anzunähern suchten. Sie hatten dafür die scharfe Opposition beinahe aller Parteien wegen ihrer „unsozialen Gesinnung“ zu tragen, die auch dann noch nicht verstummte, als der Verkehrsminister für sein Ressort nachwies, daß alle Beamten der Gruppe I—IX 1,80 *M* pro Monat mehr bekämen, wenn die gesamte Aufbesserung der Klassen X—B 7 an sie verteilt würde. Eine Erhöhung der Beamtengehälter hat auch der Sachverständigenbericht für notwendig erklärt, besonders in dem in ihm erhaltenen Eisenbahngutachten von W. Acworth und Lerverve: „wir fühlen uns verpflichtet zu sagen, daß die vorgeschlagene Erhöhung durchaus angemessen ist. Die Beamtengehälter sind besonders in den oberen und mittleren Gruppen ganz unzureichend, und wenn gute Arbeit erwartet wird, muß sie auch zu ihrem Marktwert bezahlt werden“ ¹⁾.

Ist auch jetzt eine bedeutende Besserung eingetreten, so bleibt der Ausfall von $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{5}$ des kargen Friedenseinkommens noch sehr bedenklich. Entsteht doch, wenn sich die Selbstkosten der Arbeit und die Besoldung nicht mehr entsprechen und wenn eine weitere Einschränkung des standesgemäßen Lebensunterhalts nicht mehr möglich ist, ein versteckter, öffentlicher Bedarf ²⁾, der aus den Taschen von Vätern oder Schwiegervätern, schlimmstensfalls durch Vergütung strafbarer Handlungen gedeckt wird, die Amtsbewerber ergänzen sich dann nur mehr aus den Kreisen der Wohlhabenden.

Mit ein Grund der niederen Beamtenbesoldung ist in der viel zu großen Zahl von Beamten zu suchen, die man nach dem Krieg in Deutschland hatte; wie stark sich der Beamtenkörper erweitert hat ist sehr schwer und nur durch Schätzungen festzustellen, sind doch viele Landesbeamte in den Reichsdienst übergetreten, erscheint die ganze Schutzpolizei neu unter den Landesbeamten und ist der Beamtenbegriff in den verschiedenen Aufstellungen

¹⁾ Die Sachverständigen-Gutachten, Ausgabe der Frankfurter Societäts-Druckerei S. 113.

²⁾ Lotz, „Finanzwissenschaft“ 1917 S. 190.

nicht immer der gleiche. Eine Denkschrift des Landesfinanzamtspräsidenten Schwarz ¹⁾ schätzt die Reichs- und Landesbeamten für 1914 auf 750 000, 1920 auf 1 000 000, sie hätten also um 34%, und wenn die Gebietsabtretungen berücksichtigt werden um 49 % zugenommen; die Gemeindebeamten wurden auf 300 000, ihre Vermehrung in den großen Städten auf 23 % geschätzt.

Die neugeschaffenen Beamtenstellen aller Verwaltungszweige, für die heute das Reich zuständig ist, will Schultze ²⁾ auf 145 087 berechnen und wie folgt verteilen:

Es haben zugenommen

die untere Beamtenschaft um . . .	107 091 Stellen = 31,4 %
die mittlere Beamtenschaft um . . .	37 479 Stellen = 19,9 %
die höhere Beamtenschaft um . . .	517 Stellen = 3,8 %

Die Vermehrung, die auch nach 1920 weiterging, erstreckt sich in erster Linie auf die Betriebsverwaltungen von Post und Bahn, dann auf den Bereich des Finanzministeriums und Arbeitsministeriums; sie ist zum Teil berechtigt, da die sachlichen Aufgaben des Staates nach dem Krieg in allen europäischen Ländern sehr erweitert wurden und zur Ausdehnung der Beamtenkörper führten. Schwarz schätzt den Zuwachs in England, Frankreich und Italien auf ca. $\frac{1}{3}$ des Vorkriegsbestandes.

Wieweit der Beamtenabbau, der gegenwärtig durchgeführt wird, diese Verhältnisse geändert hat und die Beamtenschaft trifft, kann noch nicht übersehen werden. Vom Dezember bis Ende März 1924 sollten 114 000 Reichsbeamte = 13,9 % vom Stande des Dezembers, wohl meist untere Gruppen abgebaut werden ³⁾. Dieser Abbau steht in engem Zusammenhang mit den Gehaltserhöhungen, auch er erfolgt, so hart er den Einzelnen treffen mag, im Interesse der gesamten Beamtenschaft und einer guten Besoldungspolitik.

3. Einkommensgestaltung der Privatbeamten und Angestellten.

a) Privatbeamte.

Als typische Repräsentanten des neuen Mittelstandes gelten weiter die Privatbeamten. Eine exakte Erfassung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse ist beträchtlich schwerer als bei den Staatsbeamten. Hier können die 3 Gruppen III, VIII, XI als typisch für die Gestaltung der ganzen Skala gelten, bedeutet das in der Besoldungsordnung angewiesene Diensteinkommen nicht nur die Mindest-, sondern auch die Höchstbezüge. Ein Nebeneinkommen ist selten und entspricht dann meist tatsächlichen Mehrausgaben. Anders bei der Privatbeamtenschaft. Für Landwirtschaft, Industrie, Handel und Verkehr gab es in der Inflation eine Menge von Tarifen der höheren Angestelltenschicht, unter denen besonders die Tarifverträge der angestellten Apotheker, der Offiziere und Ingenieure der Handelsmarine, der Oberbeamten im Bankgewerbe wie der Bankbeamten, der Vereinigung leitender Angestellten in Industrie und Handel — Vela — (5 Tarife) und des Bundes technischer Angestellten und Beamten — Butab — (328 Tarife) hervorrangen ⁴⁾.

Aus der Fülle des Materials wurden für Akademiker die zwischen dem Arbeitgeberverband der chemischen Industrie einerseits und der Vela und dem Bund angestellter Chemiker und Ingenieure anderseits geschlossenen Tarife herausgegriffen, weiter die Bankbeamten-tarife für die mittleren Beamten. Gründe dafür waren, daß es sich in beiden Fällen um für allgemein verbindlich erklärte Reichstarife handelte, die als Mindestsatz für jedes entsprechende Arbeitsverhältnis mit der Kraft öffentlichem Rechts galten, weiter, daß man es in der chemischen Industrie mit dem einzigen einheitlichen Akademikerreichstarif zu tun hat, der mehr als 10 000 Beschäftigte umfaßt; der Bund der technischen Angestellten und Beamten zählt unter seinen ca. 90 000 Mitgliedern mittlere wie höhere Beamte und schloß

¹⁾ „Wirtschaft und Statistik“, 1922 S. 131.

²⁾ Schultze, a. a. O., S. 437 ff.

³⁾ „Wirtschaft und Statistik“, 1924 S. 216.

⁴⁾ 27. Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt, Tarifzahlen von 1921.

einen einzigen Reichstarif für das Baugewerbe und verwandte Gewerbe, der bei der Fülle von 328 örtlichen und Landestarifen für verschiedene Gewerbe nicht als kennzeichnend angesehen werden kann. Die Tarife der Handelsmarine, die für ca. 42 000 Personen gelten, schalten wegen der besonderen Verhältnisse (Auslandsdienst und -honorierung) aus.

Für mittlere Schichten hat man es bei den Bankbeamten mit der zahlenmäßig weit- aus am stärksten, einheitlichen Sondergruppe zu tun, für die ein gemeinsamer Reichstarif galt. Sind doch 1921 allein ca. 110 000 Bankangestellte in den 5 Verbänden organisiert gewesen, der Tarif selbst mag besonders bei der zunehmenden Inflationszeit für eine bedeutend größere Gruppe gegolten haben.

Was das Tarifmaterial als Unterlage der Lohnstatistik betrifft, so darf es, wenn es sich um allgemein verbindliche Tarifverträge handelt, als das brauchbarste Material für Lohnzwecke gelten¹⁾. Diese Verträge geben zwar nur abstrakte, hypothetische, nicht real ausgezahlte Gehälter, die sich durch Überstunden, Sonderzulagen usw. erhöhen konnten. Umgekehrt können sich auch die besten Lohnerhebungen nur auf eine bestimmte Zahl ausgewählter Betriebe beziehen und vor allem kein Bild der jeweiligen Veränderungen liefern. Freilich ist immer festzuhalten, daß es sich nur um ein Einkommen handelt, auf das der Angestellte einen Rechtsanspruch hat, nicht um eines, das er tatsächlich auch bezieht.

α) Akademiker in der chemischen Industrie.

Chemiker sind nicht bloß in der chemischen, sondern auch in der metallurgischen und gärungschemischen, hier besonders Zuckerrübenindustrie beschäftigt; 1910 waren von ca. 9 500 Chemikern etwa 3 550 in der chemischen Großindustrie tätig. Der heutige Reichstarif erstreckt sich auf ca. 10 000 Personen²⁾.

Diese Untersuchung bezieht sich nur auf die bayerische Sektion. Zwischen dem Bund angestellter Chemiker und Ingenieure, Bezirksgruppe Bayern und dem Arbeitgeberverband der chemischen Industrie Sektion VIII bestanden seit 1920 Tarifverträge für ganz Bayern, die sich bald im Rahmen des Reichstarifvertrags für die akademisch gebildeten Angestellten der chemischen Industrie vom 27. April 1920 bewegten. Die Gehaltsfestsetzung für die 8 Sektionen Deutschlands blieb auch nach diesem Vertrag weiter getrennt. Im Rheinland und in Berlin wurde etwas besser bezahlt. Die Nominalzahlen sind den Tarifverträgen selbst entnommen, die Nachweisung erfolgt in Tabelle II.

Ihr Ergebnis ist:

Monatsgehälter für Verheiratete mit 2 Kindern in Reichsmark (1920 und 1921 mit verbessertem Index).

Angestellte im			Angestellte im		
Tarifjahr	5. Berufs- jahr	10. Berufsjahr plus 10 % Zuschlag	Tarifjahr	5. Berufs- jahr	10. Berufsjahr plus 10 % Zuschlag
1920	121	173	1913	350	550
1921	140	216	1920—1922		
1922	177	270	% von 1913	41,0	40,0
1923	179	277	Juli 1924	283	365
Januar—Mai			% von 1913	81	66
1920—1922	146	220			
(Indexgehalt	295	480)			

Gewählt wurde ein Angestellter im 5. Berufsjahr, unterste Spannung und ein solcher im 10. Berufsjahr, oberste Spannung (die geringfügigen Spannungen sind jetzt weggefallen). Beim letzteren wurde ein Zuschlag von 10 % für Betriebschemiker, Betriebsingenieure und Laboratoriumsvorstände berechnet. Die Gehälter sollen besonders für die Altersgruppen, die die Staffelung überschreiten, keine Maximalgehälter darstellen. Für die Friedenszeit fehlen Nachrichten über die Lage der angestellten Chemiker, eine Enquete des Vereins

¹⁾ Sköllin, a. a. O., S. 13.

²⁾ Krüger, „Die wirtschaftliche und soziale Lage der Privatangestellten“, Schriften der Gesellschaft für soziale Reform, III. Band Nr. 32 und 33 S. 305.

deutscher Chemiker unter den Fabrikanten hatte wenig Erfolg, es wurden Anfangsgehälter von 150—250 *ℳ* ermittelt, die nach 12 Monaten auf 200—300 *ℳ* stiegen¹⁾.

Als Zahlen für 1914 wurden die Sätze einer Berliner Friedensgehaltsordnung eingesetzt, die zwischen 2700 bis 6000 *ℳ* in den ersten 8 Berufsjahren schwankte, eine Münchener Mindestschätzung ging auf 2400—5000²⁾. Die Berliner Friedenszahlen sind vielleicht zu hoch, die Verhältniszahlen daher nur annähernd richtig.

Ein Vergleich mit den Beamtengehältern für 1920/22 zeigt, daß ein etwa 35—40 Jahre alter Chemiker den Durchschnittsgehalt der Klasse XI bezog, der beim Staat etwas später erreicht wurde; ein Chemiker mit 5 Dienstjahren blieb dagegen beträchtlich unter dem Gehalt der Klasse X. Während aber die staatlichen Besoldungen in dieser Zeit annähernd gleich blieben, war das Chemikereinkommen 1920 bedeutend unter, 1922 und 1923 bedeutend über dem angegebenen Mittel. Die gute Organisation und der Reichstarif mögen diese Besserung der Gehälter gebracht haben. Die Angaben für 1923 sind wegen der Nachzahlungen eines bedeutenden Teiles der Gehälter für die 1. Hälfte nicht sicher zu verwerten, da beim 2. Halbjahr der Zahltermin unbekannt und nach Unternehmungen verschieden war, sind auch die Indexgehälter viel zu hoch. Die einkalkulierte Geldentwertungsprämie ist besonders beim Indexgehalt höher wie beim Staat. Die Goldgehälter sind dagegen bedeutend ermäßigt.

Im Juli 1924 blieben die Bezüge mit 81 und 66 % des Friedenswerts etwas unter den staatlichen Vergütungen, allerdings geht die Staffelung nur mehr bis zum 7. Dienstjahr und wird, da der Tarif Mindestsätze gibt, mitunter für ältere Angestellte mehr bezahlt.

β) Bankbeamte.

Vor dem Krieg gab es ca. 55000 Bankbeamte, ihre wirtschaftliche Lage hat am besten eine Unternehmerenquête des Zentralverbands des deutschen Bank- und Bankiergewerbes geschildert³⁾. Um die Errichtung einer selbständigen Beamtenversicherung vorzubereiten, wurden 1908 an 4000 Firmen Fragebogen hinausgegeben und 19350 Antworten verwertet. Unterbeamte wurden berücksichtigt, weibliche und Lehrlinge nicht. Es zeigt sich, daß die Bankangestellten meist junge Leute sind.

Es standen im Alter von

20—29 Jahren	46,15 %
30—39 Jahren	27,64 %
40 Jahren und darüber	26,81 %

Die Durchschnittsgehälter betrugen für Beamte im Alter von

25—29 Jahren	1 600—2 400 <i>ℳ</i> (für 59 % dieser Altersgruppe)
30—34 Jahren	2 400—4 000 <i>ℳ</i> (für 47 % dieser Altersgruppe)
35—39 Jahren	2 400—4 000 <i>ℳ</i> (für 53 % dieser Altersgruppe)

Das Material während der Inflation gibt ein ab 15. Oktober 1919 allgemein verbindlich erklärter bayerischer Tarif, eine nach dem Scheitern von Verhandlungen von den Banken aufgezwungene Neuregelung vom 31. März 1920, auf die in verschiedenen Reichsteilen, auch in Bayern, der Streik erfolgte, dann der endlich zustande gekommene Reichstarif vom 5. Oktober 1920, der mehrmals erneuert und am 18. Januar 1921 zum ersten Male für das Bankgewerbe allgemein verbindlich erklärt wurde. Die Zahlen wurden den in der deutschen Bankbeamtenzeitung veröffentlichten Tarifen entnommen und mit den im Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich 1920/22 und 1923 sowie den in Wirtschaft und Statistik 1922—1924 veröffentlichten Ziffern verglichen, bei kleineren Differenzen die Zahlen der Reichsstatistik verwendet. Die Friedenszahlen wurden von der amtlichen Statistik (Jahrbuch) nach Angaben der Verbände geschätzt. Die Korrelationszahlen sind daher unsicher. Für 1923 wurde kein Durchschnitt festgestellt, da die Nominalzahlen des

¹⁾ Krüger, a. a. O., S. 305 f.

²⁾ Bundesblätter für angestellte Chemiker und Ingenieure 1923, Heft 3—5.

³⁾ Krüger, a. a. O., Heft 8 und 9 S. 109.

Statistischen Jahrbuchs und der Tarife stark auseinandergehen und die Zahltermine für die spätere Zeit nicht bekannt sind.

Die Tarife werden aufgestellt für 3 Gruppen, und zwar Gruppe I: Bankgehilfen, Gruppe II: Bankangestellte für einfachere Arbeiten (die Mehrzahl der jüngeren Angestellten gehört hierher) und Gruppe III: Bankangestellte für schwierigere Arbeiten. Die Oberbeamten stehen über Gruppe III, ihr erster Tarifvertrag war eigentlich ein Verzicht auf einen solchen; nach ihm sollte das Gehalt sich über Gruppe III befinden und sonst der freien Vereinbarung unterliegen. Später wurde vereinbart, daß sie 40 % mehr als Gruppe III beziehen sollten; unterschieden werden 20 Dienstjahre, zwischen ihnen war die Spannung so, daß die unterste Altersgruppe ca. $\frac{2}{3}$ der obersten bezog. Jetzt hat sich diese Spannung auf das Doppelte erweitert. Berechnet wurden jeweils die Gehälter im 10. Dienstjahr, von denen bei den Tarifverhandlungen ausgegangen wurde (Richtmann) für Verheiratete mit 2 Kindern; für weibliche Angestellte bestehen Abschläge von $7\frac{1}{2}$ und 5 %. Die Bezüge ergeben (Tabelle III) mit verbessertem Index aufgestellt:

Monatsmindestgehälter in Realmark.			
Tariffjahr	Gruppe I	Gruppe II	Gruppe III
1920	112	125,5	129
1921	148	162	166
1922	153	162	164
1920—1922	138	150	153
1914	160	250	280
1920—1922			
% von 1914	86,2	60,0	54,6
Juli 1924	165	196	230
% von 1914	103,1	91,2	82,1
Juli 1924 (Ledige)	113	144	179
% von 1914	70,6	57,6	63,6

Die Höhe der Sozialzulagen betrug für die Klasse I 1920/22 ca. 20 %, Juli 1924 ca. 40 %, für die Klassen II und III ca. 15 %, Juli 1924 ca. 30 %; sie stellen also einen ziemlich beträchtlichen Bestandteil. Daß in Gruppe I sehr wenig, in Gruppe II nicht viel Verheiratete sein dürften (bei der Bankenquete waren nur 37 % verheiratet), ist zu beachten; trotzdem wurde an der Gehaltsberechnung für Verheiratete wegen der Vergleichbarkeit festgehalten und nur für 1924 die Ledigengehälter angegeben.

Ein Vergleich mit den Beamtengehältern zeigt, daß die Gruppen II u. III mit Durchschnittsgehältern von 150 und 153 \mathcal{M} nicht zu weit unter Klasse VIII waren, also ungefähr zwischen den Gruppen VI und VII. Hatten sie sich doch zwischen 60 und 55 % ihres Friedenseinkommens gegen 45 % in Gruppe VIII gewahrt. Heute stehen sie mit 103 bzw. 82 % von 1914 zwischen den Klassen VI und VII.

Daß bei den Bankbeamten ein Nebeneinkommen durch Spekulation in vielen Fällen stattfand, ist wahrscheinlich, wenn auch die älteren verheirateten Beamten meist vorsichtiger gewesen sein dürften. Über die Bedeutung des Spekulationseinkommens wird noch zu sprechen sein. Der starke Personalabbau des Jahres 1924 ist vorläufig noch nicht überschaubar, auch sind die Tarife von 1924 nur mehr für die der Tarifgemeinschaft Angehörigen verbindlich.

b) Sonstige Angestellte.

Konnten die Chemiker als typische Akademikerguppe unter den Angestellten angesehen werden und die Bankbeamten wenigstens als stärkste Schicht der mittleren Privatbeamtschaft gelten, so war es unmöglich, für die große Menge der einfachen Angestellten kennzeichnende Beispiele zu finden.

Da hat man es zunächst mit einem ganz großen Personenkreis zu tun: Einmal gehören die meisten der 1907 von der Statistik erfaßten $1\frac{1}{4}$ Millionen Angestellten hierher, weiter ein Teil der halben Million Verkäufer und Handlungsgehilfen, die die Statistik zu den c Personen rechnet (S. 7), während sie das Handelsgesetzbuch, die Gewerbeordnung und

das Versicherungsgesetz für Angestellte vom 20. Dezember 1911 ebenfalls zu den Angestellten zählt. Dabei machten die Weiblichen 1907 unter den Angestellten 12 %, unter den Verkäufern 34 % aus (159 899 bzw. 173 751). Eine starke Zunahme seit 1907 ist zu vermuten, so schätzt Potthof¹⁾ die Angestellten für 1920 auf ca. 3 Millionen, davon weit über 1 Million Handlungsgehilfen.

Diese vielen Angestellten teilen sich dann wieder in eine Menge von Berufsgruppen und sind in diesen weiter sozial ganz verschieden geschichtet; ein Bild davon gibt die ausgezeichnete Friedensuntersuchung der Gesellschaft für soziale Reform²⁾ über Buchhandlungsgehilfen, Bankbeamte, Handlungsreisende, Warenhaus- und Konsumvereinsangestellte, Werkmeister, Faktoren, Korrektoren, Braumeister, Seemaschinisten, Beamte in Anwaltskanzleien, Büroangestellte, Gewerkschafts- und Krankenkassen- und landwirtschaftl. Beamte. Leider mußten meist mangelhaft aufgemachte Interessentenstatistiken benützt werden, die Lage der Verkäufer wird später zur Darstellung kommen.

Es genügt auf diese reiche Gliederung hinzuweisen, um zu ermessen, wie wenig Wert es vor dem Kriege hatte, Durchschnittsgehälter der Privatbeamten aufzustellen. Solche hat die amtliche Denkschrift zur Pensionsfrage von 1907 mit 2 040 *M* für die männlichen Angestellten (ohne Verkäufer), für die weiblichen auf 55 % davon berechnet³⁾. Eine Enquete des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbands (Interessentenstatistik unter 327 000 männlichen Handlungsgehilfen) von 1908 ergab als mittleres Einkommen 1711 *M*. Der Durchschnittsgehalt für die 1913 in der Angestelltenversicherung befindlichen Männer betrug 1920 *M*.

Zusammenfassend wollte Lexis⁴⁾ die Handlungsgehilfen in 2 Klassen teilen, einmal die kaufmännisch gebildeten Gehilfen des Großhandels, Kontoristen, Magaziniers, Reisende, dann die Ladengehilfen im Detailhandel, zu denen noch Großhandelsangestellte mit untergeordneter Tätigkeit gehören. Adler rechnet für die Großhandelsgehilfen 2000—3000 *M*, für Verkäufer 1200—1800 *M* Einkommen.

In der Inflationszeit haben alle Gruppen eine etwas verschiedene Entwicklung genommen, durch 1292 Angestelltentarife (Zahl von 1920, 1481 im Jahre 1921), an denen der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband allein mit 763 Einzelverträgen beteiligt war⁵⁾, suchten sie sich ihren Lohnanteil zu erhalten. Das Material auch nur für die wichtigsten Gruppen zu sammeln und zu verarbeiten, ist für eine Einzelstudie unmöglich. Es konnte nur versucht werden, einige Hauptbeispiele für einen einzigen Ort, München, zu geben; aber selbst dies gelang nicht, weil Arbeitgeber- wie Arbeitnehmerverbände die Unterlagen nur mehr zum Teil besaßen.

Da es zum Zweck des Vergleichs dringend wünschenswert schien, Ziffern für die untere Angestelltenschaft zu bekommen, wurden, soweit das Tarifarchiv des Bayer. Sozialministeriums Zahlen zur Verfügung stellen konnte, die Realgehälter im Großhandel und Einzelhandel für einige Monate berechnet. Das arithmetische Mittel daraus wurde zwar berechnet, es dient aber nur zu einer leichteren Übersicht und ist keineswegs ein Jahresdurchschnitt; für 1914 konnten keine entsprechenden Gehälter ermittelt werden, die Spitzengehälter wurden auf Wunsch des Sozialministeriums von den Organisationen geschätzt, und zwar auf 200—300 *M* monatlich, für die typischen Gehälter fehlen auch solche Schätzungen. Auch wenn sie beständen, könnte man mit ihnen keine brauchbaren Koordinationszahlen aufstellen. In beiden Fällen wurde das 10. Berufsjahr (Staffelung bis zu 12 Jahren) gewählt.

Der Großhandelstarif kennt keine sozialen Zulagen. Er teilt die Angestellten in drei Gruppen: I. Für einfachere Arbeiten: Telephonisten, Kontoristen, Fakturisten, Verkaufs-, Lager-, Expeditiionspersonal. II. Für selbständige Arbeit, wie selbständige Buchhalter,

¹⁾ Potthof, „Der Privatangestellte“, Handbuch der Politik IV S. 477.

²⁾ Krüger, a. a. O.

³⁾ Reichstagsdrucksachen Bd. 240 Nr. 226, Bd. 248 Nr. 986.

⁴⁾ Adler, Artikel „Handlungsgehilfen“ im Handwörterbuch der Staatswissenschaften.

⁵⁾ Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband, der Tarifvertrag der Kaufmannsgehilfen.

Lagervorsteher, Kalkulatoren, 1. Verkäufer, ständige Reisende. III. Für Angestellte in leitenden Vertrauensstellungen, wie Abschlußbuchhalter, selbständige Kalkulatoren und Einkäufer, Disponenten und Betriebsleiter.

Für Gruppe II und III bestanden Zuschläge von 25 und 45 %, seit 1924: 30 u. 60 % auf die Bezüge der Klasse I; für Weibliche galt ein Abschlag von 12—15 %.

Tarifliche Monatsgehälter für Angestellte im Münchener Großhandel im 10. Berufsjahr in Realmark für 1920 und 1921 mit verbessertem Index.

	Klasse I	Klasse I	Klasse II plus 25 % Realmark	Klasse III plus 45 %
	Papiermark			
1. April 1920	675	62	101	90
1. Juli 1920	675	61	78	98
1. Januar 1921	910	75	77	109
1. April 1922	2 700	78	94	114
1. August 1922	7 350	94	98	136
1. Oktober 1922	18 000	81	117	117
1. Januar 1923	76 800	68	101	91
1. April 1923	221 000	75	86	108
1. Juli 1923	3 896 000	101	93	146
1. Oktober 1923	350 Milliarden	90	126	130
April 1920—April 1923		74	112	107
Januar 1924	123 R.M.	110	144	177
Juni 1924	140 R.M.	124	161	198

Die Gesamtverträge für den Münchener Einzelhandel unterscheiden 3 Gruppen B—D, seit 1924 I—III (Gruppe A waren Lehrlinge).

Zu B gehören Verkäufer, Lageristen, Kassierer, Expedienten, Hilfsbuchhalter.

Zu Gruppe C selbständige Buchhalter und Materialverwalter, Kalkulatoren, Stadtreisende, 1. Verkäufer.

Zu D Bilanzbuchhalter, 1. Korrespondenten, Hauptkassierer, Expeditionsleiter und Reisende.

Für den Lebensmittelhandel galt ein Abschlag von 10 %, der Verheiratenzuschlag war und ist sehr klein (bei Gruppe I im Juni 1924: 7 %, bei Gruppe III: 4 %).

Tarifliche Monatsgehälter im Münchener Einzelhandel für Verheiratete im 10. Berufsjahr in Realmark für 1920 und 1921 mit verbessertem Index.

	Gruppe B	Gruppe B	Gruppe C plus 20 % Realmark	Gruppe D plus 33 1/3 %
	Papiermark			
1. Februar 1920	450	56	67	75
1. April 1920	625	58	70	78
1. Oktober 1921	1 045	69	83	92
1. Januar 1922	1 384	70	84	93
1. August 1922	6 600	86	103	115
1. Oktober 1922	17 200	78	93	104
1. Januar 1923	73 000	65	78	87
1. April 1923	211 500	71	85	94
1. Juli 1923	3 685 000	96	115	123
1. Oktober 1923	350 Milliarden	90	108	120
Februar 1920—April 1923		70	84	93
			plus 27,5 %	plus 55 %
1. Januar 1924	124 R.M.	111	142	172
1. Juni 1924	132 R.M.	117	148	180

Die Zuschläge für die Gruppen C und D betrugen 20 und 33 1/3 %, jetzt 27 1/2 und 55 % auf Gruppe A.

Die Ergebnisse lassen vermuten, daß die einfachen Angestellten durchschnittlich 70 M Monatseinkommen hatten. Der Unterschied zwischen Groß- und Kleinhandel ist in den Tarifen unbedeutend, nur sind die Großhandelsgehilfen meist besser eingestuft. Zieht man Vergleiche mit den entsprechenden Bankbeamtenschichten, so waren die Angestellten während der Inflation 45—30 % darunter, heute stehen die ledigen etwa gleich, die verheirateten Bankbeamten beziehen 20—30 % mehr Einkommen.

Mußte sich die Arbeit beschränken darzustellen, wie sich eine Teilgruppe entwickelt hat, so soll dieser Entwicklung das einmalige Gesamtbild gegenübergestellt werden, das

die umfangreiche Lohn- und Gehaltserhebung vom Februar 1920, die einzige umfassende Primärstatistik, für alle kaufmännischen Angestellten zeigt. Von ihr wurden 118 565 kaufmännische Angestellte erfaßt ¹⁾:

Männliche	79 447	Weibliche	39 118
davon im Alter von		davon im Alter von	
20—30 Jahren	26 356	20—30 Jahren	20 983
über 30 Jahren	47 212	über 30 Jahren	7 264

Von 100 Angestellten entfielen auf die Gehaltsstufen
(in Papier- und Realmark)

	bis 250 M ²⁾ = 30 M ³⁾	250—300 M ²⁾ = 30—35 M ³⁾	300—400 M ²⁾ = 35—47 M ³⁾	400—500 M ²⁾ = 47—58 M ³⁾	500—600 M ²⁾ = 58—70 M ³⁾	600—750 M ²⁾ = 70—88 M ³⁾	750—1000 M ²⁾ = 88—118 M ³⁾	über 1000 M ²⁾ = über 118 M ³⁾
Unter allen Angestellten	7,5	5,7	13,2	14,3	12,9	18,5	20,1	7,7
Männliche Angestellte	2,2	2,4	6,7	10,3	13,3	24,5	29,0	11,4
dav. im Alter v. 20—30 J.	1,7	2,7	10,0	19,2	23,4	26,2	14,5	2,2
Weibliche Angestellte	18,2	12,4	25,8	22,5	12,0	6,7	2,1	0,3
dav. im Alter v. 20—30 J.	7,9	9,5	29,5	31,2	14,1	6,3	1,3	0,1

Die monatlichen Durchschnittsgehälter betrugen ⁴⁾

für Männliche im Alter bis	1913 in Mark	Febr. 1920 in Papiermark	Jan. 1921	Febr. 1920 in Realmark	Jan. 1921
20 Jahre	77	334	687	39	58
20—30 Jahre	143	589	916	69	78
über 30 Jahre	200	805	1 205	95	102
Männliche überhaupt	161	693	1 070	82	91
			% von 1914 . .	51 %	57 %
für Weibliche im Alter bis					
20 Jahre	56	265	605	32	51
20—30 Jahre	89	418	855	49	72
über 30 Jahre	112	591	1 047	60	89
Weibliche überhaupt	83	393	821	47	70
			% von 1914 . .	57 %	84 %

Dabei sind nur die Zahlen von 1920 durch die Primärstatistik ermittelt, die für 1913 entstammen einer Untersuchung von 1 005 590 männlichen und 417 003 weiblichen Angestellten, die der Angestelltenversicherung angehörten, eine Scheidung nach Berufs- und Gewerbegruppen war nicht vorgenommen worden. Für 1921 wurden Durchschnittsgehälter nach den Tarifen für typische Industrie- und Handelsstädte von der amtlichen Statistik berechnet. Die Goldumrechnungen wurden neu hinzugefügt. Alle Ergebnisse leiden stark darunter, daß keine nähere Gliederung nach Berufsgruppen erfolgte.

Vergleicht man die Gehälter im Münchener Groß- und Einzelhandel für April und Februar 1920 mit den Durchschnittsgehältern nach den Tarifen der Gehaltserhebung, so zeigt sich: Gruppe II und B hatten mit 67 und 78 Realmark annähernd das mittlere Einkommen der 20—30jährigen (70 M), Gruppe III und D mit 90 und 75 M blieben unter dem Durchschnitt der über 30 Jahre alten Angestellten (95 M); ähnlich war es im Januar 1921. Daß auch in der späteren Entwicklung ein ähnliches Verhältnis galt, diese Zahlen also typisch sind, kann vermutet werden.

1920 und 1921 war das Angestellteneinkommen besonders nieder, dann stieg es langsam, was wohl ebenfalls den erstarkten Organisationen zu danken ist. Während der ganzen Inflation hatte es in den unteren Schichten einen beträchtlichen Teil seiner Kaufkraft, schätzungsweise ca. 30—40 % gegenüber 1914 verloren.

Eine Altersversorgung für die Angestellten suchte das Angestelltenversicherungsgesetz von 1913 zu schaffen; während der Inflation mußte die Angestelltenversicherung ebenso wie die Invaliden- und Altersversicherung versagen. Heute ist ihr Recht neu kodifiziert ⁵⁾,

¹⁾ „Wirtschaft und Statistik“, 1921 S. 184, dort die absoluten Zahlen.

²⁾ Papiermark.

³⁾ Realmark.

⁴⁾ Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 293 S. 40.

⁵⁾ RGBl. 1924 Nr. 12.

die Versicherungsgrenze beträgt 4000 Goldmark¹⁾, das Ruhegeld 30 Goldmark, die Witwen- und Waisenrenten 18 und 15 Goldmark. Dazu treten Steigerungsbeträge nach den Beiträgen.

4. Das Einkommen der freien Berufe.

a) Allgemeines.

„Vermögen und Einkommen, Lebenshaltung und Schicksal der Klassen sind durch die Geschehnisse der letzten Jahre bis in den Grund umgewühlt. Unter den arbeitswilligen und arbeitsfähigen Deutschen ist das ärgste Los wohl den unabhängigen Kopfarbeitern zu gefallen. Für den beamteten Geistesarbeiter sorgte noch der Staat, wenn auch spärlich und verspätet. Schon zu Beginn des Jahres 1919 war offenkundig, daß die Entlohnung der geistigen Arbeit der freien Berufe in schreiendem Mißverhältnis zu ihren Leistungen wie gesellschaftlichen Aufgaben stand, war die Lage der geistigen Stände unter die wirtschaftliche Lebenshöhe der organisierten Arbeiter herabgedrückt“²⁾.

Bevor diese Verelendung der einzelnen Berufsgruppen, die zu den freien Berufen zu rechnen sind, untersucht wird, soll kurz einiges über ihr Einkommen im allgemeinen bemerkt werden.

Zu den liberalen Berufen werden im allgemeinen die Ärzte, Anwälte, Schriftsteller, bildenden Ton- und Bühnenkünstler aller Art gezählt. Im engeren Sinn können freilich nur geistig Schaffende dazu gehören, die in keinem Angestelltenverhältnis stehen, ihr Einkommen hauptsächlich durch Werkverträge, nicht durch Dienstverträge gewinnen. Wären also theoretisch die Unselbständigen, die ihr Einkommen aus Arbeitslohn beziehen, auszuschalten, der Assistenzarzt, der Syndikus ohne Privatpraxis, der festangestellte Redakteur nicht mehr zu den freien Berufen zu rechnen, so ist doch für die Höhe dieses Lohneinkommens wieder der Durchschnittsbezug der Selbständigen bestimmend. Eine zahlenmäßige Ausscheidung in Selbständige und Unselbständige ist ausgeschlossen, schon weil feste Begriffsbestimmungen fehlen, die Grenzen fließend sind. Daß die Unselbständigen in den freien Berufen ständig, besonders in der Inflation, zugenommen haben, ist sicher³⁾. Immer häufiger hatte der Redakteur größere Abschnitte des redaktionellen Teils an Stelle der freien Mitarbeiter zu liefern, mußten Künstler innerhalb bestimmter Zeit eine bestimmte Anzahl von Entwürfen für einen Unternehmer übernehmen.

Noch mehr als das Beamten Einkommen ist das der freien Berufe in der Theorie stiefmütterlich behandelt und als nicht typisch wenig berücksichtigt worden. Philippovich nennt es ein selbständiges Arbeitseinkommen neben dem Unternehmereinkommen, von ihm unterscheidet es sich durch die Natur der angebotenen Arbeitsleistung und die soziale Stellung der Leistenden⁴⁾. Manche derselben haben eine monopolartige Stellung (berühmte Künstler, Ärzte); die Preisbildung ist in starkem Maße dem Herkommen, nicht der individuellen Bewertung unterworfen, die freie Konkurrenz und der Erwerbstrieb sind durch Gebührenordnungen und Standesvereinbarungen teilweise eingeschränkt.

Gelten, wenn auch modifiziert, hiernach die allgemeinen Preisregeln für das selbständige Arbeitseinkommen der freien Berufe, so will sie Feuchtwanger⁵⁾ in seiner allgemeinen Kulturwirtschaftslehre gänzlich ablehnen: Idealgüterwirtschaft und Sachgüterwirtschaft haben ihre eigenen, völlig verschiedenen Gesetze. Feuchtwangers Einwand gilt für alle geistige Tätigkeit, hier soll nur auf diese Frage, von der noch im IV. Abschnitt zu sprechen ist, hingewiesen werden.

¹⁾ Verordnung vom 17. Februar 1924.

²⁾ Schultze, „Not und Verschwendung“, I. Bd. S. 287.

³⁾ B. Rauecker, „Die Proletarisierung der geistigen Arbeiter“, München 1920.

⁴⁾ Philippovich, „Grundriß der politischen Ökonomie“, I. S. 375, 16. Auflage, München 1920.

⁵⁾ Feuchtwanger, „Die freien Berufe“, München 1922 S. 4.

Die geistige Tätigkeit der verschiedenen freien Berufe steht in verschieden nahem Zusammenhang zu der güterproduzierenden Wirtschaft; Ärzte und Rechtsanwälte, die ihre Arbeitskräfte gesund erhalten und ihren Verträgen Rechtsschutz schaffen, sind ihr näher wie Künstler, Gelehrte und Schriftsteller.

Da das Einkommen der freien Berufe ein selbständiges, kein ausbedungenes Arbeits-einkommen darstellt, das bei jedem Einzelnen verschieden ist, kann es nicht direkt statistisch festgestellt werden. Auch Enqueten kamen nicht in Frage, die Organisationen konnten während der Inflation kein Material sammeln, Geld und Arbeitskräfte hierfür fehlten, auch hätten Umfragen bei der steten Veränderung der Verhältnisse wenig Wert gehabt.

So muß versucht werden, Mittel für eine indirekte Erfassung des Einkommens zu gewinnen; da dieses bei den freien Berufen additional ist — es setzt sich aus einer Summe fester Preise für bestimmte Einzelleistungen zusammen —, kann von der Entwicklung des Preises für die Einzelleistung einerseits und der Gesamtzahl solcher Leistungen anderseits auf die Einkommensgestaltung des ganzen Standes geschlossen werden. Innerhalb des Standes kann es dem Einzelnen viel besser oder schlechter ergangen sein, die durchschnittlichen Bezüge werden sich in gleicher Richtung bewegt haben. Selbstverständlich hat dieses Verfahren so große Mängel, daß es nur Unterlagen zu Schätzungen liefern kann, doch ist es das einzig mögliche.

b) Ärzte.

Die wirtschaftliche Lage der Ärzte wird von Normen des öffentlichen Rechts stark beeinflußt. Die Gewerbeordnung, die die alten Niederlassungsbeschränkungen aufhob, hat die Ausübung der Heilkunde freigegeben und nur die Führung des Arzt- und Dokortitels an Approbation und Prüfung geknüpft, die jeder, der die Vorstudien gemacht hat, ablegen kann. Das Honorar kann zwar frei vereinbart werden, doch sind nach § 80, 2 GO. Gebührenordnungen erlassen worden (heute ist die von den übrigen Ländern übernommene preußische Gebührenordnung maßgebend), die bei Streitigkeiten den Gerichten als Richtlinien dienen, also praktisch entscheidend sind. Für die einzelnen Leistungen bestehen größere Gebührenspannungen, die Mindestgebühren sind während der Inflation im Verhältnis zu den Kassen maßgebend gewesen.

Weiter hat die Reichsversicherungsordnung für große Teile der Heilbedürftigen die private Vereinbarung mit dem Arzt unmöglich gemacht, die Kassen, denen sie angehören, schließen an ihrer Stelle mit den Ärzten Gesamtverträge. Für Kassen wie Ärzte besteht dabei Vertragsfreiheit nach RVO. § 368.

Für das Arzteinkommen sind demnach besonders wichtig, wieviel Ärzte tätig sind, wie sich die Patienten bzw. die Bevölkerung in Privat- und Kassenpatienten teilen und wie hoch die Honorarsätze in beiden Fällen sind.

Es gab in Deutschland Ärzte¹⁾:

1887	15 824	auf 3 200 Einwohner	1 Arzt
1909	30 558	auf 2 400 Einwohner	1 Arzt
1921	36 186	auf 1 700 Einwohner	1 Arzt

1921²⁾ traf 1 Arzt in den Großstädten auf 950 Einwohner, in den übrigen Städten und auf dem flachen Land auf 2250 Einwohner; in den Großstädten üben eben viele Fachärzte ihren Beruf aus, 1913 waren unter 100 Großstadtärzten 38 Spezialisten. Während die Bevölkerung von 1887—1921 um 31% zugenommen hat, haben sich die Ärzte um 128 % vermehrt.

Wie groß der Teil der Kassenpatienten ist, kann aus der Zahl der Kassenmitglieder, die die Versicherungsstatistik gibt, geschlossen werden. Die Gesamtzahl der Krankenkassen und ihrer Mitglieder betrug³⁾:

¹⁾ Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1915, S. 441.

²⁾ Lennhoff, „Der Arzt“, Handbuch der Politik, Bd. 4, 3. Aufl.

³⁾ Statistisches Handbuch für das Deutsche Reich, I. Teil, S. 603 ff.; Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1923 S. 372 ff.

1888	20 468	Kassen mit	5 398 478	Mitgliedern
1895	21 992	" "	7 525 524	"
1900	23 021	" "	9 520 763	"
1905	23 127	" "	11 184 476	"
1910	23 188	" "	13 069 375	"
1914	9 854	" "	15 609 586	"
1921	8 845	" "	17 442 378	"

(durchschnittliche Jahresmitgliederzahlen)

Auf 100 Einwohner kamen:

1888	11,2	Versicherte	1914	23	Versicherte
1900	17,0	Versicherte	1921	29	Versicherte

Nicht inbegriffen sind die Mitglieder der Knappschaftskassen.

Es bestand	in Vereinen und Kassen	eine Durchschnitts- belegschaft
1900	189	638 392
1914	146	916 081
1921	123	1 120 853

Demnach befindet sich mehr wie die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung in der Krankenversicherung, die Zahl der Versicherten hat sich mehr wie verdreifacht, seit 1900 beinahe verdoppelt, sie stellen heute eine 2 1/2 mal so große Bevölkerungsquote wie 1888.

In den Großstädten, in denen viele Abhängige leben, ist der Prozentsatz, den die Versicherten von der Bevölkerung stellen, noch bedeutend höher; so waren in München versichert

in der Münchener Ortskrankenkasse ¹⁾	1. Quartal 1913	135 105
in der Münchener Ortskrankenkasse	1. Quartal 1923	236 026
in Betriebs-, Innungs- und Ersatzkassen	1. Quartal 1923 ca.	60 000
im Sanitätsverband mit Familie	1. Quartal 1923 ca.	50 000
	1923 ca.	340 000
	Einwohner 1919	630 711

Die Versicherungspflicht richtet sich nach der Art der Beschäftigung. Dabei bestehen 2 Hauptgruppen, einmal für Personen, die pflichtig sind, gleichviel wie hoch ihr Arbeitsentgelt ist; hierher gehören: gewerbliche Arbeiter, Gehilfen, Gesellen, Lehrlinge und seit der Reform von 1911 land- und forstwirtschaftliche und unständige Arbeiter sowie häusliche Dienstboten. In der 2. Gruppe besteht eine Versicherungspflicht nur, wenn ein bestimmter Jahresverdienst (vor dem Kriege 2500 M., heute 2400 Goldmark ²⁾) nicht überschritten wird. Dies gilt für Betriebsbeamte, Werkmeister und andere Angestellte in gehobener Stellung, Handlungsgehilfen und Lehrlinge, Apothekergehilfen, Bühnen- und Orchestermmitglieder ohne Rücksicht auf den Kunstwert ihrer Leistungen, Lehrer und Erzieher § 165 RVO., ferner für Hausgewerbetreibende.

Versicherungsberechtigt zum freiwilligen Beitritt sind eine Reihe von Personen, sofern ihr jährliches Gesamteinkommen einen Höchstbetrag — gegenwärtig 1800 Goldmark — nicht überschreitet, besonders versicherungsfreie Beschäftigte, die einer an sich versicherungspflichtigen Beschäftigung obliegen, Familienangehörige des Arbeitgebers, die ohne eigentliches Arbeitsverhältnis in seinem Betrieb beschäftigt sind, Gewerbetreibende und Betriebsunternehmer, die in ihren Betrieben höchstens 2 Versicherungspflichtige beschäftigen.

Eine weitere Ausdehnung der Versicherungspflichtigen brachte die pflichtmäßige Familienwochenhilfe und eine fakultative Familienversicherung RVO. § 205 a, b.

Durch diese weite Ausdehnung der Krankenversicherung wurde die Kassenpraxis, die früher für den Arzt ein Beitrag zur Hilfe für die ärmere Bevölkerung war, der sich durch die höheren Honorare in der Privatpraxis wieder ausgleichen ließ, eine seiner Haupteinnahmequellen.

Das durchschnittliche Vorkriegseinkommen der deutschen Ärzte zu schätzen, ist äußerst schwer, die Differenzierung ist viel zu groß, auch wenn von den schärfsten Gegensätzen,

¹⁾ Nach den Jahresberichten der Münchener Ortskrankenkasse.

²⁾ Verordnung vom 29. Februar 1924, RGBl. 1924 I, S. 157.

die zwischen berühmten Professoren und Leitern von Privatkliniken auf der einen, jungen Assistenten oder praktischen Ärzten in übersetzten Großstadtvierteln oder Landorten auf der anderen Seite herrschen, abgesehen wird.

Für die Jahrhundertwende sei auf die sächsische Einkommensteuerstatistik, die die Wahlberechtigten nach dem Berufe gliedert, hingewiesen.

Unter den wahlberechtigten Ärzten hatten ein Einkommen¹⁾

von		1897—1901				
		Ärzte überhaupt	25—30	davon im Alter von 30—40 40—50 Jahren	über 50	
400— 1 600 M		90	30	17	13	30
1 600— 2 800 M		165	57	75	5	28
2 800— 4 300 M		290	36	163	32	59
4 300— 6 300 M		320	24	190	44	62
6 300—20 000 M		611	13	238	188	172
über 20 000 M		92	—	6	30	56
		1 568	160	639	312	407

Es hatten ein Einkommen unter 100 Ärzten im Alter von

	20—30	30—40	40—50	über 50	unter 100 Ärzten überhaupt
	Jahren				
400— 1 600 M	18,7	2,4	4,2	7,3	5,7
1 600— 2 800 M	35,7	10,9	1,6	6,9	10,5
2 800— 4 300 M	22,5	23,7	10,2	14,5	18,6
4 300— 6 300 M	15,0	27,6	14,1	15,2	20,5
6 300—20 000 M	8,1	34,5	60,3	42,3	39,0
über 20 000 M	—	0,9	9,6	13,8	5,7

Die Statistik unterliegt den allgemeinen Fehlern der Steuerstatistik (S. 8), auch kommt nicht reines Arbeitseinkommen in Betracht, es kann Einkommen aus Kapital und Grundbesitz mitbeteiligt sein. Am stärksten ist die Einkommensstufe von 6 300—20 000 M besetzt gewesen, die Mehrzahl ihrer Angehörigen dürfte dabei unter 10 000 M geblieben sein. Ist dies Bild für die oberen Ärzteschichten günstig, so gab es umgekehrt schon damals ein ärztliches Proletariat, 6 % der über 40 Jahre alten Ärzte blieben unter 1 600 M.

Wird ein Einkommen von 4 300 M für einen verheirateten Angehörigen der gebildeten Klassen als Minimum zur standesgemäßen Lebenshaltung angesehen (Engel rechnet 4 814 M als Produktionskosten für einen höheren Beamten, siehe S. 20), so versteuerten ein solches oder höheres unter 100 Ärzten im Alter von

20—30 Jahren	23
30—40 Jahren	63
über 40 Jahren	75

Danach hatten unter den Ärzten mit 40 oder mehr Jahren 25 % jenes Einkommen noch nicht erreicht, verschiedene Befähigung und Eignung machen sich eben in den geistigen Berufen besonders bemerkbar.

Wieweit diese sächsischen Ergebnisse für das ganze Reich gelten dürften, ist schwer zu sagen, die österreichische Einkommensteuerstatistik²⁾ hat das Durchschnittseinkommen von 4 597 selbständigen Ärzten auf 2 400—2 600 fl. = 4 080—4 420 M für 1897 berechnet. 67 % der Ärzte hatten weniger, 29 % mehr. Die Einschätzung war recht fehlerhaft.

Während der Inflation hat sich das Einkommen aus der Privat- und Kassenpraxis verschieden entwickelt. Die Sätze für die Privatpatienten konnten nicht voll, aber wenigstens annähernd der Geldentwertung angepaßt werden, 1923 brachte dabei die verspätete Bezahlung der Rechnungen ständig Verluste. Andererseits wurde der Arzt von Privatpatienten viel weniger in Anspruch genommen³⁾, da sich weite Mittelstandskreise eine ärztliche Hilfe nicht mehr oder nur in den seltensten Fällen leisten konnten, der Hausarzt von früher

¹⁾ Zeitschrift des Kgl. Sächsischen Statistischen Büros 1904 S. 28 ff.

²⁾ Philippovich, a. a. O., S. 481.

³⁾ Scholl, „Die Lage der deutschen Ärzte“, Süddeutsche Monatshefte 1923, Maiheft.

beinahe eine historische Erscheinung wurde. Die Leiter der Ärzteverbände schätzen, daß in den Großstädten die Privatpraxis auf $\frac{1}{3}$ des Vorkriegsstandes zurückgegangen ist. Diese Abnahme beruht teilweise auf der Ausdehnung der Versicherung, sonst ist sie in Stadt und Land nach der Zusammensetzung und Kaufkraft der Bevölkerung verschieden gewesen. Der Landarzt erhielt vielfach seine Vergütung in Naturalien.

Wie sich das Kasseneinkommen gestaltet hat, läßt die Kassenstatistik ziemlich gut erkennen. Die Kassenpatienten haben um ca. 2 Millionen zugenommen, die bezahlten Beträge sind umgekehrt viel niedriger geworden. Um Fehler zu vermeiden, wurde es auf doppelte Weise versucht, den Realwert dieser Vergütungen zu finden, einmal nach den Arztausgaben, die bei den Kassen auf den Kopf des Versicherten trafen, dann nach den Pausch- oder Einzelhonorarsätzen, die von den Kassen- und Ärzteorganisationen vereinbart waren. Beide Berechnungen sind für die größte bayerische Kasse, die Münchener Ortskrankenkasse vorgenommen worden. Bei der ersten Methode konnten zum Vergleich Durchschnittszahlen aus der neuesten bayerischen Kassenstatistik herangezogen werden. Da sie nur für das ganze Jahr nicht für seine einzelnen Viertel umgerechnet werden konnten, sind sie schlechter verwertbar, sie weichen nicht stark von den Münchener Papiermarkziffern ab. Die Honorarvereinbarungen waren bei allen Kassen sehr ähnlich (Tabelle IV). Die Arztkosten der Münchener Ortskrankenkasse pro Versicherten betrugen (1920 und 1921 mit verbessertem Index ¹⁾):

	Realmark im Quartal der Leistung	Realmark im Quartal der Zahlung	Alle bayerischen Kassen Realmark im Quartal der Leistung
1920	3,25	3,08	2,75
1921	3,43	2,72	3,94
1922	5,40	2,07	
1914	6,51	6,51	6,93
1918	7,67	7,67	

Das vereinbarte Honorar betrug bei der Münchener Ortskrankenkasse:

Pauschale pro Versicherten.

	Realmark im Quartal der Leistung	Realmark im Quartal der Zahlung
1920	2,42	2,31
1921	3,08	2,45
1914	5,00	5,00
1918	6,00	6,00

Honorar für eine Einzelleistung (Konsultation), Besuch doppelte Gebühr.

	Realmark im Quartal der Leistung	Realmark im Quartal der Zahlung
1922	0,42	0,15
1923 1. Hälfte	0,41	0,15
1914	0,55	0,55
1918	0,83	0,83

Die Umrechnung der Papiermarkbeträge erfolgte für das Vierteljahr, in dem die ärztliche Leistung vorgenommen wurde und für das folgende, in dem sie von der Kasse vergütet wurde, in beiden Fällen mit dem Durchschnittsindex des Vierteljahrs. Bis 1922 wurden nämlich nach Vierteljahrsschluß die Rechnungen der Ärzte über alle Leistungen in diesem Zeitpunkt eingefordert und 6—8 Wochen später, also z. B. für das 1. Vierteljahr am 15. Mai oder 1. Juni gezahlt; die Überweisung an die Ärzte dauerte dann nochmals 14 Tage. Seit 1922 erfolgten Vorauszahlungen vor Prüfung der endgültigen Rechnung, aber erst nach Ende des Leistungsquartals. Sie waren 1922 wie 1923 so gering und erfolgten so spät, daß der Realwert der gezahlten Beträge auch für diese beiden Jahre richtig mit dem Index des folgenden Quartals umgerechnet werden kann; die Rechnungen wurden daraufhin geprüft. Im 3. Viertel 1923 bezahlte die Kasse an die Ärzte soviel wie nichts;

¹⁾ Die zugrunde liegenden Papiermarkzahlen (Tabelle IV) entstammen den Jahresberichten der Münchener Ortskrankenkasse 1914/22, die Zahlen für Bayern der Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamts 1923, Heft 1 und 2 S. 73 ff., die neuesten Zahlen für 1922 und 1923 dem Statistischen Büro der Münchener Ortskrankenkasse.

die Vorschüsse von 1,37 Billionen = ca. 35000 Goldmark verloren ihren Wert bis sie an die Ärzte kamen, dazu wurde als Restzahlung 1,51 Billionen am 29. Dezember 1923 mit 1,51 Goldmark überwiesen. Im Frieden war der Vierteljahresbetrag ca. 300 000 *M* (bei 100 000 Mitgliedern weniger). Für das 4. Quartal 1923 bestand vertragsloser Zustand.

Als Vergleichszahlen wurden die von 1914 und 1918 gegenübergestellt, soll richtig gerechnet werden, so müssen als Friedensziffern die von 1918 gewählt werden. Um die Ärzte dafür zu entschädigen, daß der Versicherungskreis 1911 so erweitert wurde, sollten ihre Gebühren von 1914–1918 nach einer Vereinbarung allmählich auf 6 *M* Pauschale pro Versicherten gesteigert werden. Schneller konnte die Kasse ihre Leistungen nicht erhöhen, ohne ihre finanzielle Lage zu gefährden. Korrelationszahlen wurden wegen dieses veränderten Ausgangspunktes nicht berechnet.

Nun die Ergebnisse: Die für die Zeit der ärztlichen Leistung bewilligten Gebührensätze ebenso wie die Gesamtausgaben der Kassen für die Ärzte betrugen 1920/22 ca. 50% der Friedenshöhe, 1923 nähern sie sich ihr wieder; hierin zeigt sich aber nur eine Prämie zum Schutz gegen die Geldentwertung, die wertlos blieb. Denn die Ärztebezüge nach dem Zeitpunkt der Zahlung gerechnet betrugen (nach beiden Methoden) 1920 und 1921 ca. 40%; 1922 und das 1. Viertel von 1923 etwa $\frac{1}{5}$ der Bezüge von 1918; für das 3. Viertel fielen sie wie gesagt ganz aus.

Bei den übrigen Kassen galten ähnliche Pausch- und Einzelleistungssätze, für die Reichsrichtlinien aufgestellt wurden, die Zahlungsweise war bis 1922 in Bayern überall die gleiche, dann haben einige Kassen früher und in höherem Grade Vorschüsse gewährt, so daß die Verhältnisse nicht immer so ungünstig waren wie in München. Wie sich das Einkommen der festangestellten Ärzte in Gebieten ohne freie Arztwahl entwickelt hat (Norddeutschland), konnte nicht geprüft werden.

Wie sich das Kasseneinkommen auf die Münchener Ärzte verteilte, zeigt eine interne Statistik der Münchener Ortskrankenkasse¹⁾.

Das von der Münchener Ortskrankenkasse geleistete Arzthonorar verteilte sich 1913 auf folgende Gruppen:

		1913				
Zahl der erfaßten Ärzte		1–500 <i>M</i>	davon bezogen ein jährliches Kasseneinkommen von 500–1 000 <i>M</i>	1 000–2 000 <i>M</i>	2 000–5 000 <i>M</i>	5 000–8 000 <i>M</i>
491		164	84	90	122	22
%		32,7	17,1	18,3	24,3	4,5

		1920				
Zahl der erfaßten Ärzte		1–4 000 <i>M</i> = 1–500 GM.	davon bezogen ein jährliches Kasseneinkommen von 4 000–8 000 <i>M</i> = 500–1 000 GM.	8 000–16 000 <i>M</i> = 1 000–2 000 GM.	16 000–40 000 <i>M</i> = 2 000–5 000 GM.	40 000–64 000 <i>M</i> = 5 000–8 000 GM.
652		280	116	116	124	10
%		42,9	17,8	17,8	19,0	1,6

Es ergibt sich, daß die schlechtbesoldeten Ärzte zu, die gutbesoldeten abgenommen haben; zu berücksichtigen ist, daß sich unter den Ärzten mit geringer Kassenpraxis manche befinden, die einer solchen ablehnend gegenüberstehen (bes. Fachärzte). Trotzdem ist das Bild ziemlich trübe, 35,4 bzw. 35,6 % der Kassenärzte bezogen 500–2 000 *M*, nur 29,3 bzw. 20,5 % hatten ein höheres Einkommen. Dabei umfaßt die Münchener Ortskrankenkasse $\frac{4}{5}$ aller Versicherten.

Während das Einkommen aus der Privat- und Kassenpraxis so zusammenschmolz, stiegen die ärztlichen Betriebskosten stärker wie die allgemeine Lebenshaltung. Da war es 1923 wirklich nicht zuviel gesagt, wenn es in einem Münchener Zivilprozeß hieß, die Notlage der Ärzte sei gerichtsnotorisch und Stier-Somlo, der Kommentator der RVO., den Untergang des Ärztestandes befürchtete.

¹⁾ Zahlen des Statistischen Büros der Münchener Ortskrankenkasse, neu aufbereitet.

Die Ärzte suchten sich, soviel sie konnten, gegen eine Schmälerung ihres Realinkommens zu wehren, der alte Kampf zwischen Kassen und Ärzten war die ganze Zeit durch schärfer als je. Schon 1920 kam es kurze Zeit zu einem vertragslosen Zustand. Ende 1923 trat er beinahe im ganzen Deutschen Reich ein. War schon vorher die Gesetzgebung kassenfreundlich und damit ärztefeindlich gewesen; es seien nur die Verordnung vom 22. November 1918 über die Erweiterung der Versicherungspflicht, die Gesetze vom 26. September 1919 über die Wochenhilfe und vom 20. September 1922 über eine Ermächtigung des Arbeitsministers über § 370 und 371 RVO. hinaus den Kassen Barleistungen zu erlauben, erwähnt, so führten 2 neue Verordnungen vom 30. Oktober 1923 über Krankenhilfe bei den Krankenkassen und das Verhältnis zwischen Ärzten und Krankenkassen¹⁾ zum Streik.

Die Verordnung über Krankenhilfe verpflichtete im § 1 die Ärzte, sparsam zu behandeln und gab dem Kassenvorstand ein weitgehendes Aufsichts- und vorläufiges Abschlußrecht gegenüber den Ärzten, § 3 führte den numerus clausus für Kassenärzte ein und verlangte Arztbezirke bei großen Kassen, also eine starke Beschränkung der freien Arztwahl, § 6 und 7 gibt der Kasse das Recht, Barleistungen statt Sachleistungen zu gewähren, falls die Ärzte die Verträge nicht einhalten oder bis zum Zustandekommen neuer Verträge nicht unter den alten Bedingungen weiterarbeiten, praktisch ein Streikverbot. Dafür erklärte die 2. Verordnung die bisherigen Vereinbarungen zwischen Ärzten und Kassen, d. h. den Berliner Vertrag vom 23. Dezember 1913 zum Gesetz.

Diese Verordnung stellte die Ärzte wesentlich schlechter, sie sollten sich gegen das Aufhören jeder Bezahlung nicht einmal wehren können, mehrere Gerichte erklärten sie deshalb als wichtigen Kündigungsgrund nach BGB. § 626. Als eine neue Verordnung des Reichspräsidenten vom 27. November 1923 wesentliche Milderungen gebracht hatte (vor allem wurden die Überwachungsausschüsse nicht gebildet) und die Stabilisierung aller Nachteile, die aus der verspäteten Zahlung flossen, beseitigt hatte, erklärten die Ärzte sich bereit, ihre Tätigkeit wieder aufzunehmen (19. Januar 1924), worauf der Reichsarbeitsminister auch die Kassen zur Aufgabe des vertragslosen Zustandes zwang.

Ein paritätisch besetzter und von 3 Unparteiischen geleiteter Reichsausschuß legte vorläufige²⁾ und am 12. Mai 1924 endgültige³⁾ Richtlinien für den Abschluß von Verträgen zwischen den Ärzten und Kassen vor; schon vorher war ein kassenärztlicher Landesvertrag für Bayern abgeschlossen worden⁴⁾. Der Hauptinhalt der Richtlinien ist:

1. Arztsystem: Beide Systeme — feste Anstellung wie freie Arztwahl — gelten weiter, und zwar das jeweils zuletzt gültige. Die Verträge können als Einzel- oder Kollektivverträge geschlossen werden, im letzteren Fall bei freier Arztwahl nur mit der kassenärztlichen Organisation.

2. Versuch einer Planwirtschaft: Bei beiden Systemen soll auf 1300, bei Familienversicherung auf 1000 Versicherte 1 Arzt treffen — ein Verhältnis, das in England praktisch gilt. Wo gegenwärtig mehr Kassenärzte vorhanden sind, bleibt der jetzige Besitzstand zunächst gewahrt, ein allmählicher Abbau soll dadurch erfolgen, daß jede 1., 5. und weitere 3. freiwerdende Stelle nicht mehr besetzt wird.

3. Honorarsystem: Pauschal- und Einzelleistungssystem sind zulässig, die Fallpauschale soll mit einem Mehrfachen der Einzelleistungssätze bestimmt werden, die Bezahlung nach Einzelleistungen gewissen Begrenzungen („Abstriche“) unterliegen.

4. Schiedsgerichte: Gemeinsame Angelegenheiten der Ärzte und Kassen sollen durch paritätische Ausschüsse und Schiedsstellen geregelt werden. Über die Höhe des Honorars konnte keine Einigung erzielt werden, gegenwärtig sind die Sätze der preußischen Gebühren-

¹⁾ RGBl. 1923, Bd. I S. 1051.

²⁾ Ärztliche Mitteilungen 1924 Nr. 11.

³⁾ 1924 Nr. 20.

⁴⁾ Bayerischer Staatsanzeiger vom 10. April 1924.

ordnung — Einzelleistung (Konsultation) 80 Pfg. — den vielen Verträgen, die auf Grund der Vereinbarung des Reichsausschusses abgeschlossen wurden, zugrunde gelegt. Wie sich diese Verträge auswirken werden — die Abstriche sind stärker wie früher —, läßt sich noch nicht übersehen.

Abschließend kann gesagt werden: Die Ärzte haben unter der Inflation seit 1922 sehr stark gelitten, das Kasseneinkommen ist auf $\frac{1}{5}$, das Einkommen aus der Privatpraxis auf $\frac{1}{3}$ zurückgegangen. Ende 1923 schienen sie völlig unter die Räder zu kommen, ihr Opfer hat es möglich gemacht, die deutsche Sozialversicherung in geordnete Verhältnisse hinüberzuretten.

Eine vorbildliche Altersversorgung hat 1923 Bayern für seine Ärzte in der „Bayerischen Ärzteversorgung“ geschaffen¹⁾. Sie ist eine öffentlich-rechtliche Zwangsversicherung für alle approbierten Ärzte, Zahn- und Tierärzte, die in Bayern ihren Hauptwohnsitz haben und noch nicht 60 Jahre alt sind; die Beiträge sollen wenigstens 7 % des reinen Berufseinkommens betragen, das Ruhegeld dem niedrigsten Ruhegehalt eines bayerischen Beamten der Gehaltsklasse X entsprechen, dazu sollen Zuschläge — jährlich 1 % von der Summe aller Jahreseinkommen, aus denen Beiträge entrichtet wurden — treten, das Witwengeld macht die Hälfte, das Waisengeld $\frac{1}{6}$ des Ruhegehalts aus (§ 13–22 der Satzung). Für die ersten Jahre der Versicherung gelten bestimmte Wartezeiten.

c) Anwälte.

Für die wirtschaftlichen Verhältnisse der Rechtsanwälte sind in noch stärkerem Maße Bestimmungen des öffentlichen Rechts maßgebend, durch die Rechtsanwaltsordnung und die Gebührenordnung für Rechtsanwälte von 1879 ergeben sich folgende wichtige Grundsätze:

1. Die Rechtsanwaltschaft ist für jeden frei, der die Befähigung hierzu erlangt hat (freie Advokatur).

2. Die Rechtsanwaltschaft ist lokalisiert, jeder Rechtsanwalt muß bei einem bestimmten Gericht zugelassen werden und dort seinen Wohnsitz haben. Vor Kollegialgerichten sind ausschließlich die bei ihnen zugelassenen Anwälte zur Vertretung befugt, in Strafsachen kann jeder Anwalt vor jedem Gericht als Verteidiger auftreten, vor dem Gewerbe-, Kaufmanns- und neuerdings den Arbeitsgerichten ist die Anwaltsvertretung ausgeschlossen.

3. Vor den Kollegialgerichten besteht Anwaltszwang, doch werden auch die meisten Amtsgerichtsprozesse durch Anwälte geführt.

4. Der Preis der Anwaltsarbeit ist der freien Preisbildung entzogen und in der Gebührenordnung für Rechtsanwälte staatlich geregelt; die Taxen sind nicht wie bei den Ärzten nur Richtlinien für eine freie richterliche Würdigung, sie sind verbindlich und können nur bei schriftlicher Vereinbarung mit dem Klienten vor der Mandatsübernahme verändert werden²⁾. Die Gebühren sind einmal nach dem Streitwert, dem Interesse, das die Leistung für den Empfänger hat, abgestuft, dann wird die vom Rechtsanwalt aufgewandte Arbeit ganz roh nach Verfahrensabschnitten abgeschätzt. Die Anwaltspreise müssen darum staatlich festgesetzt werden, da nach dem Prozeßrecht³⁾ die unterliegende Partei die gesamten Kosten, also auch die Anwaltskosten des Gegners zu tragen hat; der Unterlegene kann aber nicht an die freien Vereinbarungen seines Gegners gebunden werden. Aus dem gleichen Grund können die Taxen nicht zu hoch sein, da sonst der Rechtsweg zu sehr verteuert wird.

Die wirtschaftliche Lage der Anwälte ist demnach davon abhängig, wie viele Anwälte tätig sind, wie groß der anfallende Prozeßstoff ist und welche Gebühren bezahlt werden müssen. Für die Tätigkeit außerhalb des Prozesses hat man keinen Maßstab.

¹⁾ Gesetz- und Verordnungsblatt 1923 S. 255 ff., Satzung der bayerischen Ärzteversorgung, Sonderabdruck nach dem „Bayerischen ärztlichen Korrespondenzblatt“ 1923, Nr. 35 und 36.

²⁾ RAGO. § 93.

³⁾ ZPO. § 91 ff.

Die Zahl der Anwälte in Deutschland betrug¹⁾:

1880	4 112	1 Anwalt auf 10 970 Einwohner
1903	7 262	1 " " 7 791 "
1913	12 324	1 " " 5 280 "
1923	12 755	1 " " 4 702 "

Die Anwälte haben zwischen 1880 und 1913 um 199,8 %²⁾, die ordentlichen Zivilprozesse zwischen 1881 und 1911 um 150,7 %³⁾ zugenommen, die Zahl der Mahnsachen und Urkundenprozesse, wie der Strafsachen hat sich weniger verändert.

1913 verteilten sich die Anwälte

auf Orte mit über 70 000 Einwohnern	6 743 = 54,8 %
davon auf Berlin allein	1 550 = 12,6 %
auf Orte mit weniger als 70 000 Einwohnern	5 554 = 45,2 %

Es bestanden Zulassungen

an den Oberlandesgerichten	1 770	an den Amtsgerichten	6 654
an den Landgerichten	10 244	davon nur an den Amtsgerichten	2 947

Auf 100 Anwälte trafen 157 Zulassungen.

Die Advokaten haben überwiegend ihren Wohnsitz an größeren Orten, die Zahl der Amtsgerichtsanwälte betrug etwa $\frac{1}{4}$ der Gesamtanwaltschaft.

Über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Anwaltschaft vor dem Krieg ist ebenso schwer ein Urteil abzugeben, wie über die der Ärzte, das Bild, das die Anwaltschaft bietet, ist recht bunt. In Süddeutschland ist das Notariat von ihr getrennt, am Rhein nur in den größeren Orten, in Preußen kann es jeder Anwalt mit 15 jähriger Berufszeit erreichen. Große Städte Nord- und Mitteldeutschlands kennen Prozeßfabriken mit tausenden jährlicher Mandate, in Württemberg soll der Anwalt wesentlich mit einer Schreiberin arbeiten, beim Amtsgericht muß er von Ort zu Ort reisen. Auch hat eine starke Spezialisierung Platz gegriffen²⁾.

Das Durchschnittseinkommen eines Anwalts schätzte Guttman für Berlin auf 3000, für das übrige Reich auf 4000—5000 M, sicher zu niedrig. Die sächsische Einkommensteuerstatistik nach dem Beruf ergab für die Jahrhundertwende³⁾:

Unter den wahlberechtigten Anwälten hatten ein Einkommen 1897—1901:

	Anwälte überhaupt	25—30	davon im Alter von 30—40 40—50 über 50 Jahren	
von 700—1 600 M	4	1	2	— 1
1 600—2 800 M	22	6	15	— 1
2 800—4 300 M	74	10	40	6 18
4 300—6 300 M	88	7	50	11 20
6 300—20 000 M	283	1	97	81 104
über 20 000 M	105	—	11	29 65
	576	25	215	127 209

Es hatten ein Einkommen unter 100 Anwälten im Alter von

	25—30	30—40	40—50	über 50	unter 100 Anwälten überhaupt
von 700—1 600 M	4,0	0,9	—	0,5	0,6
1 600—2 800 M	24,0	7,0	—	0,5	3,7
2 800—4 300 M	40,0	18,6	4,7	8,6	13,0
4 300—6 300 M	28,0	23,3	8,7	9,6	15,3
6 300—20 000 M	4,0	45,1	63,3	49,7	49,2
über 20 000 M	—	5,1	22,8	31,1	18,2

Dieses sächsische Bild erscheint günstig, nur $\frac{1}{6}$ aller Anwälte blieb unter 4300 M (Existenzminimum), über $\frac{1}{6}$ hatte mehr wie 20 000 M, für die über 40 Jahre alten sind die Quoten 7,7 % bzw. $\frac{1}{4}$. 1914 war die Lage ebenso wie bei den Ärzten sicher ungünstiger, die Bemerkungen über die Ärztestatistik (S. 34) gelten entsprechend. Die gleiche österreichische Statistik kam auf ein Durchschnittseinkommen von 3900—4200 fl = 6630—7140 M für Advokaten, 64 % hatten weniger, 32 % mehr als dieses Mittel.

¹⁾ Deutsche Justizstatistik 16. Jahrgang 1913, Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1923 S. 333.

²⁾ Guttman, Artikel „Anwälte“ im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl.

³⁾ Zeitschrift des Kgl. Sächsischen Statistischen Büros 1904 S. 28.

Das Anwalteinkommen während der Inflation kann nur erfaßt werden, soweit es sich um Prozeßeinkommen aus der Vertretung in Zivilprozessen handelt, dieses bildet bei den meisten Anwälten die Haupteinnahmequelle. Die Vergütungen für Verteidigungen im Strafprozeß sind ähnlich gesunken, trotzdem meist ein höheres Honorar als die gesetzliche Gebühr vereinbart wurde. Keine Anhaltspunkte gibt es für die Einkommensentwicklung in der außerprozessualen Tätigkeit der Anwälte, bei Beratungen, Finanzierungen und Gründungen, die bei den ersten Großstadtanwälten die Hauptrolle spielen.

Mittel zur Erfassung sind die jeweiligen Gebühren für einen Streitwert von 100, 1000 und 10 000 Realmark auf der einen, die Zahl der anhängigen Prozesse auf der andern Seite. Das Einkommen der einzelnen Anwälte ist dabei nicht nur nach der Mandatszahl, sondern auch nach der Höhe der Streitwerte verschieden gewesen (Tabelle V).

Die vielen Taxenerhöhungen erfolgten immer zu spät¹⁾, die Stichtage fallen meist zwischen zwei Änderungen der Gebührenordnung in die Mitte; da nach der Justizstatistik die Prozesse im Durchschnitt 3–9 Monate dauern, wurden die Gebühren, die auf den gleichen Papiermarkstreitwert (dieser war maßgebend) nach dieser Zeit trafen, nochmals berechnet. Die Taxe wurde für 2 Verfahrensabschnitte (Prozeß und Verhandlungsgebühr) gewählt, eine Umrechnung mit dreifacher Taxe hätte am Ergebnis nicht viel geändert. Die Durchschnittszahlen sind nur aus vier, nicht aus allen Monaten gewonnen, also ungenau; deshalb wurden keine Korrelationszahlen aufgestellt.

Anwaltsgebühren (durchschnittliche Gebühren der 4 ersten Quartalsmonate) bei bürgerlich rechtlichen Streitigkeiten in Realmark für 1920 und 1921 mit verbessertem Index.

	Die Gebühr betrug für einen Streitwert von					
	100	1 000 Realmark	10 000	1 000 Realmark 3 Monate später	9 Monate später	
1920	5,18	14,41	43,24	13,35	12,50	
1921	5,36	15,42	50,84	14,74	13,10	
1922	4,93	17,27	76,02	10,08	2,00	
1920–1922	5,17	15,70	56,70	12,72	9,20	
1914	8,00	33,60	76,80	33,60	33,60	
1924	6 GM.	45 GM.	265 GM.	45 GM.	45 GM.	

Der Realwert der Gebühren ist demnach ständig zurückgegangen, am stärksten bei den mittleren Streitwerten (1000 \mathcal{M}). Die Sätze betrugen bei Beginn des Prozesses $\frac{2}{3}$ – $\frac{1}{2}$ der Friedensstaxe, wenn der Prozeß nach 3 Monaten zu Ende war und bezahlt wurde ca. $\frac{1}{2}$ – $\frac{2}{5}$, wenn dies erst nach 9 Monaten der Fall war, 1920 und 1921 ebenfalls $\frac{2}{5}$, 1922 nur mehr 6 %. Wurde die Rechnung zwischen diesen beiden Zeitpunkten beglichen, so ist der Realwert je nach dem Zahltermin zwischen den angegebenen Grenzen zu suchen. Die Vergütung für einen Verfahrensabschnitt stand dem Rechtsanwalt erst zu, wenn dieser Abschnitt beendet war; Vorschüsse wurden erst spät und dann ungenügend verlangt. Hohe Streitwerte waren viel seltener wie im Frieden, da 10 000 Realmark schon ziemlich phantastische Papiermarkziffern gaben und der Streit meist nicht beim Entstehen der Forderung, sondern später begann. Bis dahin hatte die Geldentwertung den realen Streitwert bereits verringert; war der Streitwert einmal beim Prozeßbeginn vom Gericht festgesetzt, so blieb er bis zum Ende des Prozesses der gleiche.

1923 endlich war das schlimmste Jahr für die Anwaltschaft, die Taxen stiegen sehr stark über die Friedenshöhe (Geldentwertungsprämie), hatten aber schon nach 3 Monaten kaum mehr den 10. Teil ihrer Kaufkraft, so daß sich manche Anwälte um Gerichtsschreiberposten bewarben.

Heute sind die Gebühren für die größeren Streitwerte ziemlich über Friedenshöhe, was aber nur den ohnehin besser gestellten Anwälten zugute kommt.

¹⁾ Für 1918 durch Gesetz v. 1. April 1918 und für 1919 und 1920 durch Gesetz vom 18. Dezember 1919; für 1921 durch Verordnung v. 8. August 1921; für 1922 durch Verordnung v. 9. Februar, 1. August, 12. Oktober, 21. Dezember; für 1923 durch Verordnung vom 18. Januar, 17. Februar, 20. März, 21. Juni, 12. Juli, 13. September, 29. September (Indexgebühren), 13. Dezember (Goldgebühren).

Wurde so die Einzelleistung der Rechtsanwälte viel geringer bezahlt, so ist auch die Zahl dieser Einzelleistungen zurückgegangen, die Anwaltschaft wurde seltener in Anspruch genommen.

Beschäftigung der ordentlichen Gerichte in Zivilsachen 1. Instanz im Deutschen Reich.

Zahl der anhängig gewordenen ¹⁾

	ordentlichen Prozesse		Wechselprozesse		Prozesse zusammen
	bei den Amtsgerichten	bei den Landgerichten	bei den Amtsgerichten	bei den Landgerichten	
1920	916 899	409 350	4 848	16 110	1 351 846
1921	1 184 283	330 065	13 857	26 067	1 559 851
1906—1910 durchschnittlich	2 183 064	274 715	270 251	80 228	2 773 535
1911—1915 durchschnittlich	2 140 427	179 974	272 280	35 070	2 632 160

Prozesse in Ehescheidungs- und Entmündigungssachen waren anhängig 1920: 70 909, 1921: 61 505 gegen 26 032 im Durchschnitt der Jahre 1911—1915.

Der sogenannte unechte Prozeß, bei dem eigentlich nicht gestritten, sondern nur die Zwangsvollstreckung gesucht wird, ist eben während der Inflation verschwunden, weil er sich nicht mehr rentierte. Die Zahl der Amtsgerichtsprozesse ist auf die Hälfte zurückgegangen, die der Landgerichtsprozesse hat nur deshalb zugenommen, weil die Zuständigkeitsgrenze der Amtsgerichte so niedrig war, man hat es auch hier mit vielen kleinen Streitwerten zu tun. Der Wechselprozeß ist ebenso wie der Wechsel selbst (schon seit 1914) eine seltene Erscheinung geworden. Die Ehescheidungssachen haben sich mehr wie verdoppelt, spielen aber für das Anwaltseinkommen keine allzu große Rolle. In Strafsachen haben die Vergehen ab-, die Verbrechen zugenommen, die Veränderungen sind nicht besonders bedeutend. Die Weiterentwicklung ist nicht zu übersehen, die Verordnungen zur Entlastung der Gerichte lassen eine neue Zunahme der Prozesse vermuten.

Aus dem Rückgang der Gebühren wie der Prozesse kann vermutet werden, daß das durchschnittliche Anwaltseinkommen jedenfalls wenig über $\frac{1}{3}$ der Vorkriegsbezüge betrug, viele Anwälte standen schlechter als die entsprechenden Richterbeamten. 1923 war auch der Anwaltsstand vor dem Ruin, der Notanwaltstag vom 11. Februar 1923 in Weimar lieferte dafür erschütternde Bilder²⁾. Der Entwurf einer Pensionsversicherung ging im Oktober 1923 von einem durchschnittlichen Einkommen von 2400 Goldmark aus³⁾. Am schlimmsten waren die nur an den Amtsgerichten zugelassenen Anwälte daran, da die Zuständigkeit dieser Gerichte minimal wurde.

Die Amtsgerichte waren in Zivilsachen zuständig bis zu einem Streitwert:

	1914	600 M
ab 1. April 1921	3 000 M = Realmark	256
ab 1. August 1922	10 000 M = Realmark	128
ab 15. April 1923	300 000 M = Realmark	101
ab 15. August 1923	3 000 000 M = Realmark	6,8
ab 1. Oktober 1923	500 000 000 M = Realmark	12,4

Wurden die Grenzen neu schon immer so niedrig festgesetzt, so waren sie schließlich bis eine weitere gesetzliche Regelung erfolgte, ganz bescheiden geworden, über ein halbes Schwein mußte zumeist vor 3 Richtern am Landgericht verhandelt werden.

Auch die Anwälte hatten dauernd gegen die gesetzlichen Beschränkungen zu kämpfen, denen ihr Beruf unterliegt, jede Gebührenerhöhung mußte mühsam erstritten werden. Artikel 4 der Gebührennovelle vom 8. Juli 1921 hatte generelle Vereinbarungen, von der Gebührenordnung abzuweichen, verboten, erst durch das Gebührengesetz vom 18. August 1923 wurde diese Bestimmung wieder aufgehoben. Damit war der Weg zur Selbsthilfe frei, Mandatsbedingungen örtlicher Anwaltsvereine wurden maßgebend, die Indexgebühren nicht mehr beachtet. Bis 1923 mußten alle Armenrechtssachen von den Anwälten im Turnus umsonst

¹⁾ Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1923 S. 333.

²⁾ Nachrichten für die Mitglieder des deutschen Anwaltsvereins (Beilage zur Juristischen Wochenschrift) 1923, Nr. 4 S. 56.

³⁾ Nachrichten 1924, Nr. 4 S. 61.

geführt werden, erst nach dem Gesetz vom 6. März 1923¹⁾ zahlt der Staat die üblichen Gebühren mit bestimmten Beschränkungen für höhere Streitwerte; dafür sind ca. $\frac{1}{2}$ — $\frac{3}{4}$ Millionen zur Zeit monatlich erforderlich.

Die neue Goldgebührenordnung hat die Anwälte wieder besser gestellt, ihre Führer nehmen an, daß sich das Anwaltseinkommen wieder der Vorkriegszeit nähern wird²⁾. Neue Gefahren bringt ein Gesetzentwurf, der die Erstattung der Armensachen wieder einschränken will³⁾, dann die Reform der ZPO. mit dem Zwangsgüterverfahren beim Amtsgericht: Der Anwalt erhält dabei bei gleicher Arbeit nur $\frac{1}{3}$ der normalen Prozeßgebühr.

Innerhalb der Anwaltschaft fordern die Amtsgerichtsanwälte immer stärker die Simultanzulassung an den Landgerichten. Da eine weitere Gebührenerhöhung nicht möglich ist — sie drängt nur weite Kreise dazu, sich von der Anwaltschaft zu emanzipieren⁴⁾ —, kann die wirtschaftliche Lage der Anwälte nur durch Verminderung der Konkurrenz und Erweiterung des Arbeitsgebietes gebessert werden. So wird erstrebt, festangestellte Syndizi von der Anwaltschaft auszuschließen und Anwaltstreuhandverbände zu gründen, die die Geschäftsführung für wirtschaftliche Verbände aller Art übernehmen sollen. Weiter wird der Plan einer gesetzlichen Pensionsversicherung eifrig verfolgt⁵⁾. 5 % des Bruttoeinkommens sollen als Beitrag zu ihr geleistet und auf die Gebühren abgewälzt werden. Der Ruhegehalt würde zunächst 1 200 \mathcal{M} betragen; 1 920 Anwaltswitwen und 200 invalide Anwälte wären zu versorgen.

d) Schriftsteller und Redakteure.

Unter den Schriftstellern ist zunächst zwischen den Freischaffenden und den Festangestellten, den Redakteuren, zu unterscheiden, dabei sind beide Gruppen ungefähr gleich stark. Die Berufsstatistik von 1907 zählte unter 8 753 Schriftstellern 3560 Redakteure.

Die Arbeitsbedingungen der freien Schriftsteller hat die Enquete des Vereins für Sozialpolitik⁶⁾ genau geschildert, über ihr Einkommen weiß sie wenig zu berichten. Sie arbeiten teils als freie Mitarbeiter von Zeitungen, nur zum Teil sind sie Produzenten von Büchern. Bücherschreiben als Hauptberuf war und ist in Deutschland sehr selten. Eine Umfrage des Vereins für Sozialpolitik im Herbst 1921, die an 4 000 Schriftsteller gerichtet wurde, von denen 15 % antworteten — zu etwa gleichen Teilen Wissenschaftler und Literaten — ergab: nur 32,2 % widmeten sich hauptberuflich, dagegen 67,7 % nebenberuflich der Schriftstellerei. Die hauptberuflich Schreibenden gehören zu 99 %, die nebenberuflich Schreibenden zu 17 % der schöngeistigen Literatur an, 1 bzw. 83 % treffen in beiden Gruppen auf die wissenschaftlich Tätigen.

Die wissenschaftliche Forschung erfolgt demnach in Deutschland im Nebenberuf durch Universitätslehrer, Juristen, Professoren, Techniker und Ingenieure. Die Honorare, die dafür gezahlt wurden, sind beim Pauschal- und Bogenhonorar sehr stark zurückgegangen; wurden bestimmte Prozente des Ladenpreises als Vergütung vereinbart, so war die Lage etwas besser. Auch ist die Produktion an wissenschaftlichen Werken in allen Disziplinen mit Ausnahme der Volkswirtschaft und Rechtswissenschaft um etwa $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{5}$ zurückgegangen⁷⁾. Damit ist also ein Nebeneinkommen entfallen oder geringer geworden, für die wirtschaftliche Stellung der wissenschaftlich Forschenden war in erster Linie das Einkommen aus dem Hauptberuf maßgebend.

Auch die freien Schriftsteller, denen das Schaffen des schönen Kunstwerkes, des schöngeistigen Buches Hauptberuf ist, rechnen meist mit einer Veröffentlichung in der

¹⁾ RGBl. 1923 I, S. 103.

²⁾ Nachrichten 1924 Nr. 6 S. 88, Nr. 4 S. 60.

³⁾ Nachrichten 1924 Nr. 7a.

⁴⁾ Feuchtwanger, a. a. O., S. 180.

⁵⁾ Nachrichten 1924 Nr. 1 S. 15, Nr. 6 S. 89.

⁶⁾ Schriften des Vereins für Sozialpolitik 152. Bd.

⁷⁾ Nachweisungen über die 1920 veröffentlichten Bücher bei A. Weber, „Die Not der geistigen Arbeiter“, S. 54.

Zeitung, sind nicht reine Buchproduzenten. Können doch die großen Buchverlage nur schwer mit den Honorarangeboten erster Tageszeitungen und Zeitschriften konkurrieren, „das Buch gilt vornehmer, die Veröffentlichung in der Zeitung einträglicher, die Verfilmung ist das ökonomische Ideal“¹⁾. Die übrigen freien Schriftsteller sind meist freie Mitarbeiter oder Korrespondenten von Zeitungen. So läßt sich sagen, daß die meisten derer, die sich in den weiten Begriff der Schriftsteller eingliedern, berufsmäßig zumeist oder ausschließlich für Zeitungen schreiben²⁾, die Erklärung dafür ist sehr einfach, die meisten Deutschen lesen heute Zeitung und der größte Teil davon nicht mehr als Zeitung — von Bibel und Gebetbuch abgesehen.

Das Einkommen der freien Mitarbeiter von Zeitungen entwickelte sich in ähnlicher Richtung und Art wie das der Festangestellten³⁾; untersucht man die Redakteurgehälter, so hat man zugleich Anhaltspunkte wie sich die Bezüge der gesamten Schriftsteller gestalteten.

Soll von der wirtschaftlichen Lage der deutschen Redakteure gesprochen werden, so muß zuerst auf die großen individuellen Verschiedenheiten der Zeitungsbetriebe wie der Schriftleiter hingewiesen werden.

Kretschmer berechnete die Zahl der Zeitungen 1920 auf 3478, davon waren 1951 Tageszeitungen, Carbe schätzt die Zeitungen auf 3500—4000³⁾. Nach Kretschmer erschienen Zeitungen:

in Großstädten ohne Berlin	343
in Mittelstädten (20 000—100 000 Einwohner)	621
in Orten mit unter 20 000 Einwohnern	2 410

Und wie es zwischen der 3 mal täglich erscheinenden Großstadtzeitung und dem kleinen 4seitigen Winkelblättchen viele Zwischenstufen gibt, ebenso stehen Männer von verschiedenster Begabung und Temperament zwischen dem führenden politischen und literarischen Kopf, dessen Meisterstilistik überall gern gelesen wird und etwa einem Herrn, der die einlaufenden Versammlungsberichte und Vereinsnachrichten zusammenstellt und mit Überschriften versieht.

Bei dieser starken Spezialisierung ist es recht schwer Durchschnittsgehälter für die Vorkriegszeit zu finden, Trefz, als Verleger rechnete 4000—8000 \mathcal{M} bei Spannungen zwischen 2400—20 000 \mathcal{M} ⁴⁾. Eine von der Gesellschaft für soziale Reform unter 600 Zeitungsbetrieben angestellte Umfrage, die nur von 66 Betrieben mit 184 Redakteuren beantwortet wurde, ergab folgende Gehälter⁵⁾:

für 13 Chefredakteure	3 000—8 000 \mathcal{M} (bei den großen Blättern 6 000—10 000 \mathcal{M})
für 118 Redakteure	1 200—6 000 \mathcal{M} (bei den großen Blättern 4 000—7 500 \mathcal{M})
für 14 Hilfsredakteure	1 200—2 500 \mathcal{M} (bei den großen Blättern 1 500—2 500 \mathcal{M})

Wie sich das Einkommen nach dem Krieg gestaltete, lassen die allgemein verbindlichen Tarife, die mit den Verlegern geschlossen wurden, deutlich erkennen (Tabelle VI).

Durchschnittliche Monatsgehälter der bayerischen Redakteure in Ortsklasse A in Realmark (für 1920 und 1921 mit verbessertem Index) für

	Klasse I	Klasse II	Klasse III
1920 Februar—Dezember	138	109	89
1921	179	152	126
1922	177	152	127
1923 Januar—Juli	211	185	150
1920—1922	165	138	114
Juni 1924 Mindestgehalt	356	289	245

Die Tarife wurden seit 1920 vom Verein bayerischer Zeitungsverleger und dem Landesverband bayerischer Presse abgeschlossen, sie galten für 300—400 Redakteure, also $\frac{1}{10}$ aller

¹⁾ Grundlinien der Gliederung des Schriftstellertums und Verlags, Schriften der Vereins für Sozialpolitik 152. Bd. I S. 80.

²⁾ Bücher, „Gutachten über das Gesamtgebiet der Schriftstellerfrage“, Schriften der Vereins für Sozialpolitik 152. Bd. I S. 467.

³⁾ Carbe, „Schriften des Vereins für Sozialpolitik“ 152. Bd. II S. 36.

⁴⁾ F. Trefz, „Schriften des Vereins für Sozialpolitik“ 152. Bd. II S. 139.

⁵⁾ Krüger, a. a. O., Heft 6 und 7 S. 46 ff.

deutschen Redakteure, in den übrigen Teilen Deutschlands wurden ähnliche Tarife vereinbart; der für Berlin gleicht in seinen nicht ganz vergleichbaren Ziffern dem Münchener sehr stark¹⁾.

Es erfolgte eine Einteilung in 3 Gruppen:

Klasse I, Schriftleiter, die für den Gesamtinhalt des redaktionellen Teils verantwortlich sind und neben denen mindestens 2 weitere Schriftleiter tätig sind, ferner solche, die an großen Zeitungen vom Verlag vorwiegend mit geistig hochstehenden, verantwortungsvollen und qualifizierten Redaktionsaufgaben betraut sind.

Klasse II, alle anderen Schriftleiter außer Hilfsschriftleitern.

Klasse III, Hilfsschriftleiter und festangestellte Berichterstatter, die nicht nach Zeilenhonorar bezahlt werden.

Nach § 1 sind die Tarifgehälter nur Mindestsätze, an den großen Münchener Zeitungen wurden während der Inflation 10% mehr gezahlt, weiter sind Arbeitszeit (48 Stunden) und Urlaub geregelt. Man kann schätzen, daß die Realgehälter der angestellten Schriftsteller $\frac{2}{5}$ — $\frac{1}{3}$ der Friedensbezüge betrugen und für Klasse I unter den Beamtengehältern der Gruppe XI lagen, 1920 waren sie besonders niedrig, dann sind sie ziemlich gleich geblieben, 1923 zeigt sich wieder die Geldentwertungsprämie. Da die Bezüge der freien Mitarbeiter sich ähnlich gestaltet haben, kann für alle Schriftsteller ein ähnlicher Entbehrungsfaktor wie für die übrigen geistigen Berufe angenommen werden.

Heute werden nach einer Umfrage des Landesverbands der bayerischen Presse etwa 150 von 300 Redakteuren 5—40% über die vertraglichen Sätze bezahlt, Klasse III dürfte nominal besser stehen, Klasse II ungefähr gleich wie 1914, Klasse I steht darunter.

Da die Redakteure als freier Beruf besonders gefährdet waren, gelang es schließlich aus Journalistenvereinen mit idealen und kulturellen Zwecken eine wirtschaftliche Berufsorganisation zu bilden; 1910²⁾ wurde der Reichsverband der deutschen Presse gegründet, seit 1919 widmet er sich gewerkschaftlicher Arbeit (Aschaffenburger Statut). Heute wird lebhaft ein Journalistengesetz, wie es Österreich schon seit 4 Jahren kennt, gefordert; seine drei Hauptziele sollen sein³⁾:

1. Sicherung des Redakteurs gegen Alter und Invalidität durch Beteiligung der Unternehmer an einer Pensionskasse.
2. Sicherung gegen Verkauf und Richtungsänderung einer Zeitung. Bei Kündigungsrecht jedes Teiles soll der Unternehmer verpflichtet sein, $\frac{1}{2}$ —1 Jahresgehalt über die Kündigungsfrist hinaus dem Redakteur zu zahlen.
3. Als Schiedsstellen für Streitigkeiten sollen paritätische Pressekammern mit einem Richter gebildet werden.

e) Bildende Künstler.

Über die bildenden Künstler sollen nur einige ganz allgemeine Bemerkungen gemacht werden. Da die Statistik versagt, bleibt nur die Enquete, 2 Versuche hierzu liegen vor für 1920 von Fritzsching⁴⁾, für 1922 von Hellwag⁵⁾, dem Leiter der wirtschaftlichen Verbände bildender Künstler, in den Untersuchungen des Vereins für Sozialpolitik. Beide gehen ziemlich auseinander.

Während bei der Schaffung des Kunstwerks, beim künstlerischen Schöpfungsakt das Gewinnstreben ausgeschaltet ist, untersteht das fertige Kunstwerk als Ware den Gesetzen

¹⁾ Die Papiermarkzahlen für 1920 bis Juli 1922 für Berlin bei Carbe, a. a. O., S. 54.

²⁾ Cajetan Freund, „Die Berufsvereine des deutschen Journalismus“, Schriften des Vereins für Sozialpolitik 152 Bd. II, S. 63 ff.

³⁾ C. Freund, a. a. O., S. 107 ff.

⁴⁾ Fritzsching, „Die wirtschaftliche Lage der bildenden Künstler seit Kriegsende“, Annalen des Deutschen Reichs 1921.

⁵⁾ F. Hellwag, „Die derzeitige Lage der bildenden Künstler“, Schriften des Vereins für Sozialpolitik 152. Band II, S. 143 ff.

des Marktes¹⁾. Die Nachfrager dafür sind in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung eine relativ kleine Gruppe von Kapitalisten, mit ihrem Gedeihen ist das Los der Künstler untrennbar verbunden. Da der Kunstgegenstand unverbrauchbar ist, so können große Handelsgewinne an schon einmal verkauften Werken erzielt werden. Als Künstler dürfen im volkswirtschaftlichen Sinn nur diejenigen angesehen werden, die vorwiegend von der Kunstausübung leben; daneben gibt es viele Luxuskünstler, die von eigenen Renten oder fremden Mäzenen erhalten werden. Die Gesamtzahl der Künstler kann nach dem Dreßler'schen Adressenhandbuch für 1913 auf ca. 8000, für 1918 auf 10 000 geschätzt werden.

Das Künstlereinkommen ist äußerst unsicher, es hängt — von den Prominenten abgesehen — ganz von der Kunstkonjunktur ab. Bestimmend sind die Zahl der Aufträge und die Höhe der Preise, individuell bestehen die stärksten Unterschiede.

Fritzsche²⁾ nimmt an, daß die Lage der Künstler 1920 und 1921 besser war wie die der meisten geistigen Arbeiter und Festbesoldeten. Die Preise seien 1920 zwar nur auf das 3—4fache vom Frieden gestiegen, dafür aber die Künstler 2—3 mal so stark beschäftigt gewesen. Kriegsgewinne, Steuerhinterziehung und Flucht in die Sachwerte werden als Gründe für die gute Konjunktur angegeben. Freilich hat dabei oft der Wille der Konsumenten den Geschmack der Produzenten verdorben³⁾.

Fritzsche's Bild ist wohl etwas zu günstig; Hellwag stellt schon für 1921 fest, daß in Düsseldorf und München doppelt soviel Künstler von den karitativen Künstlerverbänden unterstützt werden mußten, wie 1914. Nach Anfragen bei den Unterverbänden schätzte er, daß die Preise durchschnittlich 5—6 mal so hoch waren wie im Frieden (die Lebenshaltung war 1920 im Mittel auf das 10fache, 1921 auf das 14fache gestiegen). Maler, besonders Porträtmaler erzielten höhere, Graphiker geringere Einnahmen.

Schon 1922 und dann 1923 ließ die Konjunktur nach, heute stockt der Absatz für Einzelwerke beinahe ganz⁴⁾, dagegen werden von der Geschäftswelt größere Beträge für Reklame aufgewendet. Für die Preise hat man Anhaltspunkte an den Richtlinien der Verbände; da bei der stetigen Änderung des Geldwerts die Künstler selbst jeden Bewertungsmaßstab für ihre Arbeiten verlieren mußten, hat der Reichswirtschaftsverband der bildenden Künstler (1921 mit 5100 angeschlossenen Mitgliedern) im März 1922 und im Juli 1923⁵⁾ Richtpreise in Realmark aufgestellt, die auf Grund der damals tatsächlich gezahlten Preise für einen jungen, unbekannten Künstler gebildet sind. Diese Richtpreise sollten dann jeweils mit dem Reichsindex multipliziert werden. Sie stellen sich durchschnittlich auf $\frac{1}{3}$ der Friedenspreise, also ähnlich wie 1920 und 1921, dabei wurde von den Künstlern ständig geklagt, daß sie auch soviel nicht erreichen konnten. Deshalb wurden die Grundzahlen 1924 noch nicht erhöht⁴⁾.

Das wenige vorliegende Material läßt schließen, daß seit dem Aufhören der großen Kunstkonjunktur auch die Künstler sich der allgemeinen Entwicklung der freien Berufe eingereiht haben, heute stehen sie am schlechtesten unter ihnen.

Versuche, für die Bühnenkünstler Material zu gewinnen, sind gescheitert. Die Gagen sind sehr verschieden und werden von den Direktionen als Betriebsgeheimnisse — auch bei den Staatstheatern — angesehen, bei den Künstlerverbänden (Berufsgenossenschaft

¹⁾ Fritzsche, a. a. O., S. 138.

²⁾ Fritzsche, a. a. O., S. 151.

³⁾ Fritzsche, a. a. O., S. 178.

⁴⁾ „Kunst und Wirtschaft“, 1924 Nr. 4 und 6.

⁵⁾ „Kunst und Wirtschaft“, 1923 Nr. 12, Nr. 13. Einige Beispiele seien willkürlich aus den 86 Preisgruppen herausgegriffen:

I. Bildhauer: Porträtbüste lebensgroß, Herstellung des Gipsmodells 800 Realmark; Figuren lebensgroß 1700 Realmark.

II. Maler: Porträt 54:65 cm 130 Realmark; Aquarelle nicht unter 25 Realmark.

III. Illustratoren für eine Innenseite in Büchern und Zeitschriften 15 Realmark.

IV. Gebrauchsgraphiker: Schutzmarken, Warenzeichen 100—150 Realmark; Inserate für Tageszeitungen, ganze Seite 100 Realmark; Wertpapiere 100 Realmark.

deutscher Bühnengehöriger München) begegnete die Frage nach Zahlenmaterial einem mitleidigen Lächeln: „Ein Schauspieler sagt nicht, was er verdient, und wenn er etwas sagt, dann renommiert er nur“.

5. Das Einkommen aus Renten.

Die Kapitalrentner — ihre Zahl wird auf $\frac{1}{4}$ - $\frac{1}{2}$ Million geschätzt¹⁾ —, die ein arbeitsloses Einkommen aus Darlehenszinsen und Dividenden irgendwelcher Art bezogen, wie alle Berufstätigen der hier untersuchten Mittelstandsschichten, die ein solches Nebeneinkommen hatten, haben dies völlig verloren. Ein 4%iger Hundertmark-Pfandbrief brachte 1920 nach Abzug der 10% Kapitalertragsteuer noch 34, 1921: 27 Realpfennige Zins, von 1922 ab kann von einer Verzinsung überhaupt nicht mehr geredet werden. Da die Entwicklung für alle festverzinslichen Papiere die gleiche war, ist das Einkommen aus Renten 1920 auf 8,5%, 1921 auf 6,7% und dann auf 0 zurückgegangen, bei Darlehen, die wirklich eine 15%ige Aufwertung finden, wird es wieder 15% der Vorkriegszeit ausmachen. Die Dividenden haben sich nicht viel anders gestaltet, 400 und 500% Dividende stellten bei der Auszahlung oft nur mehr wenig Goldpfennige dar, ihre Weiterentwicklung hängt von dem Maße ab, in dem die Kapitalzusammenlegungen erfolgen werden.

Ein bedeutender Teil des deutschen Sparkapitals war in städtischem Grundbesitz angelegt, die Mieten stellen dabei teils nur eine Verzinsung, teils Verzinsung plus Grundrente dar. Der Hausbesitzer konnte den verschiedensten Berufsgruppen angehören, in vielen Fällen war er Rentner, auch sein Einkommen ist gänzlich verschwunden.

Der durchschnittliche Mietpreis für eine Wohnung von 100 \mathcal{M} monatlicher Friedensmiete betrug in München 1920/23 in Realmark mit verbessertem Index pro Monat (Tab.VII):

1920	14,82 = 14,82 %	1923 1. Hälfte	2,54 = 2,54 %
1921	12,34 = 12,34 %	1920/1923	8,50 = 8,50 %
1922	4,10 = 4,10 %		

Die Entwicklung in den übrigen deutschen Städten verlief ähnlich. Von diesen Mieten konnten selbstverständlich Reparaturen und Abgaben nicht gezahlt werden, auch heute ist die Verzinsung sehr gering, da mehr wie die Hälfte der Miete von Steuern und Abgaben verschlungen wird und viele Reparaturen nachzuholen sind. Eine Angleichung an die Friedenszeit steht wohl zu erwarten.

Nach dem Krieg gingen viele Effektenbesitzer zur Aktienspekulation, die 1923 zur Volksseuche wurde, über. Die Aktienindizes in Papier- und Goldmark²⁾ zeigen, daß sich die Papiermarkkurse nur unter starken Rückschlägen erhöhten, die Goldmarkkurse nicht allzu starken Schwankungen — mit Ausnahme der Zeit von Juli 1922 bis Mai 1923 — unterlagen.

Vorübergehendes Einkommen mußte nur zu oft mit einem Vermögensverlust bezahlt werden.

B. Vermögensverlust.

Die vorhergehenden Untersuchungen haben gezeigt, wiesehr das Einkommen aller Berufskreise des neuen Mittelstandes durch die Geldentwertung gemindert wurde; zu dieser Einkommensminderung tritt weiter ein fast völliger Vermögensverlust.

Diesen Vermögensverlust kann man nur für das gesamte deutsche Volk zu erfassen suchen; da eine Vermögensstatistik nach dem Beruf schon vor dem Krieg fehlte, ist darüber hinaus nicht festzustellen, wiesehr der neue Mittelstand und seine einzelnen Gruppen geschädigt wurden.

In erster Linie sind die festverzinslich angelegten Gelder verloren gegangen.

¹⁾ Schultze, a. a. O., S. 279. Die Berufsstatistik trennt Rentner und Pensionäre nicht.

²⁾ Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1923 S. 271.

Es bestanden festverzinsliche Anleihen in Deutschland in Millionen Mark¹⁾:

Zeit Ende	Anleihen			der höheren Selbstverwal- tungskörper	Pfandbriefe		
	des Reichs	der Bundes- staaten	der Ge- meinden		Landschaft- liche	der Hypothe- kenbanken	anderer Institute
1880	268	5 306	835	150	1 275	1 452	401
1900	2 396	10 987	3 430	520	2 715	6 362	866
1909 bzw. 1910	4 914	14 500	7 750	900	3 490	10 316	1 871

Dazu Industrieobligationen: 1880: 400, 1900: 2100, 1910: 3964 Millionen Mark.

Die Guthaben in den deutschen Sparkassen betrugen²⁾:

1910	16 700 Millionen M	1920	3 826 Millionen Realmark
1913	18 967 Millionen M	1921	2 578 Millionen Realmark

1910 war demnach eine Summe von ca. 48 Milliarden Schuldverschreibungen im Umlauf, davon nicht ganz 20 Milliarden öffentliche. Dazu kommen 16,7 Milliarden Sparkassenguthaben, die aber nicht voll gerechnet werden dürfen, da die Sparkassen ihrerseits einen Teil ihres Vermögens in Wertpapieren angelegt hatten (bei den preußischen Sparkassen 1910: 21,9 % der Gesamtanlage). Immerhin dürfte der Nominalwert der auf diese Weise festverzinslich angelegten Gelder 1910 ca. 60 Milliarden betragen haben, der Kurswert war etwas geringer.

Hierzu kommt 1909 ein in Aktienform mobil gemachtes Nominalkapital von 14,7 Milliarden Mark bei 5222 Gesellschaften, dessen Kurswert auf ca. 30 Milliarden geschätzt wurde. Weiter gehören hierher die Bankdepósitos, soweit sie Spargelder enthielten, die Genossenschaftseinlagen, das in Versicherungen angelegte Kapital und die von Privaten gewährten dinglichen und obligatorischen Spardarlehen aller Art.

Ein Teil der deutschen Effekten gehörte Ausländern, umgekehrt besaßen Deutsche weit größere Posten an ausländischen Effekten. Dieser Besitz wurde von Koch 1893 auf 12 Milliarden, von der Denkschrift des Reichsmarineamts 1905 eher ganz erheblich über als unter 16 Milliarden M bewertet, Helfferich schätzte die gesamte Auslandsanlage auf ca. 20 Milliarden (1914³⁾, der Mc. Kenna Bericht die Auslands Guthaben für 1914 auf 28 Milliarden M⁴⁾.

Die Wehrbeitragsstatistik (S. 10) hatte ein Kapitalvermögen von 88,1 Milliarden M erfaßt, die kleinen Vermögen sind darin nicht enthalten.

Zu dieser Kapitalanlage kamen während des Krieges noch die Zeichnungen auf die 1.—9. Kriegsanleihe im Gesamtbetrag von 96,17 Milliarden Mark. In welchem Grade hierin Neuersparnisse stecken, läßt sich schwer übersehen — sicher nicht zu viele, hat doch Helfferich die Ersparnisse des deutschen Volkes für den Frieden auf 8—8 1/2 Milliarden M jährlich geschätzt. Man hat es hier bereits mit Inflationsziffern zu tun, dann erfolgte z. B. bei den Sparkassen, öffentlichen und privaten Versicherungen usw. eine Änderung der Vermögensanlage im größten Stil.

Das gesamte festverzinslich angelegte deutsche Kapitalvermögen von weit über 60 Milliarden M ist jetzt soviel wie verloren, alte Pfandbriefe haben (anfangs August 1924) einen Kurswert von 3—5 %, sehr häufig wurden sie aber gegen neue in der Inflationszeit ausgegebene Pfandbriefe vertauscht, deren Wert noch viel geringer ist. Kriegsanleihe verkörpert 1 %, die übrigen Staatspapiere ca. 2—3 % des Nominalwertes. Die Sparkassen glauben nach dem geltenden Aufwertungsrecht höchstens 2—3 % der Friedenseinlagen ersetzen zu können⁵⁾. Vielfach sind die Wertpapiere und Guthaben schon in der Inflation zu noch niedrigerem Goldwert verkauft oder zurückgezogen worden.

¹⁾ J. Pfitzner, „Entwicklung der kommunalen Schulden in Deutschland“, Leipzig 1911 S. 36, vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1911, S. 313 und S. 370.

²⁾ „Die deutschen Sparkassen“, Zeitschrift des Preußischen Statistischen Landesamts 1923, S. 93 ff.

³⁾ Helfferich, a. a. O., S. 92.

⁴⁾ Die Sachverständigengutachten, a. a. O., S. 169.

⁵⁾ Ruthmann, „Auf dem Sparkassen- und Kommunalbeamtentag in Stuttgart am 25. August 1924“, Münchner Neueste Nachrichten Nr. 232.

Auch wer sein Geld in Aktien angelegt hatte oder es nach dem Krieg tat, hat ziemliche Verluste erlitten. Einmal ist öfters schon das Gesellschaftskapital geschädigt worden und muß deshalb (Banken) stärker zusammengelegt werden wie vor dem Krieg — das Gesamtkapital hat nicht mehr die 30 Milliarden \mathcal{M} Vorkriegswert —, dann sind aber in weit stärkerem Maß die Aktionäre betroffen, weil sich das reale Gesellschaftskapital in eine viel größere Anzahl von Anteilen teilt wie 1914, also verwässert ist. Es bestanden in Deutschland Aktiengesellschaften ¹⁾:

30. September 1909	5 222	Gesellschaften mit	14,7	Milliarden Mark Kapital
31. Dezember 1920	5 657	" "	29,0	" " "
31. Dezember 1921	6 636	" "	49,3	" " "
31. Dezember 1922	9 550	" "	103,7	" " "

Das Nominalkapital der deutschen Aktiengesellschaften hat sich also 1909–1922 versechsfacht, die Gesellschaften haben sich erst 1922 stärker vermehrt, dabei handelt es sich meist um kleinere Betriebe. 1923 brachte noch weit größere Kapitalerhöhungen.

Die Neuemissionen haben zumeist nur zerstörte Betriebsmittel ersetzt, selten den Substanzwert erhöht, bei ihnen wäre es denkbar gewesen, daß die alten Aktionäre die billigen Bezugsrechte ausüben konnten und durch eine verhältnismäßig geringe Aufzahlung ihren vollen Gesellschaftsanteil sich erhalten hätten. Statt dessen wurde das gesetzliche Bezugsrecht fast immer ausgeschlossen, nur ein Teil, $\frac{1}{2}$ – $\frac{1}{4}$ der neu auszugebenden Aktien, den bisherigen Aktionären angeboten, der Rest am Markt frei verwertet. Der dafür erlöste Gegenwert blieb weit unter dem Wert von 1000 oder mehr Goldmark, den der Käufer von Aktien im Frieden für sein Mitgliedschaftsrecht gegeben hatte, die Anteile der alten Aktionäre wurden zugunsten der neuen stark entwertet.

Die Kursentwicklung selbst zeigt ein nach Goldmark über Dollarindex berechneter Aktienindex ²⁾ (durchschnittlicher Jahreskurs 1913 = 100):

	Bergbau und Schwerindustrie	Verarbei- tende Industrie	Handel und Verkehr	insgesamt
1918	100,5	95,1	74,4	91,1
1919	27,9	29,0	26,3	28,2
1920	19,3	15,2	9,5	14,4
1921	22,2	21,2	9,1	17,9
1922	11,5	12,1	3,5	9,3

(1918–1922 durchschnittlicher Jahreskurs)

So ist also auch für die Aktienbesitzer ein beträchtlicher Vermögensverlust festzustellen, wie groß er ist, wird erst die Kursentwicklung nach den Kapitalzusammenlegungen zeigen können.

Die gesamte Auslandsanlage ist nach dem Sachverständigengutachten trotz der Kapitalflucht auf 6,75 Milliarden Goldmark zurückgegangen, die deutschen Sachverständigen halten diese Schätzung für zu hoch.

Anhaltspunkte, wie sich der Vermögensverlust auf die verschiedenen Volkskreise verteilt, hat man nur bei den Sparkassen und Kriegsanleihen; sicher ist, daß alle beruflichen und sozialen Schichten davon betroffen wurden.

Die 19 Milliarden \mathcal{M} Sparkassenguthaben von 1913 gehörten den unteren und Mittelklassen, von 22,7 Millionen Sparkonten in diesem Jahr entfielen auf ³⁾

Guthaben bis	600 \mathcal{M}	68,0 %	der Sparbücher
"	600–3 000 \mathcal{M}	25,1 %	" "
"	3 000–10 000 \mathcal{M}	6,0 %	" "
"	über 10 000 \mathcal{M}	0,9 %	" "

Staatsanleihen und Pfandbriefe waren ebenso im Besitz von kleinen und mittleren wie von großen Kapitalisten, in gleicher Weise ging die Kriegsanleihe in alle Teile des Volkes.

¹⁾ Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1921 S. 410, 1923 S. 395.

²⁾ Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1923, S. 271.

³⁾ „Die deutschen Sparkassen“, a. a. O., S. 88, dort die absoluten Zahlen.

Es trafen Millionen Mark auf Zeichnungen ¹⁾

	1.	2.	3.	4.	bei der 5. Kriegs-anleihe	6.	7.	8.	9.
bis 200 M	36	71	130	201	154	304	226	287	114
300— 2 000 M	698	1 591	2 141	1 993	1 365	1 996	1 346	1 763	742
2 100— 10 000 M	1 029	2 411	2 765	2 154	1 679	2 207	1 756	2 241	1 021
10 100—100 000 M	1 032	2 319	2 875	2 380	2 443	3 182	2 924	3 544	2 085
über 100 000 M	1 665	2 668	4 190	3 984	5 011	5 433	6 374	7 166	6 481
	4 460	9 060	12 101	10 712	10 652	13 122	12 626	15 001	10 443

Die Zeichnungen für die 1.--9. Kriegsanleihe betrugen

	Millionen Mark				
bis 200 M	300—2 000 M	2 100—10 000 M	10 100—100 000 M	über 100 000	
1 523	13 635	17 263	22 784	42 972	
1,6 %	14,2 %	15,9 %	23,7 %	44,6 %	

31,7 % des gezeichneten Kapitals entfielen auf die kleinen Zeichner bis 10 000 M.

Abschließend kann noch gesagt werden, daß der neue Mittelstand von diesem Vermögensverlust am stärksten betroffen wurde, da sein Besitz vorwiegend in Effekten und Guthaben angelegt war. Eine Anlage in Grund- und besonders Betriebsvermögen kam bei ihm seltener vor, andere Bevölkerungsschichten, die auch solches Vermögen besaßen, haben wenigstens diesen Teil ihres Besitzes behalten.

C. Konsumminderung.

Verringeretes Einkommen bedeutet in den meisten Fällen, sofern nicht eine früher vorhandene Spartätigkeit eingeschränkt wird oder eingeschränkt werden kann, eine verringerte Lebenshaltung. Es wäre interessant, weiter festzustellen, wie sich dabei die Lebenshaltung bei den verschiedenen Gruppen des neuen Mittelstandes verändert hat, auf welchen Konsumgebieten und in welchem Maße gespart wurde.

Dies könnte nur geschehen, wenn die Konsumenten direkt nach ihrem Verbrauch befragt würden, für die Zeit nach dem Krieg fehlen aber Wirtschaftsbudgets und Haushaltsrechnungen, sie konnten nicht aufgestellt werden, da der schwankende Geldwert die Jahresrechnungen erschwerte.

Daher können nur einige Zahlen aus der allgemeinen Konsumstatistik gegeben werden, die auf der Produktions-, Außenhandels- und Steuerstatistik beruhen. Diese Ziffern sind besonders bei der Fleischkonsumstatistik entsprechend skeptisch ²⁾ zu beurteilen, sie zeigen nur, wie der Gesamtkonsum im deutschen Volk zurückging, der Verwendungszweck ist nicht ersichtlich, jede Unterscheidung nach Alter, Geschlecht, Beruf u. Wohlstand unmöglich.

Es waren zum Verbrauch im Deutschen Reich für menschliche und tierische Ernährung und für gewerbliche Zwecke verfügbar (Ernteergebnisse nach Abzug der geschätzten Aussaat und der Ausfuhr unter Zusatz der Einfuhr, Mehl- und Malzmengen wurden auf Getreide umgerechnet):

	Verbrauch in kg auf den Kopf der Bevölkerung.					
	Roggen	Weizen	Gerste	Hafer	Kartoffeln	
1913/1914	153	95,8	108	128	700	
1921/1922	102	78,0	35	75	339	
1922/1923	91	47,6	30	58	575	
Durchschnitt 1893/1914	147	90,0	80	116	600	

Der Fleischverbrauch im Deutschen Reich ohne Berücksichtigung der Hausschlachtungen (Inlandserzeugung plus Einfuhr von Fleisch und Fettwaren minus Ausfuhr) betrug auf den Kopf der Bevölkerung:

1913	43,1 kg	1922	26,7 kg (—38,1 %)
------	---------	------	-------------------

In der Zeit vom Januar--September 1923 ging die aus den beschaupflichtigen Schlachtungen gewonnene Fleischmenge nochmals um 23,2 % gegenüber dem gleichen

¹⁾ Neu aufbereitet nach Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1919 S. 249.

²⁾ Žižek, „Grundriß der Statistik“, S. 417, dort die Fehlerquellen.

Zeitraum des Vorjahrs zurück, das erste Viertel 1924 zeigt eine starke Zunahme der Schlachtungen, doch bleiben sie noch weit hinter den Zahlen von 1913 zurück, besonders bei den Schweinen; weiter fehlen für 1924 Angaben über das Schlachtgewicht.

Der Jahresverbrauch von Auslandswaren im Wirtschaftsgebiet zum menschlichen Genuß und zur gewerblichen Weiterverarbeitung betrug pro Kopf der Bevölkerung kg:

	Baumwolle	Kaffee	Kakao Bohnen und Schalen	Reis	Südf Früchte	Tee
1906—1910 durchschnittlich	6,64	2,99	0,57	2,38	3,15	0,06
1913	7,23	2,44	0,77	2,49	4,44	0,06
1920	2,67	0,66	0,74	2,07	1,30	0,03
1921 Mai—Dezember	3,84	1,23	1,24	3,30	0,95	0,07
1922	4,25	0,59	1,36	1,64	0,85	0,05

Der Verbrauch von Bier, Wein, Branntwein und Tabak ergab pro Kopf der Bevölkerung¹⁾:

	Bier	Wein in l	Branntwein	Rohtabak in kg
1913	102	—	5,4	1,54
1920	37	4,28	2,1	1,52
1921	54	5,16	4,1	1,89

Der Konsum des deutschen Volkes ist demnach in stärkstem Maß zurückgegangen, bei Brotgetreide auf ca. $\frac{2}{3}$, bei Fleisch auf $\frac{1}{2}$ vom Friedensverbrauch, besonders betroffen ist der Luxuskonsum, von Kaffee, Südf Früchten und Bier, der Tabak- und Kakaoverbrauch (Schokolade) sind dagegen gestiegen. Für das schlimmste Jahr 1923 fehlt noch Material.

Diese bedeutende Verbrauchsminderung des deutschen Volkes ist nur denkbar, wenn die weiten unteren und mittleren Schichten daran beteiligt waren und wenn ferner in größtem Maß zu einer einfacheren Lebenshaltung übergegangen wurde, für die weniger Rohstoffe nötig waren, also mehr Brot und Kartoffeln gegessen, austatt verfüttert und dann als Fleisch genossen wurden. Weiter sind gerade beim Luxuskonsum die Qualitäten, die zur Bedarfsdeckung verwendet wurden, schlechter gewesen (z. B. niedrigere Stammwürze, billigere Tabake).

Da das Einkommen des neuen Mittelstands so stark zurückgegangen ist, so muß er an dieser Konsumeinschränkung besonders beteiligt sein, in welcher Weise kann nur vermutet werden. Sicher hat das Engel'sche Gesetz gegolten: je weniger Einkommen eine Familie hat, um so höher ist der Anteil, den sie von der Gesamtausgabe für die Beschaffung von Nahrungsmitteln verwenden muß. Es trafen nach der Reichshaushaltserhebung von 1907 von den Gesamtausgaben²⁾

bei 34 Familien mit	4 000—5 000 M	Einkommen 32 % auf Ernährung
bei 141 „ „	3 000—4 000 M	„ 36 % „ „
bei 293 „ „	2 000—3 000 M	„ 45 % „ „
bei 418 „ „	weniger wie 2 000 M	„ 52 % „ „

So wird der Ernährungsanteil mit dem Sinken des Einkommens entsprechend gestiegen sein, für Kulturbedürfnisse über Nahrung, Kleidung, Wohnung und Heizung hinaus werden weniger Mittel aufgewendet worden sein (1907 Kulturbedürfnisse bei den obigen Gruppen 30, 27, 19 und 14 % der Ausgaben). Innerhalb der verschiedenen Bedarfsgruppen sind schlechtere Qualitäten gekauft worden; um wenigstens die notwendigsten Kulturbedürfnisse zu befriedigen, besonders eine gute Kindererziehung zu gewährleisten, sind wohl Existenzbedürfnisse noch weiter eingeschränkt worden.

Diese Vermutungen werden durch eine Haushaltsrechnung, die für einen höheren Beamten wissenschaftlich verarbeitet wurde³⁾, bestätigt. Das Wirtschaftsbuch wurde 1911—1921 geführt, der Haushalt bestand aus 5 Personen, Mann, Frau und 3 Kindern, ferner 1—2 Dienstmädchen, das Vorkriegseinkommen von 8000 M war 1921 auf das Vier-

¹⁾ Die Zahlen aller Verbrauchsstatistiken sind den amtlichen Berechnungen entnommen: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1921 S. 312 ff., 1923 S. 312 ff., „Deutschlands Wirtschaft, Währung und Finanzen, anfangs 1924“, herausgegeben vom Statistischen Reichsamt S. 11 f., dort die absoluten Zahlen.

²⁾ 2. Sonderheft des Reichsarbeitsblattes, S. 35.

³⁾ E. Simon, „Der Haushalt eines höheren Beamten“, Conrad's Jahrbücher 119. Bd. 1923, S. 425 ff.

fache gestiegen; die Ziffern sind nicht ganz vergleichbar, da die Kinder inzwischen heran- gewachsen und zur Ausbildung gekommen sind.

Es trafen % der Gesamtausgaben auf folgende Gruppen:

	Ernährung	Kleidung	Miete	Heizung und Beleuchtung	Dienst- boten	Bildung und Erziehung	Ver- gnügen
Durchschnitt 1911/1913	32,2	9,8	14,7	3,9	6,6	1,0	3,6
1920	42,3	13,1	5,0	6,2	2,3	4,3	1,6
1921	41,9	14,2	4,5	5,1	2,3	3,1	2,2

Auf die übrigen Bedürfnisse entfielen 1911/1913: 28,2, 1920: 25,2, 1921: 26,7 %. Der schwankende Geldwert wird besonders für 1921 viele Fehler bedingt haben, der gleiche Anzug im Januar oder Dezember gekauft, stellt wegen des Preisunterschieds eine verschiedene Quote der Ausgaben dar.

Um annähernd richtig urteilen zu können, wäre eine Reihe solcher Haushaltsrechnungen nötig, weitere konnten in der Literatur aber nicht aufgefunden werden.

III. Abschnitt. Mittelstandspolitik.

Die Not des neuen Mittelstandes verlangte dringend nach Linderung und Abhilfe, dies konnte nur durch eine großzügige Sozialpolitik geschehen. Es lag dabei nahe zuerst beim Staat Schutz und Heil zu suchen, war doch aus der staatlichen Arbeitersozialpolitik der Friedenszeit während des Krieges eine großzügige Volkssozialpolitik geworden, die alle Geschädigten zu stützen suchte und ein wichtiges Kriegsmittel darstellte ¹⁾. Die überspannte Arbeitersozialpolitik, die die Revolution brachte, drängte den neuen Mittelstand erst recht dazu, auch seinerseits vom Staat Hilfe zu verlangen.

Bei der Staatsleitung fehlte aber das Können und zuweilen auch das Wollen; es standen stets zu geringe Mittel zur Verfügung; 1923 konnten die öffentlichen Ausgaben überhaupt nur mehr durch die Notenpresse gedeckt werden. Dann mußte die sozialdemokratische Partei, solange sie politisch maßgebend war, selbstverständlich gegen eine Mittelstandssozialpolitik auftreten, soweit sie die gegenwärtige Gesellschaftsordnung erhalten sollte.

Die Flut von Gesetzen und Verordnungen, die 1918 bis 1924 erging, betraf zwar oft auch den neuen Mittelstand. Die neuen Normen haben meist mehr gehemmt wie genützt, soweit sie für einzelne seiner Berufsgruppen sozialpolitisch wichtig waren — Besoldungsordnungen, Gebührenerhöhungen, staatliche Schiedstätigkeit in Arbeitsstreitigkeiten —, wurden sie bereits im Abschnitt über die Einkommensminderung erwähnt, hier sollen nur die Kleinrentnerfürsorge und die Aufwertungsgesetzgebung kurz behandelt werden.

Weiter wurde durch das neue Koalitions- und Arbeitsrecht der Weg zur Selbsthilfe erleichtert, sie mußte zumeist die Staatshilfe ersetzen und wurde von viel größerer Bedeutung wie diese. Ihre wichtigsten Hilfsmittel stehen unter dem Einfluß der Zeitideen, sie sind der Gewerkschaftsgedanke und der Tarifvertrag.

A. Selbsthilfe.

1. Berufsverbände.

Vor dem Krieg waren die Berufsverbände der Beamten, Angestellten und freien Berufe hauptsächlich Standesvereine, Berufs-, Bildungs- und Unterstützungsaufgaben (Kranken- und Sterbekassen) zu erfüllen waren ihre Ziele; wirtschaftliche Zwecke wurden nur nebenbei verfolgt, der gewerkschaftliche Gedanke war in den unteren Angestelltenschichten schwach vertreten, sonst fehlte er völlig. Ein paar Beispiele hierfür seien willkürlich herausgegriffen. Die Beamtenvereine begnügten sich mit devoten Eingaben an die Regierung um Gehalts-

¹⁾ Zahn, „Deutsche Sozialpolitik und der Krieg“, Annalen des Deutschen Reichs 1916, S. 1 ff., S. 169, S. 449 ff. Die besondere Mittelstandspolitik S. 253—272.

erhöhungen, auf der 11. Hauptversammlung des deutschen Bankbeamtenvereins, der gegenwärtig größten Bankbeamtenorganisation; vom 8. Juni 1913 in Hamburg drehte sich die Diskussion in Wirtschaftsfragen einzig um Pensions- und Sterbekassen, Warburg sprach als Vertreter der Unternehmer in patriarchalischem Sinn auf der Tagung; zum erstenmal wurde eine Bildungsbeihilfe von 3000 Mark, die die Unternehmer bisher gewährt hatten, abgelehnt. 1918 wurde es von den Leitern dieses Vereins lebhaft gerühmt, daß ihre Eingaben nicht mehr von allen Unternehmern zurückgewiesen wurden¹⁾. Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband, der größte Einzelverband der Angestelltenschaft, hat vor dem Krieg den Tarifvertrag nicht angenommen²⁾, wurde doch der Organisationsgedanke von den Angestellten als „unvornehm“ abgelehnt. Unter den Akademikern endlich hat der Verband deutscher Diplomingenieure noch 1920 sich für den individuellen Arbeitsvertrag ausgesprochen und alle gewerkschaftlichen Mittel ausgeschlossen.

Nach dem Krieg ist das Bild wie verwandelt, selbstbewußt wird überall die volle Gleichberechtigung mit den Unternehmern verlangt, die zersplitterten Verbände schließen sich zu starken Gruppen zusammen, die gewerkschaftliche Arbeit leisten.

In Arbeitnehmerorganisationen waren organisiert³⁾:

1922	1 683 486	Angestellte	1 388 663	Beamte
1923	1 691 088	Angestellte	1 938 167	Beamte
			Angestellte	Beamte
Davon 1923	freigewerkschaftlich	643 320		354 274
1923	christlich national	459 576		390 478
1923	freiheitlich national	300 557		147 000
1923	in selbständigen Verbänden	221 199		1 040 496

An Verbänden der freien Berufe wurden 1923: 162 gezählt. Ihre Mitglieder gehören oft verschiedenen Verbänden zugleich an, deshalb wurden keine Mitgliederzahlen gegeben⁴⁾.

Vergleicht man diese Ziffern mit denen der Berufsstatistik (S. 4, 7, 24, 27), so dürften die meisten Angestellten und Beamten gewerkschaftlich organisiert sein.

2. Tarifverträge.

Die Gewerkschaft brachte als zweites Selbsthilfemittel gegen die zunehmende Not den Tarifvertrag, die kollektive Arbeitsregelung, nachdem durch die Verordnung vom 23. Dezember 1918 die gesetzliche Regelung hierfür erfolgt war. 1919 entstehen überall Orts- und Bezirkstarife für Angestellte, 1920 werden sie durch Reichstarife, die größtenteils allgemein verbindlich erklärt wurden, ergänzt. Die Koalitionsfreiheit für Beamte brachte weiter den Tarifverträgen verwandte Vereinbarungen der Regierung mit den Beamtenverbänden mit sich.

Vor dem Kriege gab es außer einigen auf kleine Kreise berechneten Tarifverträgen zwischen sozialistischen Konsumvereinen und freigewerkschaftlichen Angestelltenorganisationen keine Angestelltentarife und keine Angestelltentarifs Idee, der Arbeitsvertrag war rein individuell nach den Vorschriften und Sicherungen des BGB, HGB. und der GO. Die Inflationszeit brachte bis in die gehobenen Angestelltenschichten den Kollektivvertrag, es wäre auch undenkbar gewesen, daß bei den monatlichen und schließlich wöchentlichen Gehaltsänderungen Millionen von Individualverträgen ständig erneuert worden wären.

Es bestanden Angestelltentarife⁵⁾:

	Verträge	Betriebe	Beschäftigte Personen
1920	1272	70 958	931 387
1921	1481	145 487	1 811 300
1922	1464	172 200	1 930 754

¹⁾ Deutsche Bankbeamtenzeitung vom 15. Juli 1918.

²⁾ Der Tarifvertrag der Kaufmannsgehilfen, a. a. O., S. 5 ff.

³⁾ Reichsarbeitsblatt 1924 Nr. 1/2.

⁴⁾ Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1923 S. 488.

⁵⁾ Für diese und die folgenden Statistiken: 27. Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt, Zahlen für 1922 nach dem Reichsarbeitsblatt für 1924 Nr. 10, S. 238 ff.

Dabei arbeiteten 1920: 78,1, 1921: 83,1, 1922: 86,3 % der beschäftigten Angestellten nach Reichs- oder Bezirkstarifen.

Von den tarifgebundenen Angestellten gehörten 1922 den beiden größten Gruppen an:

Gruppe Handelsgewerbe XIX 423 115
 Gruppe Sonstige Gewerbe XXIV, besonders Reichs- und Staatsangestelltentarife . . . 652 443

Die Arbeitszeit war 1922 im Handelsgewerbe für 219 944 Angestellte 48 Stunden, für 159 896 Angestellte 45—46 Stunden pro Woche, im Versicherungsgewerbe für sämtliche Angestellte 42—45 Stunden.

Eine Urlaubsregelung fand sich 1922 in 89,9 % der Verträge, für 93,3 % der Beschäftigten.

Dabei galt unter 100 der tariflich Beschäftigten:

Ein Mindesturlaub	1920	1921	1922	Ein Höchsturlaub	1920	1921	1922
von 3—6 Tagen für	66,2	71,6	72,9	von 12—18 Tagen für	44,1	49,9	53,6
über 6 Tage für	33,7	26,9	26,4	über 18 Tage für	51,1	45,5	42,4

Ein Benutzungszwang für Arbeitsnachweise bestand 1922 für 6,4 % der Verträge mit 12,5 % der Angestellten. Aus der allgemeinen Tarifstatistik läßt sich weiter ersehen, daß etwa 95 % aller Verträge durch friedliche Vereinbarung zustande kamen, zumeist Schiedsorgane eingesetzt und oft kürzere Kündigungsfristen für die Lohnverhältnisse eingegangen wurden.

Wie sich 1923 und 1924 die Tarifbewegung weiter entwickelt hat, läßt sich nicht übersehen, 1923 wird sie zu-, 1924 etwas abgenommen haben; nach den allgemeinen verbindlich erklärten Verträgen geschätzt, kann der Rückgang nicht stark gewesen sein. (Ende September 1923 waren 651, Ende März 1924: 591 Angestelltentarife allgemein verbindlich.)

1921 hat sich die Zahl der Angestellten, die nach Tarif arbeiten, verdoppelt, 1922 sind hauptsächlich in Kleinbetrieben Beschäftigte hinzugekommen, seit dieser Zeit arbeiten die meisten Angestellten nach Kollektivverträgen (die Tarifstatistik rechnet zu den Angestellten auch die Verkäufer). Die Besserung der Gehälter seit 1921 dürfte in erster Linie hierauf zurückzuführen sein. Die Arbeitszeitstatistik wird heute ein anderes Bild zeigen, in der Urlaubsstatistik machen sich die unteren Angestellten stark bemerkbar, beträgt doch der Mindesturlaub nur bei einem Drittel mehr wie 6 Tage, dagegen der Höchsturlaub bei $\frac{2}{5}$ über 3 Wochen.

Die starken Unterschiede, die in den Angestelltentarifen nach Alter, Vorbildung und Leistung gemacht werden, sind aus den im II. Abschnitt wiedergegebenen Beispielen ersichtlich; gerade für die höheren Angestellten hat der Gesamtvertrag vielfach neues vertragsmäßiges Arbeitsrecht über Urheberrechte, Angestelltenenerfindungen, das Wettbewerbsverbot usw. geschaffen.

B. Staatshilfe.

1. Kleinrentnerfürsorge.

Als 1919 die Teuerung aller Bedarfsartikel begann, mußten die Vielen, die von einem kleinen ersparten Vermögen lebten, das vielleicht 1000—2000 \mathcal{M} Zinsen ergab, dieses selbst angreifen, Papiere, die wie Kriegsanleihen meist nur auf $\frac{2}{3}$ des Nominalwerts standen und Wertsachen veräußern. Die immer rascher hereinbrechende Teuerung zerstörte schnell das gesamte Vermögen. Nebeneinnahmen waren für die meist alten und erwerbsunfähigen Leute schwer möglich, höchstens durch Vermieten von ein paar Zimmern, nahe Angehörige fehlten oft oder waren nicht leistungsfähig. So stand eine weite Bevölkerungsschicht von ca. $\frac{1}{4}$ — $\frac{1}{2}$ Million¹⁾ tüchtiger Menschen vor dem Verhungern.

So bezogen nach einer Interessentenstatistik vom Herbst 1922 von den 5 500 eingeschriebenen Mitgliedern des deutschen Rentnerbundes in Hannover²⁾ 4 000 weniger als 6 000 \mathcal{M} = ca. 63 Realmark, 3 400 weniger als 3 000 \mathcal{M} = ca. 31,5 Realmark Jahreseinkommen, die Mitglieder waren zwischen 55 und 90 Jahren, über die Hälfte mehr als

¹⁾ Schultze, a. a. O., S. 276.

²⁾ Schultze, a. a. O., S. 279, dort die nähere Nachweisung.

65 Jahre alt, beruflich setzten sie sich meist aus Kaufleuten, Handwerkern, Angestellten, Arzt- und Anwaltswitwen und vielen unverheirateten Damen zusammen, die Frauen überwogen. In andern Städten waren die Verhältnisse ähnlich.

Wird Armut gewöhnlich als verschuldet angesehen — der Arme gilt als unwirtschaftlich im Erwerb oder Konsum —, so traf sie hier gerade Menschen, die durch besondere Wirtschaftlichkeit, durch hartes Sparen alles getan hatten, um nicht auf fremde Hilfe angewiesen zu sein. Für diese neue Armut mußte auch eine neue soziale Fürsorge (um eine solche, nicht um Sozialpolitik handelte es sich hier) geschaffen werden, man konnte diese Mittelstandsschichten nicht der Armenpflege überlassen.

Das Reich ging nur zögernd an eine Kleinrentnerunterstützung, die zuerst als Darlehenshilfe, dann als Rentenhilfe geschaffen wurde. Während das Notstandsmaßnahmengesetz vom 7. Dezember 1921 den Sozialrentnern ein kleines Mindesteinkommen garantierte, wurde für Kleinrentner nur 1 Milliarde = etwa 21 Goldmillionen zu einer Hilfsaktion zur Verfügung gestellt. Länder und Gemeinden sollten sich an ihr beteiligen, Richtlinien wurden dafür erlassen.

Die großen Städte richteten eine Kapitalkleinrentnerfürsorge ein, so München ab 1. Juli 1922 durch Satzung vom 8. August 1922¹⁾. Der Kleinrentnerbegriff wurde wie später im Reichsgesetz bestimmt, allen Kleinrentnern unverzinsliche Darlehen gewährt, sie sollten so hoch sein, daß das Mindesteinkommen der Sozialrentner nach dem Gesetz vom 7. Dezember 1921 erreicht würde. Die Heimzahlung sollte in der Regel nach dem Tode erfolgen (mit gewissen Einschränkungen), das Vermögen inzwischen sichergestellt werden. Die Höchstsätze betrugen im Monatsdurchschnitt Juli—Dezember 1922 in München 5,32 Realmark (Tabelle VIII).

In den kleineren Städten und auf dem flachen Land geschah wenig, oft nichts, der sozialpolitische Apparat versagte²⁾, erst als die Not die Vermögen völlig zerstört hatte, trat an Stelle der freien gemeindlichen Darlehenshilfe die gesetzliche Rentenunterstützung durch das Reichsgesetz vom 4. Februar 1923, das am 1. Februar 1923 in Kraft trat³⁾. Sein Hauptinhalt ist:

1. Die Gemeinden sind verpflichtet Kleinrentner und ihnen Gleichgestellte zu unterstützen, die Kosten werden zu $\frac{4}{5}$ vom Reich ersetzt und Vorschüsse hierzu an die Länder gegeben.
2. Unterstützungsberechtigt sind Personen, die zugleich a) bedürftig, b) alt oder erwerbsunfähig, und c) durch die Geldentwertung in Not gekommen sind. Bedürftigkeit und Geldentwertung müssen im Kausalzusammenhang stehen, es sollen nicht Armenlasten auf das Reich übergewälzt werden.

So stehen den eigentlichen Kleinrentnern gleich Personen, die im Haushalt tätig waren, geistige Arbeiter, Gebrechliche, die ihren Lebensunterhalt nicht durch Arbeit erwerben können, immer vorausgesetzt, daß sie ohne Geldentwertung nicht auf die öffentliche Fürsorge angewiesen wären.

Nicht berechtigt sind Personen, die a) eine gleichwertige Unterstützung auf Grund Gesetzes erhalten, b) ihre Not selbstverschuldet haben.

3. Die Fürsorge erstreckt sich auch auf erwerbsunfähige, fürsorgeberechtigte Angehörige.

4. Sie wird nach Art und Umfang der Sozialrentnerfürsorge durchgeführt, es gilt das Wohnsitzprinzip.

So wurde durch das Gesetz aus der Kapitalkleinrentnerhilfe wohl keine allgemeine Volksfürsorge aber eine Kriegsfolgenhilfe. Dies zeigen auch die Ausführungsbestimmungen⁴⁾.

¹⁾ Anweisung an die Münchener Wohlfahrtsämter aus den Akten des Wohlfahrtsamts München X.

²⁾ Schultze, a. a. O., S. 284.

³⁾ RGBl. 1923 I, S. 104.

⁴⁾ Reichsarbeitsblatt 1923, S. 157 und 316.

Neben Geldunterstützung soll Sachunterstützung gewährt werden, die Bedürftigkeit ist weitherzig zu prüfen, Vermögenserträge sollen angerechnet, das Stammvermögen aber nicht herangezogen werden. Eine Erstattungspflicht nach dem Tod besteht nur soweit der vermögenssteuerfreie Betrag überschritten wird. Unterstützungspflichtige sollen nur herangezogen werden soweit eine Rechtspflicht nach BGB. besteht, Durchführung, Verteilung und Verrechnung sind Landessache. Praktisch bedeutungsvoll war, daß man die Leute nicht zwang in der Inflationszeit niedrig bewertete Häuser zu verkaufen oder die wertlosen Pfandbriefe zu veräußern.

Die Höhe der Unterstützungen richtete sich wie angegeben nach dem Mindesteinkommen für Sozialrentner, die Höchstsätze betrugen im ganzen Reich

Januar—November 1923 11,73 Realmark

Dezember 1923—März 1924 20,40 Realmark

durchschnittlich pro Monat. Dazu kamen noch Naturalunterstützungen. Da die Bezüge für 1923 mit dem Monatsindex umgerechnet wurden und die Auszahlung oft recht spät erfolgte, wurde der Realwert der in einem bestimmten Fall in München ausgezahlten Bezüge nach den Zahlterminen nochmals berechnet. Er betrug im Monatsdurchschnitt in der Zeit vom 31. Januar bis 24. September 1923: 11,15 Realmark, die Abweichung ist also nur gering. In München wurden zumeist die Höchstsätze verteilt.

Die Zahl der unterstützten Kleinrentner betrug in München im August 1923: 3 200, im Januar 1924: 7 057, ca. 1 % der Bevölkerung.

In den kleinen Städten und auf dem flachen Land wurde das Gesetz ganz anders durchgeführt, die Sätze waren bedeutend niedriger und betrugen z. B. vom Oktober 1923 bis Februar 1924 in der Stadt Nördlingen 6,40, im Bezirksamt Nördlingen 5,25 Realmark im Durchschnitt pro Monat¹⁾. Die Gemeinden erklärten sich meist außerstande das auf sie treffende $\frac{1}{5}$ der Kosten zu tragen und suchten oft alle ihre Armen vom Reich als Kleinrentner unterstützen zu lassen, die Armenlast überzuwälzen. So hatte das Bezirksamt Nördlingen als reiner Landbezirk annähernd den gleichen Prozentsatz Kleinrentner wie München, die Stadt Nördlingen eine 3 mal so große Quote. Um aber möglichst Vielen mit den zugewiesenen Mitteln helfen zu können, wurde praktisch meist nur die Hälfte der Höchstsätze bewilligt. Der Geldgeber, das Reichsarbeitsministerium war ja so weit weg.

Der Erfolg des Kleinrentnergesetzes ist nicht allzu hoch zu werten, bis zur Stabilisierung waren die Renten sehr niedrig, auch dann sind sie mit 15—20 % noch unzureichend. Zum Vergleich sei angegeben, daß die Mindestunterstützungen für Kriegersfrauen 1915—1918: 15 %, für Kinder 7,50 % ausmachten, durch Zuschläge der Städte und Arbeitgeber wurden sie oft mehr wie verdoppelt²⁾. Die Armenpflege, die nach dem bayerischen Armenrecht den Notbedarf zu leisten hat, gewährte meist höhere Beihilfen.

Durch die Fürsorgeverordnung vom 13. Februar 1924³⁾ wurde das Kleinrentnergesetz ab 1. April 1924 aufgehoben, die Fürsorge geht an die Bezirksfürsorgeverbände über (in Bayern Bezirke und kreisunmittelbare Städte), die die Lasten zu tragen haben, die nähere Regelung erfolgt durch die Landesgesetzgebung, die bisherigen Vorschriften über Voraussetzung, Art und Maß der Fürsorge gelten bis dahin weiter. Damit hat die Abwälzung der Armen auf die Kleinrentnerfürsorge aufgehört.

2. Aufwertungsrecht

Durch die Inflation wurden alle Vermögensanlagen, die Forderungsrechte auf eine bestimmte Geldsumme begründeten, zerstört, die Heimzahlung der Darlehen war sinnlos, zumeist schon aus Mangel an entsprechenden kleinen Scheinen unmöglich geworden. Nach-

¹⁾ Nach den Akten des Bezirksamts und der Stadt Nördlingen.

²⁾ Zahn, „Deutsche Sozialpolitik und der Krieg“, S. 174 ff.

³⁾ RGBl. 1924 I, S. 12.

dem eine Reichsgerichtsentscheidung vom 28. November 1923 eine angemessene Aufwertung nach Treu und Glauben als Pflicht des Schuldners erklärt hatte, wurde das Aufwertungsrecht zur Vermeidung unzähliger Prozesse in der 3. Steuernotverordnung v. 14. Februar 1924¹⁾ gesetzlich geregelt. Nach § 1 sind Ansprüche, die die Zahlung einer bestimmten, auf Reichsmark lautenden Geldsumme zum Gegenstand haben, dann aufzuwerten, wenn es sich um eine Vermögensanlage handelt, die durch den Währungsverfall entwertet wurde. Der Begriff der Vermögensanlage ist durch Enumeration dargelegt. Die Aufwertung soll 15 vom Hundert des Goldmarkbetrages der Schuld ausmachen, unter Umständen weniger (§ 2), das Kapital soll nicht vor dem 1. Januar 1932 fällig werden, die Verzinsung 1925: 2 % betragen und allmählich den Friedenssatz wieder erreichen (§ 5). Ansprüche aus Pfandbriefen und ähnlichen Schuldverschreibungen, Sparkassenguthaben und Versicherungsverträgen werden aus der Teilungsmasse befriedigt, die das aufgewertete Deckungsvermögen dieser Anstalten ergibt (§ 6–8). Öffentliche Anleihen (auch der Gemeinden) sind bis zur Erledigung sämtlicher Reparationslasten weder zu verzinsen noch zu tilgen, umgekehrt braucht ihre Heimzahlung in Papiermark nicht als Erfüllung angenommen zu werden (§ 16). Die Rechtsgültigkeit der 3. Steuernotverordnung wurde von der 21. Zivilkammer des Landesgerichts Berlin I bezweifelt, vom Reichsgericht bestätigt.

Praktisch bedeutet dieses geltende Aufwertungsrecht, daß nur noch die wenigen bestehenden Darlehensforderungen aufzuwerten sind — die getilgten unterliegen einer entsprechenden Besteuerung —, dann, daß die Aufwertungsquote bei Sparkassen, Pfandbriefen und Versicherungen bedeutend niedriger werden muß wie 15 %. Die verpflichteten Institute hatten ja nur für eine Deckung in Papiermark zu sorgen, heimgezahlte Goldmarkforderungen wurden von ihnen als entwertete Papiermarkdarlehen neu ausgeliehen. Ein sicheres Urteil, welche Ergebnisse die Liquidation bringen wird, kann heute wohl niemand abgeben²⁾. Endlich stellt das aufgewertete Kapital wegen der niedrigen Verzinsungen zunächst noch einen kleineren Gegenwartswert dar.

Die Aufwertungsfrage ist für den deutschen Mittelstand von größter sozialpolitischer Bedeutung, ihre gegenwärtige Lösung aber wirklich keine sozialpolitische Tat. Ob sie endgültig sein wird, ist sehr fraglich, eine Änderung recht schwer, da gegenwärtig die Wirtschaft keine höhere Belastung zu vertragen glaubt; wird sie aber aufgeschoben, so leidet einmal der gegenwärtige Kredit, ferner kommen die Papiere immer mehr aus den Händen der Sparer in die der Spekulanten und dann verliert die sozialpolitische Maßnahme ihren Sinn.

IV. Abschnitt.

Ursachen und Bedeutung der Verelendung des Mittelstandes.

Nach den vorbergehenden Untersuchungen kann abschließend festgestellt werden:

1. Während der Inflation haben mittlere Angestellte und Beamte etwa die Hälfte, höhere Beamte und Angestellte und freie Berufe $\frac{2}{3}$ ihres Vorkriegseinkommens verloren.
2. Daneben ist die gesamte festverzinsliche Vermögensanlage dieser Kreise wie des gesamten deutschen Volkes und damit das Renteneinkommen verloren gegangen.

Aus der Not dieser Tage heraus ist dem Mittelstand vielfach das Todesurteil gesprochen worden, so von Kessler auf dem evangelisch sozialen Kongreß in Iserlohn. Er meinte damals, nicht bloß der Mittelstand sei proletarisiert, umgekehrt sei auch das Proletariat zum Mittelstand geworden, so wie nach 1648 die alte bürgerliche Kultur durch eine neue höfische

¹⁾ RGBl. 1924 I, S. 74.

²⁾ Rechenschaftsbericht der Bayer. Hypothek- und Wechselbank für 1923 vom 26. Juli 1924.

abgelöst wurde, würden heute wieder die Kulturträger wechseln¹⁾. Auf der Eisenacher Tagung des Vereins für Sozialpolitik herrschte eine ähnliche Stimmung.

Die Wirklichkeit hat den Pessimisten Unrecht gegeben. Die Einkommensminderung ist wie gezeigt heute zum großen Teil ausgeglichen, nur der Vermögensverlust ist in seiner ganzen Schwere bestehen geblieben.

A. Ursachen der Einkommensverelendung.

Daß die allgemeinen Gründe der Einkommens- und Vermögensverelendung des neuen Mittelstandes in der Inflation zu suchen sind, ist selbstverständlich, es ergibt sich aber die weitere Frage, warum gerade das Einkommen der mehr geistig Arbeitenden so ausnehmend stark beeinflußt wurde. Die besonderen Ursachen hierfür festzustellen soll noch kurz versucht werden.

Für eine theoretische Erklärung ist zunächst grundlegend, daß man es während der ganzen Inflationszeit mit einer typischen Preisbildung auf einem ungeordneten Markte zu tun hatte. Schon unter normalen Verhältnissen ist die Preisbildung am Warenmarkte stark vom Herkommen abhängig. Der Preis von heute schließt immer an den Preis von gestern an. Der Markt braucht die Hilfe der überlieferten Preise um den Verkehr zu regeln, und eine überraschende Änderung für eine geringe Zahl von Werten bewirkt bereits schwere Erschütterungen. Die ständigen rasch folgenden Preisänderungen von 1919—1923 haben nun diese herkömmlichen Preisrelationen völlig verändert. Zuerst die Zwangswirtschaft, dann die zunehmende Sachwertflucht führten zu einer Nachfragepanik nach Waren jeder Art, Notpreise weit über den Punkt, der der Marktlage entsprach, wurden bewilligt. Das Grenzesetz verlor auf dem ungeordneten Markt seine Wirkung²⁾. Juristisch wurde deshalb auch die ganze Zeit über von einer Notmarktlage gesprochen.

Die Preisbildung auf dem Warenmarkt mußte diejenige auf dem Arbeitsmarkt stark beeinflussen, auch hier kamen die herkömmlichen Schichtungsverhältnisse, die zwischen Preisen und Löhnen auf der einen Seite, zwischen den verschiedenen Teilarbeitsmärkten auf der anderen Seite bestanden, in größte Unordnung. Nun beruht aber der Lohn in noch stärkerem Maße wie der Preis auf dem Herkommen, er ist weniger beweglich wie dieser, schon bei normalen Marktverhältnissen zeigt sich daher die Erscheinung, daß bei einem allgemeinen Höhergehen der Preise ohne Eingreifen der Arbeitnehmerorganisation der Reallohn nur langsam wieder erreicht wird. Unter den Arbeitseinkommen wiederum ist das für qualifizierte Arbeit, besonders der Beamten und freien Berufe im stärksten Maße herkömmliches Einkommen gewesen, das von einem herkömmlichen Lebensunterhalt bestimmt wurde³⁾. Diese herkömmlichen Beziehungen wurden ausgeschaltet weil jeder Wertmesser durch die Geldentwertung fehlte. Ohne den Schleier der Inflationszahlen wäre eine solche Einkommensminderung nicht denkbar gewesen. Man denke: Wäre bei stabil gehaltenem Geldwesen versucht worden wegen der allgemeinen Notlage die Gehälter oder die Arzt- und Anwaltsgebühren allmählich auf $\frac{1}{3}$ des Nominalwertes herabzusetzen, so wäre das einfach unmöglich gewesen.

Ist nun erwiesen, daß die Einkommensbildung während der Inflation, weil auf einem ungeordneten, nicht mehr vom Herkommen beeinflussten Markt erfolgt, nicht streng nach den Preis- und Lohngesetzen zu beurteilen ist, so ist noch lange nicht geklärt, warum die qualifiziertesten Arbeiter in ihrem Einkommen am stärksten getroffen wurden. Gerade aus der gesonderten Entwicklung dieser Einkommenszweige während der Inflation ergibt sich die interessante Frage, ob nicht starke Besonderheiten für ihre Einkommensbildung überhaupt gelten. Hierauf kann nur eine Einkommenstheorie, die auch auf diese Berufszweige

¹⁾ „Die Not des deutschen Mittelstandes und der deutschen Gesellschaft“.

²⁾ v. Wieser, „Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft“, G. d. S., S. 264.

³⁾ v. Wieser, a. a. O., S. 390; v. Zwiédineck-Südenhorst, „Kritisches und Positives zur Preislehre“ Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft LXIV S. 587 ff.

näher eingeht, antworten, daß sie dies bisher wenig getan hat, wurde bereits festgestellt. Es lassen sich 3 Hauptrichtungen in der Theorie unterscheiden:

1. Die herkömmliche Theorie sah in dem Beamtenekommen und dem Einkommen der freien Berufe kein ursprüngliches, durch unmittelbar produktive Tätigkeit gewonnenes, sondern nur ein abgeleitetes Arbeitseinkommen, das eben deshalb nicht den allgemeinen Lohngesetzen unterliege. Dagegen besonders O. Spann, viel früher F. List.

2. Vom Standpunkt der Grenznutzentheorie hat besonders von Wieser zwischen Beamten und freien Berufen auf der einen, Angestellten, die in der Produktion tätig sind, auf der anderen Seite unterschieden.

Alle persönlichen Dienste bis zu den höchsten liberalen Berufen in Staat und Gesellschaft erscheinen dabei als Wirtschaftsmittel nächster Ordnung und wie Konsumgüter dem Grundgesetz der Preisbildung unterworfen, d. h. das durch Grenznutzen und Zahlungsfähigkeit bestimmte Gebot der Grenznachfrage entscheidet den Lohn¹⁾. Bei den in der Produktion tätigen höheren Angestellten handelt es sich um Lohn aus der Erwerbsarbeit, dieser erhält seine Grundlage durch den produktiven Grenzbeitrag der Arbeit, der nach den Gesetzen der Zurechnung bemessen wird, er ist Ertragslohn und da die Masse der gebildeten Lohnarbeit ebenfalls Kostencharakter hat, so entscheidet zumeist das Gesetz der gemeinen Zurechnung, spezifische Zurechnung kommt selten in Frage.

3. Liefmann stellt in seiner psychischen Wirtschaftstheorie²⁾ die Arbeitsmühe als Kosten dem Einkommen als Nutzen gegenüber. Besonderheit des Angestellten- und Beamtenekommens sei, daß die Kosten-Nutzenvergleiche für das ganze Vertragsverhältnis bzw. das ganze Leben im voraus erfolge und deshalb das Geldeinkommen zumeist als Reinertrag der Arbeit angesehen wird. Das Einkommen der freien Berufe erscheint zuweilen als Qualitätsmonopol, meist als Arbeitsgewinn, nie ist es Entgelt für die Leistung, sondern Folge günstiger oder ungünstiger Konkurrenzträge. Versuche, die Arbeitsmühe quantitativ auf Unterhalts- und Ausbildungskosten zurückzuführen, werden grundsätzlich abgelehnt, da diese praktisch bei der Kosten-Nutzenvergleiche keine Rolle mehr spielen³⁾.

Will man mit diesen wenigen theoretischen Hilfsmitteln die gesonderte Einkommensbildung der geistigen Schichten auf dem ungeordneten Arbeitsmarkt der Inflationszeit weiter erklären, so scheitern diese Bemühungen. Nie wird ersichtlich, warum das der Produktion näherstehende Einkommen der höheren Angestellten ebenso gesunken ist, wie das abgeleitete Beamtenekommen (herkömmliche Theorie), warum der Grenznutzen z. B. der Beamten- und Anwaltsarbeit auch bei verringerter Zahlungsfähigkeit so sehr gesunken sein soll (v. Wieser), warum die Arbeitsmühe auf einmal so ganz anders eingeschätzt werden, oder die Grenzerträge so stark zurückgegangen sein sollten (Liefmann). Auch die Erscheinung, daß unter normalen Verhältnissen Beamten- und freie Berufsarbeit meist unter den Reproduktionskosten bezahlt wurde, kann keine der Theorien erklären.

Gerade weil die allgemeine Einkommenstheorie die Veränderungen, denen das Nachkriegseinkommen der geistigen Berufe unterlag, nicht erklären konnte, hat sie Feuchtwanger⁴⁾ für alle geistige Arbeit rundweg abgelehnt und eine neue Theorie geistiger Arbeit versucht. Der geistige Arbeiter solle dem Ideal nach gar nicht der homo oeconomicus sein, der mit dem geringsten Arbeitsaufwand ein Einkommensmaximum erstrebe, sondern der homo ethicus, dessen Wirtschaften auf Qualität, nicht auf Quantität gerichtet sein müsse. Er unterliege nicht dem Naturgesetz des abnehmenden Reizes, sondern dem Kulturgegesetz des zunehmenden Reizes. Er erstrebe nicht den Eigen-, sondern den Gesamtnutzen, seine Arbeit sei unberechenbar, unwägbare, inkommensurabel mit allem Wirtschaftlichen. Und Alfred Weber⁵⁾

¹⁾ v. Wieser, a. a. O., S. 383 f.

²⁾ Liefmann, „Grundsätze der Volkswirtschaftslehre“, II. S. 636 ff.

³⁾ Liefmann, „Grundsätze der Volkswirtschaftslehre“, I. S. 502.

⁴⁾ Feuchtwanger, „Die freien Berufe“, a. a. O., S. 4 ff.

⁵⁾ A. Weber, a. a. O., S. 7.

hat für die Arbeit am Geistigen selbst (Künstler, Gelehrte), der sich die Tätigkeit der verschiedenen Geistesarbeiter (Ärzte, Anwälte, höhere Beamte usw.) mehr oder minder nähert, gesagt, daß sie nicht auf Geld gerichtet war oder sein darf. Das Ökonomische darf nur der Schemel sein, auf den sie sich niederläßt, wenn sie müde ist. Lotz¹⁾ endlich hat das Problem so formuliert: „Die Aufgaben des Geistesarbeiters werden nur unvollkommen gelöst, wenn er in erster Linie nach Geld strebt und Vollkommenes kann er nur leisten, wenn er nicht in Sorge um Geld ist“.

Feuchtwangers Theorie ist abzulehnen, einmal weil auch der Geistesarbeiter zumeist nicht seinem homo ethicus entspricht, dann vor allem, weil die Konsumenten der geistigen Arbeit, Verleger und Masse des Publikums, Krankenkassen und Rechtsschutz-Suchende wie alle öffentlichen Körperschaften dem Gesetz der Sachgüterwirtschaft voll unterliegen, für die das Sättigungsgesetz in kulturellen Dingen ebenfalls gilt.

Trotzdem bleibt, und zwar je mehr sich die Arbeit mit geistigen Mitteln der Arbeit am Geistigen nähert, eine Beschränkung der Wirtschaftsgesinnung der geistig Tätigen, ein weniger wirtschaftlich sein Wollen, eine bewußte Einschränkung des Erwerbsstrebens. Einige Beispiele zeigen das am besten, etwa ein Ministerialdirektor, der viel besser bezahlte Stellungen in der Privatwirtschaft ablehnt, weil er lieber ein angesehenes Staatsamt bekleidet, ein Künstler, der eher neue Wege geht und nicht absetzbare Werke schafft, statt mühelos als Porträtist Geld zu verdienen.

Dabei ist aber doch zu bejahen, daß die geistig Tätigen den allgemeinen Wirtschaftsgesetzen unterstehen. Ihre ökonomische Selbstbeschränkung kann man, wenn nicht aus der Preis-, so doch aus der herrschenden Bedürfnistheorie erklären: „Das gesellschaftliche Bedürfnis nach Anerkennung, Rang, Auszeichnung gehört zu den stärksten menschlichen Bedürfnissen. Hat es doch eine gesunde Grundlage; die Stellung, die ein Mensch in der Gesellschaft einnimmt, gehört zu den wichtigsten Werten des Lebens“²⁾. Beamtenarbeit und Tätigkeit in freien Berufen haben dies Bedürfnis nach Anerkennung besonders befriedigt, eine besondere Rangstellung verliehen und verleihen sie wohl auch heute noch; Berufs- und Amtslehre werden daher ähnlich wie die Sicherheit des Einkommens gleichsam als Einkommensbestandteil gewertet und veranlaßten schon viele vor dem Kriege unter ihren Produktionskosten tätig zu werden.

Menschen, die gewohnt sind, auch gesellschaftliche Schätzung und das Bewußtsein, für ideelle Zwecke gearbeitet zu haben, als Entgelt für ihre Arbeit anzusehen, haben selbst in der größten Not nicht die nötige Stoßkraft, mit den letzten Mitteln ihre wirtschaftlichen Ziele durchzusetzen. So erklärt sich das Zurückbleiben der Einkommen der geistig Tätigen letztlich aus ihrer geringeren Wirtschaftsgesinnung und der daraus folgenden schwächeren Interessenvertretung.

B. Bedeutung der Verelendung des Mittelstandes für Staat und Gesellschaft.

Da die große Einkommensminderung des neuen Mittelstandes nur vorübergehend war, ist sie nicht allzu schlimm zu beurteilen, wenn auch die heruntergekommenen Haushaltungen noch Jahre brauchen werden, um den alten Stand wieder zu erreichen. Sehr ernst dagegen ist die geringe bleibende Einkommensminderung (auch nach der Neuordnung der Gehälter ab 1. Dezember 1924, die nur eine kleine reale Besserung bringt) um ca. $\frac{1}{5}$ bei den höheren Beamten und freien Berufen zu werten. Sie wird, wenn sie nicht bald behoben wird, einen veränderten Einkommensaufbau und eine Führerauslese nach der Wohlhabenheit der Eltern zur Folge haben.

¹⁾ Lotz auf der Eisenacher Tagung des Vereins für Sozialpolitik.

²⁾ v. Wieser, a. a. O., S. 146.

Weit schlimmer und von bleibender Bedeutung ist der Vermögensverlust. Die große Seisachtheia¹⁾ (Eulenburg) oder trockene Sozialisierung des deutschen Sparkapitals hat die größte Vermögensverschiebung mit sich gebracht und zunächst die Rentnerschicht, bei der die Kapitalrente einzige Einkommensquelle war, vernichtet. Diese meist alten Leute sind als Einzelwirtschaftler am härtesten betroffen, Gesellschaft und Staat in geringerem Maße, für sie handelt es sich um eine einmalige, bald absterbende Generation, für die in der Zwischenzeit schwere Fürsorgelasten zu tragen sind²⁾.

Schwerer sind Staat und Gesellschaft durch den Vermögensverlust derer bedroht, denen das Vermögen nur ein Nebeneinkommen verschaffen sollte. Die Geisteskultur des kapitalistischen Zeitalters ist, wie Alfred Weber³⁾ gezeigt hat, auf einer Rentengrundlage aufgebaut. Alle geschichtlichen Epochen haben besondere Bildungsschichten gekannt, meist als eigene Kasten: Mandarinen, Brahmanen, Kleriker. Heute ist die Bildungsschicht nichts sozial Abgeschlossenes mehr, ein anonymes Publikum der Zeitungen und Zeitschriften, Bücher, Theater und Kunstausstellungen. Die letzte einheitliche Bildungsschicht, Landaristokratie, Patriziat und Beamtentum, ist ganz ins Wirtschaftliche hineingezogen worden und hat kaum mehr Zeit „Kulturrezipient“ zu sein. Dafür hat sich aus ihr in der 2. und 3. Generation eine nicht mehr aktiv im Erwerbsleben tätige Rentnerschicht abgesetzt, die die Bildungs- und Intellektuellenschicht wurde. Modernes Intellektuellentum war Rentenintellektuellentum⁴⁾, ein kleineres oder mittleres Vermögen, das zwar nicht Beruf und Verdienst ersparte, aber eine Vorbildungs- und Karenzzeit und später ein Nebeneinkommen ermöglichte, sicherte dieser Schicht die Freiheit von Klassen- und Interessenkämpfen. Der Vermögenshintergrund dieser Bildungsschicht ist nun zerstört, in Deutschland völlig, aber auch in den übrigen europäischen Staaten zum größten Teil. Ein Blick auf die Valuta- und die Kursstatistik der ausländischen Staatsanleihen zeigt, daß englische Konsols nur $\frac{1}{3}$, französische und italienische Staatspapiere $\frac{1}{6}$ des Friedensrealwertes darstellen.

Wahrscheinlich wird die alte kapitalistische Maschinerie wieder in Gang kommen und eine neue Rentenintellektuellenschicht absetzen. In der Zwischenzeit ist die kulturelle Produktion und damit die gesamte Geisteskultur in Frage gestellt. Ob sie in der neuen Form eines Arbeitsintellektuellentums ohne Schädigung weiter entwickelt werden kann, muß die Zukunft lehren. Dabei ist unter Arbeitsintellektuellentum zu verstehen, daß zugleich der Arbeit am rein Geistigen und einem verwandten Berufe mit wirtschaftlichem Nutzeffekt gedient wird, z. B. Künstler — Redakteur, Arzt — Gelehrter⁵⁾.

Eine weitere Folge des Vermögensverlustes ist eine schwere Erschütterung des Rechtsbewußtseins im deutschen Volke. Eine auf dem Rechtsdenken von Jahrtausenden kunstvoll aufgebaute, ins einzelste durchdachte Privatrechtsordnung konnte Millionen von Gläubigern nicht vor dem Verlust ihrer Forderungsrechte schützen, weil ein kleines Gesetz vom 4. August 1914 die Goldeinlösung der Banknoten aufgehoben hatte. Das Bewußtsein, daß das moderne Recht auf weiten Gebieten ein rationaler, leicht durch die gesetzlichen Instanzen abänderlicher, technischer Apparat ist, ist damit in die weiten Volkskreise gedrungen, die Vorstellung von der Heiligkeit alt hergekommener Rechte auch da geschwunden⁶⁾.

Wieweit der Vermögensverlust weiter Volkskreise nur eine Vermögensverschiebung oder ein Verlust an Volksvermögen ist, kann schwer festgestellt werden. Für das Volksvermögen als gesamten Sachgüterbesitz einer Volkswirtschaft heben sich Forderungen und Verpflichtungen der Inländer gegeneinander auf, es müßten also den Vermögensverlusten auf der Gläubigerseite entsprechende Gewinne auf der Schuldnerseite gegenüberstehen.

¹⁾ Eulenburg auf der Stuttgarter Tagung des Vereins für Sozialpolitik 1924, Frankfurter Zeitung Nummer 742.

²⁾ Keßler, a. a. O.

³⁾ Alfred Weber, „Die Not der geistigen Arbeiter“, a. a. O., S. 12 ff.

⁴⁾ Alfred Weber, a. a. O., S. 13.

⁵⁾ Alfred Weber, a. a. O., S. 23, S. 34.

⁶⁾ Max Weber, „Rechtssoziologie“ in „Wirtschaft und Gesellschaft“, G. d. S., S. 511 ff.

Diese Gewinne werden aber erst in späterer Zeit realisierbar sein. Heute mangelt wegen der Zerstörung des Sparkapitals überall flüssiges Betriebskapital. Weil also Komplementär-güter fehlen, können Teile des Sachkapitals der Volkswirtschaft nicht zur Produktion verwendet werden, sind also keine Güter, sondern nur Güterelemente und bis zur Wiederbenutzung aus dem Volksvermögen auszuschalten — eine Maschine die stillsteht hat nur Alteisenwert. Wegen der Komplementarität aller Güter hat man also auch einen vorübergehenden Verlust an Volksvermögen festzustellen. Tatsächlich werden Grundstücke, Beteiligungen usw. niedriger gewertet wie vor dem Kriege. Einen dauernden Verlust des Volksvermögens stellt das verlorene Auslandsvermögen dar.

Der Verlust des Betriebskapitals auf der einen, der Zwang bei vielen Rentenbeziehern wieder zu arbeiten auf der anderen Seite, hat zu einer vorübergehenden Verengung des Arbeitsmarktes geführt¹⁾, deshalb muß auch die Arbeiterschaft aus dem gleichen Grund der Güterkomplementarität den Verlust des Sparkapitals schwer fühlen.

Schluß.

Auf eine Zeit der Bewegung zu gesteigerten Klassenunterschieden hin, ist eine Periode gefolgt, in der sich die Klassenunterschiede vermindert haben und in der Nachkriegszeit die Mittelklassen geschwächt wurden. Das bedeutet eine große Gefahr, beruht doch aller Kulturfortschritt auf der Differenzierung. Oberstes Ziel aller Gesellschaftsgliederung ist soziale Homogenität, nicht im Sinn einer Egalité, sondern in gegenseitiger Harmonie aller Volksschichten. Gerade weil durch die Verelendung des neuen Mittelstandes die harmonische Gliederung der Gesellschaft gestört wurde, muß um so mehr versucht werden sie im Produktions-, Wohlstands- und Bildungsaufbau unserer Gesellschaft wieder durchzusetzen. Dazu ist in erster Linie eine soziale Verständigung der Klassen nötig, also eine Erziehungsaufgabe, dann auf materiellem Gebiet eine großzügige Volks-Sozialpolitik²⁾.

Daß im Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft und Gesellschaft der neue Mittelstand seine alte Stellung wieder einnehmen wird, erscheint sicher. Der wertvollste Vermögensbestandteil einer Volkswirtschaft und jeder einzelnen Gruppe in ihr ist ihre Arbeitskraft, wurde doch vor dem Krieg das deutsche Volksvermögen auf ca. 300 Milliarden, das Menschenkapital, das heißt der Aufzuchtwert der lebenden Volksmitglieder auf ca. 1000 Milliarden geschätzt. Die darin verkörperte Arbeitskraft und gerade die qualifizierte Arbeitskraft des deutschen Mittelstandes ist erhalten geblieben und wie der größte Teil des vernichteten Vorkriegssparkapitals in der kurzen Zeit einer Generation erspart wurde (etwa seit 1870, siehe S. 47), so werden sich das deutsche Volk und der neue Mittelstand wieder rasch emporarbeiten. Dabei kann der Vermögensverlust, der für die Einzelnen so schwer und für unsere Geisteskultur so gefährlich ist, für das ganze Volk auf die Dauer vielleicht noch zum Guten ausschlagen. Das Volk, dessen Führerschichten in Einfachheit und harter Arbeit groß werden, hat Aussicht das tüchtigste in der Welt zu werden.

¹⁾ Eulenburg, a. a. O.

²⁾ Zahn, „Die berufliche und gesellschaftliche Gliederung des deutschen Volkes“ in Teubners Handbuch der Staats- und Wirtschaftskunde Bd. 1, Heft 3, S. 42 ff.

Tabellenwerk.

Tabelle I. Monatsgehälter der Reichsbeamten in Ortsklasse A für Verheiratete mit 2 Kindern 1920 bis Juli 1924.

Zeit	Klasse XI		Klasse VIII		Klasse III	
	Papiermark	Realmark	Papiermark	Realmark	Papiermark	Realmark
1920						
April . . .	2 225	264,7	1 712	203,5	1 244	147,5
Mai . . .	2 225	253,6	1 712	194,0	1 244	141,3
Juni . . .	2 225	262,5	1 712	201,7	1 244	146,3
Juli . . .	2 225	262,5	1 712	201,7	1 244	146,3
August . . .	2 225	278,1	1 712	213,7	1 244	155,0
September . . .	2 225	284,8	1 712	218,8	1 244	158,7
Oktober . . .	2 325	279,0	1 812	217,4	1 344	160,3
November . . .	2 325	265,0	1 812	206,3	1 344	152,7
Dezember . . .	2 325	253,4	1 812	197,3	1 344	146,0
1921						
Januar . . .	2 601	288,6	2 020	218,1	1 490	160,9
Februar . . .	2 601	288,6	2 020	224,2	1 490	165,4
März . . .	2 601	288,6	2 020	224,2	1 490	165,4
April . . .	2 601	288,6	2 020	224,2	1 490	165,4
Mai . . .	2 601	293,3	2 020	228,2	1 490	168,3
Juni . . .	2 601	288,6	2 020	224,2	1 490	165,4
Juli . . .	2 601	267,8	2 020	208,6	1 490	153,4
August . . .	2 970	284,2	2 310	221,0	1 707	162,7
September . . .	2 970	279,7	2 310	217,6	1 707	160,1
Oktober . . .	4 900	427,3	3 320	289,5	2 285	199,2
November . . .	4 900	350,3	3 320	237,4	2 285	163,0
Dezember . . .	4 900	316,0	3 320	214,1	2 285	147,0
1922						
Januar . . .	5 067	254,3	3 487	175,0	2 452	123,9
Februar . . .	5 067	210,0	3 487	144,5	2 452	101,6
März . . .	5 067	175,8	3 487	121,0	2 452	85,0
April . . .	6 222	180,6	4 673	135,6	3 524	102,3
Mai . . .	7 982	209,9	6 016	158,2	4 558	119,8
Juni . . .	9 755	235,1	7 312	176,2	5 501	132,5
Juli . . .	12 193	220,5	9 095	164,4	6 798	122,9
August . . .	18 622	238,3	13 795	176,5	10 218	130,7
September . . .	35 489	266,1	26 229	196,7	19 366	145,2
Oktober . . .	48 611	223,2	36 428	167,3	24 725	113,5
November . . .	83 695	187,5	62 662	140,2	42 459	94,9
Dezember . . .	138 487	202,0	103 945	151,7	70 766	103,3
1923						
	Tausend		Tausend		Tausend	
Januar . . .	226	197,7	170	148,5	115	101,1
Februar . . .	476	180,1	357	135,2	214	92,6
März . . .	595	208,5	446	156,5	304	106,5
April . . .	595	203,8	446	152,9	304	104,1
Mai . . .	830	214,2	622	160,7	423	109,2
Juni . . .	2 075	248,9	1,556	186,7	1,058	126,9
Juli . . .	8 045	258,2	Millionen		Millionen	
August . . .	173 600	280,0	6,282	187,6	4,005	119,6
September . . .	4,183	278,8	Millionen		Millionen	
Oktober . . .	—	260,0	126,8	203,8	80,7	130,2
November . . .	—	193,2	Millionen		Millionen	
Dezember . . .	—	252,4	3,040	202,6	1,939	129,2
	Milliarden		Milliarden		Milliarden	
	—	—	—	189,4	—	120,8
	—	—	—	138,4	—	87,3
	—	—	—	169,3	—	94,2
1924						
	Rentenmark		Rentenmark		Rentenmark	
Januar . . .	310	279,0	211	190,0	115	103,5
Februar . . .	310	297,6	211	202,5	115	110,4
März . . .	310	288,3	211	196,2	115	107,0
April . . .	388	345,3	264	235,0	144	128,1
Mai . . .	388	333,7	264	227,0	144	123,3
Juni . . .	547,5	487,3	344	306,0	165,5	146,8
Juli . . .	547,5	470,8	344	296,0	169,5	145,3

Tabelle II. Akademiker-Tarife in der chemischen Industrie zwischen der Arbeitsgemeinschaft der chemischen Industrie Sektion VIII und dem Bund angestellter Chemiker und Ingenieure, Landesgruppe Bayern 1920 bis 1923.

Monatsgehälter für Verheiratete mit 2 Kindern					Zeit	Monatsgehälter für Verheiratete mit 2 Kindern			
Zeit	5. Berufsjahr		10. Berufsjahr			5. Berufsjahr		10. Berufsjahr	
	Papiermark	Realmark (unterste Spannung)	Papiermark	Realmark (höchste Spannung und 10%)		Papiermark	Realmark (unterste Spannung)	Papiermark	Realmark (höchste Spannung und 10%)
1920					Febr.
Februar . .	1 060	169,8	1 496	238,4	März	4 800	166,7	7 200	249,8
März . . .	1 060	143,0	1 496	201,1	April	5 300	154,2	7 970	231,9
April . . .	1 060	172,2	1 496	178,8	Mai	6 700	176,2	10 120	265,6
Mai	1 260	143,7	1 826	207,5	Juni	8 300	200,0	12 650	304,0
Juni	1 260	149,5	1 826	216,5	Juli	10 300	190,5	15 730	290,4
Juli	1 260	149,5	1 826	216,5	August	14 200	183,2	21 780	281,2
August . . .	1 260	158,7	1 826	227,5	September . .	25 000	187,5	39 490	296,2
September .	1 260	161,2	1 826	233,0	Oktober . . .	42 000	190,2	66 000	299,0
Oktober . .	1 525	184,4	2 200	266,2	November . .	71 100	159,2	111 000	250,6
November .	1 525	174,8	2 200	253,0	Dezember . .	115 500	168,6	159 850	232,1
Dezember .	1 525	166,3	2 200	239,8	1923				
1921					Januar	193 500	172,8	299 750	267,6
Januar . . .	1 625	175,8	2 500	270,0	Februar . . .	423 000	159,9	649 600	245,5
Februar . .	1 625	179,3	2 500	275,0	März	516 000	180,6	802 500	280,7
März	1 625	179,3	2 500	275,0	April	516 000	174,4	802 500	271,0
April	1 625	181,1	2 500	279,5	Mai	790 000	207,0	1 251 000	324,5
Mai	1 775	201,6	2 700	305,1	Juni	1 890 000	245,7	2 995 000	388,7
Juni	1 775	197,5	2 700	299,7	Juli	8 290 000	219,7	13 074 000	344,5
Juli	1 775	184,0	2 700	280,8	August	24 × Juli	338,3	24 × Juli	530,4
August . . .	1 775	169,8	2 700	258,4	Sept. Index- grundgehalt	295	295,0	480	480,0
September .	2 125	200,3	3 300	310,9	Okt. Index- mark	295	295,0	480	480,0
Oktober . .	2 125	185,3	3 300	287,7	Nov. ab 4. XI. Goldmark	241	—	7. Dienst- jahr 350	—
November .	2 725	195,1	4 290	307,1	Dezember . .	241	—	350	—
Dezember .	2 725	175,7	4 290	276,7	1922				
1922					Januar	3 600	180,7	5 500	276,1
Januar . . .	3 600	180,7	5 500	276,1					

Tabelle III. Bankbeamten tarife zwischen dem Reichsverband der Bankleitungen (seit Oktober 1920) und dem Deutschen Bankbeamtenverein und den übrigen Angestelltenorganisationen 1920 bis Juli 1924.

Zeit	Gehälter für Verheiratete mit 2 Kindern					
	Gruppe I, 10. Berufsjahr		Gruppe II, 10. Berufsjahr		Gruppe III, 10. Berufsjahr	
	Papiermark	Realmark	Papiermark	Realmark	Papiermark	Realmark
	Jahresgehalt	Monatsgehalt	Jahresgehalt	Monatsgehalt	Jahresgehalt	Monatsgehalt
1920						
Februar . .	12 500	168,1	14 000	187,2	14 500	194,0
März . . .	12 500	140,6	14 000	157,5	14 500	163,1
April . . .	12 500	125,0	14 000	140,0	14 500	145,0
Mai . . .	12 500	119,7	14 000	134,2	14 500	139,0
Juni . . .	12 500	123,0	14 000	137,6	14 500	142,6
Juli . . .	12 500	123,0	14 000	137,6	14 500	142,6
August . .	16 200	169,7	18 120	189,9	18 620	195,1
September .	16 200	172,7	18 120	193,0	18 620	198,3
Oktober . .	16 200	162,0	18 120	182,0	18 620	187,0
November .	16 200	155,2	18 120	173,4	18 620	178,2
Dezember .	16 200	147,0	18 120	164,4	18 620	169,0
1921						
Januar . .	19 944	179,9	22 248	200,6	22 648	204,2
Februar . .	19 944	184,0	22 248	205,3	22 648	209,0
März . . .	19 944	184,0	22 248	205,3	22 648	209,0
April . . .	21 584	201,1	23 888	222,6	24 688	230,0
Mai . . .	21 584	203,3	23 888	225,0	24 688	232,6
Juni . . .	21 584	199,7	23 888	221,0	24 688	228,4
Juli . . .	27 704	239,8	30 008	259,6	30 608	265,0

Noch Tabelle III. Bankbeamtentarife zwischen dem Reichsverband der Bankleitungen (seit Oktober 1920) und dem Deutschen Bankbeamtenverein und den übrigen Angestelltenorganisationen 1920 bis Juli 1924.

Zeit	Gehälter für Verheiratete mit 2 Kindern					
	Gruppe I, 10. Berufsjahr		Gruppe II, 10. Berufsjahr		Gruppe III, 10. Berufsjahr	
	Papiermark	Realmark	Papiermark	Realmark	Papiermark	Realmark
	Jahresgehalt	Monatsgehalt	Jahresgehalt	Monatsgehalt	Jahresgehalt	Monatsgehalt
August . . .	27 704	221,0	30 008	240,0	30 608	244,0
September . .	27 704	217,4	30 008	235,5	30 608	240,1
Oktober . . .	27 704	201,2	30 008	179,0	30 608	222,3
November . . .	27 704	165,2	30 008	179,0	30 608	182,5
Dezember . . .	27 704	148,8	30 008	161,2	30 608	164,4
1922						
Januar . . .	39 184	164,0	41 488	125,1	42 088	175,6
Februar . . .	39 534	136,2	41 838	127,7	42 438	146,5
März . . .	39 784	115,0	42 088	247,0	42 688	122,6
April . . .	54 804	133,0	57 756	243,0	58 522	142,0
	Monatsgehalt		Monatsgehalt		Monatsgehalt	
Mai . . .	4 567	118,6	4 813	180,7	4 877	127,0
Juni . . .	5 020	120,5	5 308	177,0	5 380	130,0
Juli . . .	13 033	236,0	13 683	129,4	13 852	250,0
August . . .	17 929	230,0	18 903	132,0	19 159	245,0
September . .	22 805	171,0	24 123	173,8	24 466	183,0
Oktober . . .	36 337	167,0	38 443	144,5	38 990	179,0
November . . .	54 640	122,3	57 786	121,7	58 602	131,2
Dezember . . .	85 702	125,0	90 376	140,1	91 591	133,7
1923	Tausend		Tausend		Tausend	
Januar . . .	137	120,0	145	127,0	156	136,0
April . . .	395	135,0	418	143,0	447	153,0
Juli . . .	613	287,0	10 364	310,0	12 296	337,0
Oktober . . .		154,0		188,0		219,0
(Indexgehalt)						
1924	Rentenmark		Rentenmark		Rentenmark	
Januar . . .	168	158,0	205	193,0	243	228,0
Juli . . .	192	165,0	228	196,0	268	230,0

Für Juli wurden nachträglich die Grundgehälter um 10 % erhöht, diese Gehälter gelten auch für August und September.

Tabelle IV.

1. Ärztebezüge nach den mit der Münchener Ortskrankenkasse vereinbarten Sätzen 1914 bis 1923.

Zeit	Papiermark	Realmark, gerechnet mit Index des Quartals der Leistung	Realmark, gerechnet mit Index des Quartals der Zahlung
		Pauschale pro Versicherten	
1920			
1. Vierteljahr	3,25	47,77 Pf.	38,0 Pf.
2. " "	5,25	61,77 " "	65,4 " "
3. " "	8,75	105,00 " "	100,6 " "
4. " "	8,75	100,62 " "	96,2 " "
1921			
1. Vierteljahr	8,75	96,25 " "	98,0 " "
2. " "	8,75	98,00 " "	85,7 " "
3. " "	10,80	105,84 " "	80,3 " "
4. " "	14,00	104,16 " "	58,9 " "
1920	20,03	3,15 GM.	3,00 M.
1921	42,30	4,05 " "	3,23 " "
1914	5,00	5,00 " "	5,00 " "
1916	5,50	5,50 " "	5,50 " "
		Gebühr für 1 Konsultation (Besuch doppelte Gebühr)	
1922			
1. Vierteljahr	10,0	42,0 Pf.	26,5 Pf.
2. " "	13,5	35,0 " "	17,5 " "
3. " "	32,5	42,2 " "	8,9 " "
4. " "	180,0	48,6 " "	9,7 " "
1923			
1. Vierteljahr	614,0	33,15 " "	14,7 " "
2. " "	2000,0	48,6 " "	15,3 " "
1922 Durchschnitt	59,0	42,0 " "	15,6 " "
1914 Durchschnitt	55 Pf.	55 " "	55 " "
1917 Durchschnitt	80 Pf.	80 " "	80 " "

2. Arztkosten der Münchener Ortskrankenkasse pro Versicherten 1920 bis 1923.

Zeit	Papiermark	Realmark, gerechnet mit Index des Quartals der Leistung	Realmark, gerechnet mit Index des Quartals der Zahlung
1920			
1. Vierteljahr . .	4,11	0,60	0,48
2. " " . .	6,81	0,73	0,78
3. " " . .	10,72	1,33	1,23
4. " " . .	10,77	1,23	1,18
und für vertraglose Zeit . . .	2,79	0,33	0,33
1921			
1. Vierteljahr . .	9,75	1,07	1,07
2. " " . .	9,79	1,09	0,96
3. " " . .	12,20	1,19	0,90
4. " " . .	15,70	1,17	0,66
1922			
1. Vierteljahr . .	35,28	1,29	0,91
2. " " . .	44,79	1,47	0,57
3. " " . .	100,92	1,14	0,87
4. " " . .	596,15	1,59	0,32
1923			
1. Vierteljahr	2566,00	1,35	0,61
1920	34,70	4,23	4,00
1921	47,44	4,52	3,59
1922	777,14	5,49	2,07
1914	6,51	6,51	6,51
1917	7,14	7,14	7,14

Tabelle V. Anwaltsgebühren (Gebühren und Pauschale) 1920 bis 1923.

Zeit	Papiermark = 100 (Real-) Goldmark in diesem Zeitpunkt	Gebühr für 100 Realmark			Gebühr für 1000 Realmark			Gebühr für 10 000 Realmark			3 Monate später — Zeit			Gebühr für 1000 Realmark			9 Monate später — Zeit			Gebühr für 1000 Realmark	
		Gebühren	Pauschale	zusammen	Realmark	Papiermark	Gebühren	Pauschale	zusammen	Realmark	Papiermark	Gebühren	Pauschale	zusammen	Realmark	Papiermark	Gebühren	Pauschale	zusammen	Realmark	
1. 4. 20	800	43,2	13,0	6,74	120	36,0	18,72	378	90	56,16	1. 7. 20	120	36,0	18,40	156	1. 1. 21	156	16,84			
1.10.20	800	43,2	13,0	6,74	120	36,0	18,72	378	90	56,16	1. 1. 21	120	36,0	16,84	156	1. 7. 21	156	16,06			
1. 1. 21	900	43,2	13,0	6,07	128	38,4	17,07	408	90	53,78	1. 4. 21	128	38,4	18,80	300	1.10.21	300	26,16			
1. 4. 21	900	43,2	13,0	6,18	128	38,4	18,30	408	90	54,78	1. 7. 21	128	38,4	17,14	300	1. 1. 22	300	15,06			
1. 7. 21	950	50,4	15,2	6,75	128	38,4	17,14	426	90	53,15	1.10.21	224	76,8	26,16	339	1. 4. 22	339	9,83			
1.10.21	1 150	75,6	30,4	9,22	238	81,6	27,75	936	281	105,88	1. 1. 22	238	81,6	16,00	435	1. 7. 22	435	7,83			
1. 1. 22	2 000	97,2	39,0	6,82	294	100,8	19,83	1 276	382,5	83,33	1. 4. 22	294	151,2	12,90	537	1.10.22	537	2,42			
1. 4. 22	3 400	118,8	71,4	5,51	448	201,6	18,82	1 836	826,2	77,15	1. 7. 22	560	268,8	14,95	2 688	1. 1. 23	2 688	2,40			
1. 7. 22	5 400	156,0	124,8	5,04	750	360,0	19,80	3 295	1 584	87,80	1.10.22	750	360,0	5,00	7 500	1. 4. 23	7 500	2,53			
1.10.22	20 000	336,0	201,6	2,42	1 595	765,6	10,62	10 595	1 800	55,80	1. 1. 23	4 466	3 828,0	7,46	23 895	1. 7. 23	23 895	0,63			
1. 1. 23	110 000	3 206,0	2 748,0	5,35	17 066	9 000,0	23,20	155 666	9 000	146,50	1. 4. 23	24 380	22 500,0	15,81							
1. 4. 23	290 000	8 180,0	12 270,0	6,89	60 380	22 500,0	27,70	582 380	22 500	204,49	1. 7. 23	90 570	33 750,0	3,28							
1.10.23 (ab September Indexrechnung)	100 Grundmark	11	—	11	56 Grundmark	—	56	326 Grundmark	—	326											
1. 1. 24 (ab Dezember Goldrechnung)	100 Goldmark	6 Goldmark	—	—	45 Goldmark	—	—	265 Goldmark	—	—											

**Tabelle VI. Redakteurtarife zwischen dem Verein bayerischer Zeitungsverleger
und dem Landesverband der bayerischen Presse 1920 bis Juni 1924.**

Zeit	Monatliche Gehälter in Ortsklasse A					
	Klasse I		Klasse II		Klasse III	
	Papiermark	Realmark	Papiermark	Realmark	Papiermark	Realmark
1920						
Februar . . .	1 200	192,0	900	144	700	111
März	1 200	162,0	900	121,5	700	94,5
April	1 200	142,8	900	107,1	700	83,3
Mai	1 200	136,8	900	102,6	700	79,8
Juni	1 550	182,9	1 250	147,5	1 050	124,0
Juli	1 550	182,9	1 250	147,5	1 050	124,0
August	1 550	193,7	1 250	156,2	1 050	131,2
September . .	1 550	198,4	1 250	160,0	1 050	134,4
Oktober . . .	1 550	186,0	1 250	150,0	1 050	126,0
November . . .	1 550	176,7	1 250	142,5	1 050	114,4
Dezember . . .	1 987	215,8	1 687	183,0	1 400	152,6
1921						
Januar	1 987	213,8	1 687	181,4	1 400	151,2
Februar	1 987	219,8	1 687	181,4	1 400	151,2
März	1 987	219,8	1 687	181,4	1 400	151,2
April	1 987	219,8	1 687	181,4	1 400	151,2
Mai	2 286	257,6	1 941	219,2	1 610	182,0
Juni	2 286	253,0	1 941	215,3	1 610	178,7
Juli	2 286	237,1	1 941	201,7	1 610	167,4
August	2 858	245,1	2 427	208,4	2 013	173,0
September . . .	2 858	268,5	2 427	227,9	2 013	189,3
Oktober	2 858	248,5	2 427	211,0	2 013	175,2
November . . .	2 858	203,7	2 427	173,0	2 013	143,7
Dezember . . .	3 811	245,7	3 236	208,3	2 684	172,8
1922						
Januar	3 811	191,2	3 236	162,1	2 684	134,5
Februar	4 764	197,0	4 045	167,2	3 355	138,7
März	5 082	176,8	4 315	149,5	3 579	124,2
April	6 610	192,3	5 610	163,2	4 655	135,4
Mai	6 860	180,4	5 825	153	4 835	127,0
Juni	7 625	183,6	6 475	155,9	5 370	129,4
Juli	10 300	190,5	8 800	162,8	7 300	135,0
August	11 300	183,0	9 600	162,8	8 000	141,9
September . . .	plus 3 000		plus 3 000		plus 3 000	
September . . .	23 000	172,5	20 000	150,0	17 000	127,5
Oktober	36 000	163,0	32 000	144,9	27 000	122,3
November . . .	63 000	141,1	56 000	125,4	47 250	105,7
Dezember . . .	100 000	146,0	90 000	131,4	76 000	111,0
1923	Tausend		Tausend		Tausend	
Januar	185	165,0	165	147,8	140	125,0
Februar	400	141,2	350	132,8	290	109,8
März	520	182,0	455	159,2	377	131,9
April	625	211,2	546	184,5	452	152,7
Mai	906	238,2	792	207,5	656	151,8
Juni	2 175	282,1	1 901	247,0	1 577	205,4
Juli	9 253	245,1	8 080	214,1	6 703	177,5
Indexgehalt ab November		286,0		251,0		210,0
1924						
Juni	400 RM.	356,0	325 RM.	289,0	275 RM.	245,0

Tabelle VII. Mietpreis einer Wohnung mit 100 Mk. monatlicher Friedensmiete in München von 1920 bis 1923.

Zeit	Monatliche Miete in		Zeit	Monatliche Miete in	
	Papiermark	Realmark über Lebenshaltungsinde		Papiermark	Realmark über Lebenshaltungsinde
1920			1922		
Februar . .	110	17,60	Januar . .	165	8,25
März . . .	110	14,30	Februar . .	165	6,82
April . . .	115	13,80	März . . .	165	5,72
Mai	115	13,10	April . . .	165	4,78
Juni	115	13,57	Mai	165	4,34
Juli	115	14,37	Juni	165	3,96
August . . .	115	17,72	Juli	235	4,35
September .	115	13,80	August . . .	235	3,05
Oktober . .	115	13,10	September .	235	1,76
November . .	115	12,65	Oktober . .	760	3,44
Dezember . .	115		November . .	760	1,70
			Dezember . .	1 466	2,13
1921			1923		
Januar . . .	115	12,40	Januar . . .	1 466	1,30
Februar . . .	115	12,65	Februar . . .	5 340	2,00
März	115	12,65	März	8 003	2,80
April	130	14,30	April	11 918	3,42
Mai	130	14,70	Mai	19 922	2,60
Juni	130	14,30	Juni	19 922	2,60
Juli	130	13,40	Juli	45 040	1,19
August	130	12,40	August	113 600	1,58
September . .	130	12,25	September . .	2,425 Millionen	2,04
Oktober . . .	130	11,33	Oktober . . .	475 Millionen	11,73
November . . .	130	9,30	November . . .	144,4 Milliarden	10,51
Dezember . . .	130	8,38	Dezember . . .	28,8 Billionen	23,00

Tabelle VIII. Kleinrentnerunterstützungen in München (Höchstsätze) 1922 bis März 1924.

Zeit	Angewiesene Bezüge		Zeit	Ausgezahlte Bezüge	
	Papiermark	Realmark nach Index des Verbrauchsmonats		Papiermark	Realmark nach Index des Zahlungsmonats
1922			1922		
Juli	400	7,40	13. Oktober .	270	1,21
August	400	5,12	30. November	2 970	6,38
September . .	400	3,00	29. Dezember	1 470	1,96
Oktober . . .	1 500	6,79	1923		
November . . .	1 500	3,36	31. Januar . .	7 470	6,58
Dezember . . .	3 600	5,25	17. Februar . .	3 270	1,21
1923			26. März . . .	39 470	13,65
Januar	10 000	8,98	23. April . . .	12 950	4,29
Februar	10 000	3,78	9. Mai	85 950	22,36
März	40 000	14,00	24. Mai	42 000	10,90
April	40 000	13,52	25. Juni	124 300	15,60
Mai	80 000	20,96	9. Juli	120 000	3,12
Juni	120 000	15,60	27. Juli	610 000	8,54
Juli bis			23. August . .	915 700	1,18
15. August . .	7 540 000	9,36	28. August . .	6 Millionen	5,10
15. August bis			6. September	29	14,50
1. Sept. . . .	11 306 000	28,05	24. September	61,1	1,83
September . .	78,352 Millionen	5,23	6. Oktober . .	420	10,08
Oktober . . .	7,056 Milliarden	1,93	22. Oktober . .	1,638 Milliarden	0,56
November . . .	4,904 Billionen	7,65	27. Oktober . .	5	1,65
Dezember . . .	34,000 Billionen	27,20	5. November .	59,3	0,59
1924			15. November	134	0,53
Januar	23 RM.	20,70	24. November	390	0,48
Februar	19 RM.	18,24	Dezember . . .	34 Billionen	27,20
März	16,5 RM.	15,40			